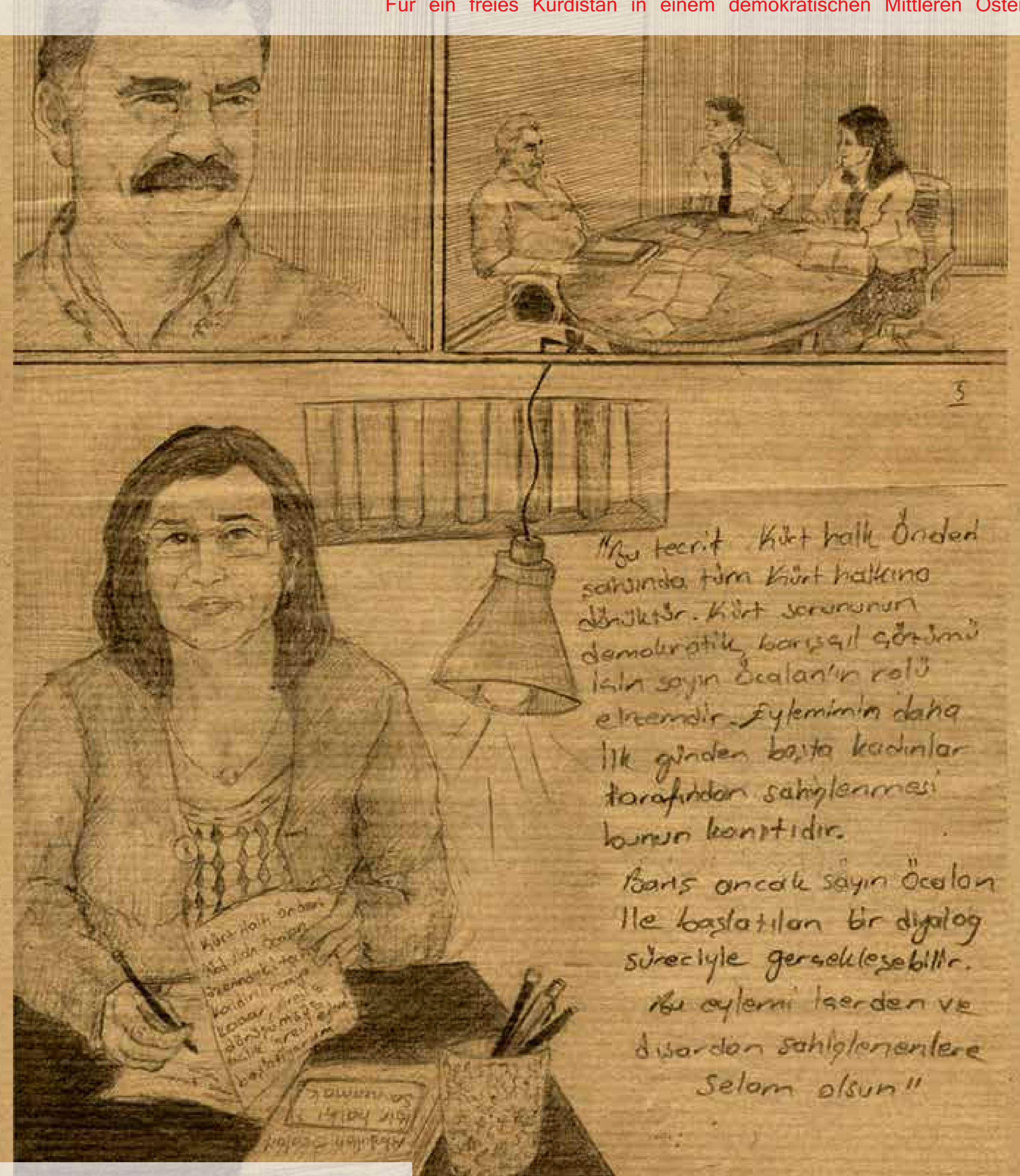
KURDISTAN REPORT

Für ein freies Kurdistan in einem demokratischen Mittleren Osten



Nr. 201 Januar / Februar 2019 3,– €

Kurdistan Report | Ausgabe 201 Januar/Februar 2019



Beerdigung der vier Frauen, die bei dem Angriff der türkischen Luftwaffe gegen das Camp Mexmûr am 13.12. getötet wurden. Gleichzeitig wurde auch Şengal bombardiert.



Protest in Berlin gegen die Verhängung von Kopfgeld gegen Cemil Bayık, Duran Kalkan und Murat Karayılan durch die USA.



Tausende Menschen im Hungerstreik für die Aufhebung der Isolation Abdullah Öcalans.

Liebe Leserinnen und Leser,

wir können auf ein ereignisreiches Jahr für die kurdische Freiheitsbewegung zurückblicken. 2018 begann mit der Invasion der türkischen Armee im nordsyrischen Kanton Efrîn, der nach drei Monaten entschlossenen Widerstandes der Selbstverteidigungskräfte letztlich im März besetzt wurde. Wir erlebten eine globale Solidaritätswelle mit Efrîn, wie es sie zuletzt während der Schlacht um Kobanê 2014/15 gegeben hatte. Efrîn war und ist sowohl ein prägendes Ereignis für die kurdische Gesellschaft, den kurdischen Befreiungskampf, als auch für die internationale Gemeinschaft, die einem offenen, dokumentierten Völkerrechtsbruch tatenlos zusah und immer noch zusieht.

Damit haben sich die Analysen der kurdischen Bewegung, die den 40. Jahrestag der Gründung der PKK feiert, nur bewahrheitet. Mit der Revolution in Rojava zu Beginn des Jahres 2011, dem Widerstand von Kobanê und letztlich der Befreiung Raqqas Ende 2017 hat der Befreiungskampf eine neue Qualität erreicht. Zum einen schlägt das Projekt des demokratischen Konföderalismus in der Region Wurzeln, zum anderen wird das antikapitalistische, ökologische und auf Frauenbefreiung beruhende Paradigma zunehmend zu einem Bezugspunkt für widerständige Bewegungen weltweit.

Wir waren in diesem Sinne Zeugen der Reaktion der kapitalistischen Moderne auf die demokratischen Errungenschaften der kurdischen Bewegung, die im Mittleren Osten ein System frei von Fremdbestimmung zu etablieren versucht. Die Besetzung von Efrîn im Januar war nur der Anfang. Die Ermordung des HPG-Kommandanten Ibrahim Çoban (*Atakan Mahir*) und des KCK-Exekutivratsmitglieds und Mitglieds der Êzîdischen Koordination Şengal, Zekî Şengalî, im August waren die Fortsetzung. Die Entscheidung der USA gegen die drei PKK-Mitbegründer und tragenden Säulen des kurdischen Befreiungskampfes, Cemil Bayık, Duran Kalkan und Murat Karayılan, im November verdeutlicht die internationale Dimension des Vernichtungskonzepts. Das PKK-Verbot und die neue Qualität der Repressionen gegen kurdische Aktivisten und Institutionen in Deutschland vervollständigt das Bild.

All das ist jedoch kein Grund zum Einknicken. Denn wer begreift, warum es diese starken Angriffe auf die kurdische Befreiungsbewegung gibt, und sich die Errungenschaften vergegenwärtigt, die erreicht wurden und sogar noch weiter ausgebaut werden, kann sich nur vom Optimismus der Revolution anstecken lassen.

Während zu Beginn des letzten Jahres die Verteidigung von Efrîn auf der kurdischen und internationalen Agenda stand, befindet sich die kurdische Bewegung als politisches Subjekt an diesem Jahreswechsel nun in der Offensive. Zentraler Ausdruck dieser Offensive ist der Hungerstreik tausender Menschen, die die Aufhebung der Isolation Abdullah Öcalans fordern. Mit den täglichen Festnahmen der Hungerstreikenden in der Türkei und Nordkurdistan, den Drohungen gegen Rojava und den Angriffen des türkischen Militärs, wie in Mexmûr und Şengal, will das Erdoğan-Regime diese Offensive brechen. Dafür ist ihm jedes Mittel recht. Internationale Solidarität ist die Antwort auf diesen anhaltenden Staatsterror.

Eure Redaktion

Ein Rückblick auf das Jahr 2018

Die demokratische Moderne der Völker gegen die zunehmende Brutalität der kapitalistischen Hegemonie

Sinan Önal, kurdischer Politiker und Ko-Vorsitzender der HDP-Vertretung in Deutschland

In Jahresbewertungen werden im Allgemeinen verschiedene Aspekte beleuchtet, analysiert und in einer umfassenden sachlichen Analyse und Zusammenfassung dargelegt. Relevante Aspekte sind dabei unter anderem die Frage nach dem Erfolg bei der Umsetzung unserer Pläne und Ziele, die Intensität des Kampfes, der Wirkungsgrad der kämpfenden Kräfte und die Lage der passiven und aktiven Akteure. Die kurdische Freiheitsbewegung blickt zurück auf ein sehr ereignisreiches Jahr in Kurdistan, dem konfliktreichsten Gebiet zwischen den globalen Hegemonialmächten und den regionalen Nationalstaaten. In Kurdistan wurde ein Kampf um Hegemonie geführt, sei es durch die lokalen Nationalstaaten wie Syrien, die Türkei, Iran und Irak oder durch die USA und Russland mit ihren jeweiligen Verbündeten. Die Freiheitsbewegung führte in diesem Rahmen sowohl gegen die regionalen kolonialistischen Nationalstaaten einen sehr entschlossenen Widerstand als auch gegen den Islamischen Staat, den sie zurückdrängen und besiegen konnte.

Das vergangene Jahr ist Teil einer historischen Phase, in der die kapitalistische Moderne der Menschheit keinerlei Halt mehr bietet. Wir können diese Zeit auf kurze Sicht als die letzte Etappe des Arabischen Frühlings bezeichnen, die im Jahr 2010 in Nordafrika und dem Mittleren Osten begann. Mittelfristig können wir sie im Rahmen des Dritten Weltkriegs kontextualisieren, der mit dem Niedergang der Sowjetunion im Jahr 1989 seinen Anfang nahm. Langfristig, also im Kontext des ganzen Jahrhunderts betrachtet, können wir feststellen, dass die nach dem Ersten und dem Zweiten Weltkrieg geschaffene Ordnung und der Status quo Tag für Tag mehr zerbrechen und an deren Stelle ein großes Chaos zurückbleibt.

Zweifellos wurde die große Wirtschaftskrise von 2008 in den »entwickelten« zentralen kapitalistischen Ländern wie den USA und Europa ohne größere Umbrüche überwunden, wohingegen es in Nordafrika und dem Mittleren Osten zu gesellschaftlichen Aufständen kam. Die Krise wurde in den USA und der EU durch ihre ideologischen Manipulationen überwunden.

Der Beginn einer neuen Ära auf der Suche nach Wahrheit

Wenn wir auf das Jahr 2018 zurückblicken, können wir sehen, dass es sowohl der nationalistische Autokratismus der USA als auch der Liberalismus der EU-Länder schwer hat, gesellschaftliche Aufstände zu verhindern. Die Demonstrationen von Millionen Frauen in den USA im Frühjahr des Jahres, die Protestkundgebungen in Deutschland in den Sommermonaten gegen die Polizeigesetze, Rassismus und Umweltzerstörung und nun der Aufstand der »Gelben Westen« in Frankreich Ende des Jahres sind klare Beispiele für die sich vertiefende Krise in den kapitalistischen Nationalstaaten.

Dass Millionen Menschen sich trotz der herrschenden liberalen Ideologie gegen jede Art von Herrschaft zu organisieren beginnen und zu rebellieren, markiert den Beginn einer neuen Ära auf der Suche nach der Wahrheit. Es entsteht eine neue Massenbewegung gegen die männliche Herrschaft, die steigende Armut, die Zerstörung der Umwelt und gegen autoritäre und faschistoide Sicherheitsgesetze. Die verschiedenen Bewegungen, die die Hoffnungen von Millionen Menschen widerspiegeln und sich in verschiedenen Ländern bemerkbar machen, haben noch kein Manifest entwickelt, das ihrem Bestreben in einem Programm Ausdruck verleiht. Auch wenn die Widerstandsbewegungen von Pluralismus und Horizontalität bestimmt werden, verfügen sie außer kurzfristigen, taktischen Zielen über keinerlei Programm. Auch wenn die Proteste von unzähligen feministischen Kreisen, Umweltaktivisten, Menschenrechtsgruppen, antifaschistischen Gruppen und NGOs organisiert werden, ist bisher noch keine starke Leitung oder Koordinierung entstanden. All diesen Protesten werden mit dem demokratischen Konföderalismus in Nordostsyrien und Rojava ein alternatives Lebensmodell und ein universelles

praktisches Modell aufgezeigt. Dieses System wird mitten im Dritten Weltkrieg in Syrien und Rojava umgesetzt. Tag für Tag wird es auch auf die Türkei/Nordkurdistan, Irak/Südkurdistan und Iran/Ostkurdistan auszuweiten versucht.

Die Nationalstaaten Syrien, Iran, Irak und vor allem die Republik Türkei sind homogenisierende, assimilierende und faschistoide Gebilde, die nach dem Ersten Weltkrieg gegründet und für die Entwicklung des Kapitalismus geformt wurden. Insbesondere der türkische Nationalstaat vernichtete mit seiner künstlichen Identität des Türkentums Dutzende Ethnien, Glaubensrichtungen und Kulturen und wurde zu einem brutalen Beispiel der kapitalistischen Moderne. Griechen, Armenier, Tscherkessen, Christen, Juden, Aleviten, Êzîden, Assyrer und viele andere wurden in diesem Rahmen physischem und kulturellem Genozid ausgesetzt.

Angst vor der kurdischen Revolution

Die Kurden sind die einzige Gruppe, die gegen diese Situation Widerstand leistet und damit ihre Vernichtung verhindern konnte. Sie profitierten von ihrer kulturellen Kraft und den Vorteilen der Geographie Kurdistans. Über den Ersten und Zweiten Weltkrieg bis hin zu den Anfängen der 1970er stand die kurdische Gesellschaft angesichts der barbarischen Assimilation und des Genozids kurz vor ihrem Ende. Die offiziell im Jahr 1978 gegründete Arbeiterpartei Kurdistan (PKK) führte zu einem nationalen Erwachen der kurdischen Gesellschaft. Die verschiedenen staatlichen Akteure in der Türkei, die im Jahr 2023 das hundertjährige Bestehen der Republik zu feiern planen, sind beunruhigt von der Revolution in Kurdistan und ihren Auswirkungen.

Wir wurden im Januar 2018 Zeugen des antikurdischen Syndroms der Türkei und der damit verbundenen Hysterie. Der türkische Staat begann damals seinen Besatzungsangriff auf Efrîn. Der nordsyrische Kanton war eine Region, die nach der Besetzung von Cerablus und al-Bab im Jahr 2016 den demokratischen Konföderalismus weiterentwickelte. Efrîn wurde nach 58 Tagen entschlossenen Widerstands von der zweitgrößten NATO-Armee mithilfe offener Unterstützung Russlands und des Schweigens der USA besetzt. Obwohl die Option bestand, die Besetzung zu verzögern, beschlossen die Volksverteidigungseinheiten (YPG) und die demokratische Selbstverwaltung einen Rückzug aus dem Stadtzentrum, um ein Massaker zu verhindern.

An dieser Stelle muss hervorgehoben werden, dass es den Verteidigungskräften der YPG/YPG gelang, die türkische Armee und deren dschihadistische Verbündete zwei Monate lang aufzuhalten, trotz des unverhältnismäßigen Einsatzes von Gewalt, hochentwickelten Drohnen und massiven Luftangriffen. Die Menschen weltweit strömten hingegen auf die Straße, um die Utopie zu verteidigen. Die internationale Solidarität wuchs mit dem Verteidigungskampf von Efrîn und der Rojava-Revolution. Selbst die größten Verbündeten der Türkei haben die Besatzung offiziell verurteilt oder diskutieren ernsthaft über eine Einstellung der Waffenexporte in das Land.

Vor allem in Deutschland ist ein Widerstandsnetzwerk entstanden, das es wert ist, thematisiert zu werden. Zum ersten Mal nach Jahren haben achtzig Prozent der deutschen Öffentlichkeit von der Bundesregierung gefordert, die Beziehungen zu Erdoğan abzubrechen. Diese Forderung der Gesellschaft trug zu einer Krise der Bundesregierung bei, die seit zweihundert Jahren auf ihre kapitalistischen Beziehungen mit der Tür-



Demonstration in Berlin »Der Wunsch nach Freiheit lässt sich nicht verbieten – Gemeinsam gegen Polizeigesetze, PKK-Verbot und Nationalismus«. Foto: A. Bender

kei setzt. In allen 16 Bundesländern und der Hauptstadt Berlin stand die Besatzung von Efrîn ganz oben auf der Tagesordnung. Es zeigte sich, dass die durch die deutsche Staatspolitik betriebene Unterdrückung, die vom Staat konstruierte Angst vor Armut und Unsicherheit sowie die Tendenz zum Rassismus, die mit der Flüchtlingsdebatte gefördert wird, nicht die Solidarität mit der kurdischen Gesellschaft eindämmen konnte. Zudem darf nicht vergessen werden, dass die kurdische Freiheitsbewegung in Deutschland de facto seit 1986 und offiziell seit 1993 kriminalisiert wird bzw. verboten ist. Dieses Jahr jährte sich das Verbot zum 25. Mal.

Die Türkei setzte aufgrund ihrer umfassenden gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und diplomatischen Krise infolge des Efrîn-Widerstands mit einer plötzlichen Entscheidung das Vorziehen der Parlamentswahlen am 24. Juni auf die Tagesordnung (gleichzeitig mit der Präsidentschaftswahl). Obwohl die vorangegangenen Wahlen erst anderthalb Jahre zurücklagen, wurde die Abstimmung aus Angst vor gesellschaftlichem Widerstand wie während des Gezi-Aufstands 2013 oder der Kobanê-Aufstände 2014 vorzeitig angesetzt. Ziel war es, den freiheitlichen linken Flügel innerhalb der CHP (Republikanischen Volkspartei) zu schwächen und einzuschüchtern sowie die feministische, demokratisch-sozialistische Perspektive der HDP aus dem Parlament zu verdrängen. Trotz starker Repression und Massenverhaftungen sowie ungleichen Wahlbedingungen hat es die HDP geschafft, ins Parlament einzuziehen. Dies war der Erfolg der Solidarität der Menschenmengen, die an eine demokratische Türkei und ein freies Kurdistan glauben. Auch wenn der AKP-MHP-Faschismus und die Diktatur Erdoğans offiziell gewannen, unterstreichen die Manipulationen bei den Wahlen die Unrechtmäßigkeit der Diktatur. Aufgrund der Furcht vor einer demokratischen Revolution in der Türkei, wie zuvor der Tahrir-Revolution in Ägypten, erkannten die NATO-Staaten, die EU und hegemoniale Kräfte wie Russland die neue Diktatur an. Die kurdische Freiheitsbewegung besiegte als einzige alternative Kraft im syrischen Bürgerkrieg den IS und entwickelte mit der Rojava-Revolution ein Modell für ganz Syrien. Aufgrund der Furcht, diese Revolution könne sich auf die Türkei ausweiten, wurde entschieden, die Türkei auch als eine offizielle Diktatur zu unterstützen.

Grünes Licht für schmutzigen Spezialkrieg

So sehr die Türkei auch versuchte, sich im Herbst dieses Jahres in der Welt Legitimität zu verschaffen und sich in Astana oder Genf, auf dem NATO-Gipfel und dem G20-Treffen als Vertreterin der kapitalistischen Moderne im Mittleren Osten zu präsentieren – ihr eigenes Ende wird sie nicht verhindern können. Sowohl das kapitalistische Weltsystem, dessen Teil sie ist, als auch die unaufhaltsame Widerstandswelle bringen das Ende der Diktatur mit jedem Tag näher. Das ist auch der Grund für die unvergleichliche Repressions- und Angriffspolitik der Türkei.

Abdullah Öcalan, Vordenker der Revolution und nicht mehr nur Anführer der kurdischen Gesellschaft, sondern aller Völker des Mittleren Ostens, wird seit April 2015 mit seiner Totalisolation bestraft. Der Europarat, die EU und die UN unterstützen die Türkei mit ihrem Schweigen zur Inhaftierung Öcalans. Grund dafür ist, dass die Friedensgespräche zwischen Öcalan und dem türkischen Staat von 2013 und 2015 nicht im Sinne des modernen kapitalistischen Systems verliefen. Das wesentliche Konzept hinter den Friedensgesprächen war das Pax-Romana-Verständnis: Man erwartete während der Friedensgespräche den Zerfall der gegen den Nationalstaat kämpfenden Bewegung und ihre Integration in den Kapitalismus. Als genau gegenteilige Entwicklungen ihren Lauf nahmen und das Paradigma des demokratischen Konföderalismus von Öcalan nicht nur in Kurdistan, sondern als umsetzbare Utopie in der ganzen Region und Welt wahrgenommen wurde, gab die Türkei unter Führung Erdoğans grünes Licht für die Totalisolation Öcalans und den schmutzigen Spezialkrieg.

Während Öcalan auf der Gefängnisinsel Imralı mit einer Totalisolation und einem Foltersystem bestraft wird, sind die kurdische Gesellschaft und die Guerilla mit einem Krieg konfrontiert, der hauptsächlich mit modernsten Drohnen aus der Luft geführt wird und vollständig gegen die Genfer Konventionen verstößt. Die Türkei agiert weltweit als einziger kolonialistischer Staat im klassischen Sinne und ist nun offen dazu übergegangen, in ganz Kurdistan eine Kolonialpolitik durchzusetzen.

Selbstverständlich wird auf Grundlage der 40-jährigen Erfahrung der Guerilla und der Gesellschaft mit der Strategie des revolutionären Volkskriegs der Widerstand gegen die Kräfte der kapitalistischen Moderne fortgesetzt werden. Im 50. Jahr der Jugendrevolte von 1968 stellt die kurdische Freiheitsbewegung die Bedingungen und die Grundlage für einen internationalistischen und globalen demokratisch-sozialistischen Kongress bereit. Die freiheitlichen Ideen und die damalige Suche nach neuen Paradigmen der Revolutionäre der 1968er, finden nun mit dem demokratischen Konföderalismus in Rojava eine praktische und hoffnungsvolle Umsetzung. Die Völker der Welt stehen heute nicht mehr ohne Hoffnung und Programm da. Jetzt fehlt nur noch die entschlossene Organisierung und die notwendige Bereitschaft Opfer zu geben, um das neue gesellschaftliche Paradigma gegen die alte Herrschaftsordnung durchzusetzen. ♦

Die Kommunalwahlen in der Türkei und Nordkurdistan und die HDP

Unseren Willen zu Demokratie, Freiheit und Gerechtigkeit jedem kundtun

Hatip Dicle, 27.11.2018

In der Türkei und in Nordkurdistan stehen am 31. März 2019 die Kommunalwahlen an. Dass auch diese Wahlen – wie schon das Referendum vom 16. April 2017 und die Parlamentswahlen vom 24. Juni 2018 – nicht unter freien und gleichberechtigten Bedingungen ablaufen werden, ist heute schon absehbar.

Die Türkei unter dem Ein-Mann-Regime von Erdoğan hat sich unlängst von der Gewaltenteilung verabschiedet. Nicht dass die Türkei zuvor eine Musterdemokratie mit einer unabhängigen Justiz gewesen war. Doch mit Erdoğan ist in der Türkei auch der letzte Schein eines Rechtsstaates erloschen. Wer unter diesen Umständen tatsächlich freie Wahlen in der Türkei erwartet, hat jedenfalls eine falsche politische Analyse des Ist-Zustands betrieben. Oder anders gesagt, in einer faschistischen Diktatur Demokratie, Gerechtigkeit und Freiheit zu erhoffen, ist nichts anderes als Naivität. Aus diesem Grund können wir das Resümee meines Textes auch vorziehen und gleich festhalten: Der Wahlgang Ende März wird eine reine Formalität darstellen. Am Ende wird der faschistische Block aus AKP-MHP-Ergenekon durch die Unterdrückung der Opposition und mit Hilfe von allerlei Manipulationen einen »Wahlsieg« verkünden.

Die Basis für meine Prognose bot Erdoğan schon vor den Parlamentswahlen im Juni 2018. Damals lud er seine Hofjournalist*innen zu einem einstündigen Briefing ein. An alle Journalist*innen der AKP-treuen Blätter, die noch letzte Zweifel am Wahlsieg Erdoğans hatten, appellierte er mit folgenden Worten: »Habt keine Zweifel an meinem Wahlsieg. Denn der ›Reis‹ (dt. Führer; so wird Erdoğan von seinen Sympathisant*innen angesprochen) lässt keine Wahlen veranstalten, bei denen er nicht selbst gewinnt.«

In der Türkei lastet gegenwärtig ein enormer Druck auf der Bevölkerung, die gesellschaftliche Opposition wird der Vernichtung preisgegeben. Dass die Bedingungen in Nordkurdistan die Situation im Westen der Türkei verblassen lassen, ist offensichtlich. Und nun sollen unter diesen gesellschaftlichen Umständen Kommunalwahlen abgehalten werden. In Nordkurdistan sind übrigens die bei den vergangenen Kommunalwahlen rechtmäßig gewählten Ko-Bürgermeister*innen der Demokratischen Partei der Völker (HDP) und der Partei der Demokratischen Regionen (DBP) abgesetzt worden, viele von ihnen befinden sich aktuell in Haft. Ihre Stellen sind von Treuhändern, die von der AKP und den Gouverneuren bestimmt wurden, eingenommen worden. Betroffen hiervon sind die Provinzverwaltungen von Amed, Wan, Mêrdîn, Colêmerg, Sêrt, Bêdlîs, Dersim und Agirî. Der politische Einfluss der HDP hatte sich auf den größten Teil Nordkurdistans ausgeweitet. Heute befinden sich allerdings die Ko-Bürgermeister*innen, die Mitglieder der Stadträte und viele Mitarbeiter*innen der Stadtverwaltungen in Haft. Sie alle werden als politische Geiseln des Regimes gehalten. Diese nahezu täglichen Festnahmewellen brechen nicht ab, bis zu den Kommunalwahlen werden sie wohl eher noch zunehmen. Sollte es der HDP auch unter diesen Umständen gelingen, Wahlsiege bei den Kommunalwahlen einzufahren, dann hat Erdoğan bereits angekündigt, was geschehen wird: Die gewählten Ko-Bürgermeister*innen werden dann erneut abgesetzt und durch Treuhänder ersetzt.

Die Zustände in den Stadtverwaltungen, die von den Treuhändern geleitet werden, sind miserabel. Der Haushalt der Stadtverwaltungen wurde mittlerweile an das Staatspräsidialamt angebunden. Monatlich holen die Treuhänder dort das Einverständnis für ihre Ein- und Ausgaben ab. Das hindert sie natürlich nicht, die Stadtverwaltungen Nordkurdistans zu überschulden. Vielmehr scheint das die Vorgabe von oben zu sein. Ebenso wie die Privatisierung von Gebäuden und Nutzflächen, die unter dem Besitz der Stadtverwaltungen standen und nun unter AKP-Funktionär*innen verscherbelt werden. In denjenigen Orten, in denen die HDP die Stadtverwaltungen von der AKP zurückerobern sollte, wird sie in jedem Fall vor einem Schutthaufen stehen und bei Null anfangen müssen.

Das gilt in dem Fall auch für den Wiederaufbau der Fraueneinrichtungen in den jeweiligen Orten. Diese wurde ebenso von den Treuhändern gnadenlos dichtgemacht, wie auch die kurdisch- oder mehrsprachigen Schilder, die in den kurdischen Städten allgegenwärtig waren, durch die Treuhänder allesamt abgehängt worden sind. Die AKP-Männer haben also nicht nur der kurdischen Bevölkerung ganz offen zur Schau gestellt, was sie von ihrer Kultur und ihrer Sprache halten, sondern sich selbst als Treuhänder zu den Handlangern des Besatzungsregimes in Nordkurdistan gemacht.

Vor dem Hintergrund dieses Ist-Zustands stellt sich bei vielen berechtigterweise folgende Frage: Warum nimmt die HDP an diesen Wahlen überhaupt teil? Warum boykottiert sie nicht die Kommunalwahlen, die doch ohnehin bedeutungslos erscheinen?

Zunächst einmal sollten wir uns vor Augen führen, dass die kurdische Bevölkerung auch bei den Parlamentswahlen vom 24. Juni 2018 trotz allen Betrugs und aller Manipulationen ihren freien Willen an der Wahlurne allen gezeigt hat. Sie hat zugleich dem faschistischen AKP-MHP-Ergenekon-Block deutlich gemacht, dass sie allen Repressionen und aller staatlichen Gewalt zum Trotz nicht einknickt und sich nicht einschüchtern lässt. Und auch bei den anstehenden Wahlen sind Kurd*innen bereit, ihre Haltung nochmals unter Beweis zu stellen.

Die Haltung der kurdischen Bevölkerung lässt sich in etwa wie folgt wiedergeben: »Auch wenn sie zwei Tage nach den Kommunalwahlen unsere gewählten Ko-Bürgermeister*innen wieder absetzen sollten, werden wir am Wahltag unseren freien politischen Willen dem Staat und der Öffentlichkeit unter Beweis stellen. Die Faschisten mögen eben das machen, was zu ihrer Einstellung passt. Wir hingegen werden unseren Willen zu Demokratie, Freiheit und Gerechtigkeit abermals jedem kundtun.«

Das ist ein bedeutendes Manifest im Kampf gegen den Faschismus in der Türkei. Die Wut der kurdischen Bevölkerung gegen ihre Besatzer, gegen die Machthaber in Ankara, wird sich in den Wahlergebnissen widerspiegeln. Aus diesem Grund ist der Urnengang bei den Kommunalwahlen von großer Wichtigkeit und muss unterstützt werden.

Bei den Wahlen im kommenden März wird es deshalb auch nicht bloß darum gehen, welcher Bürgermeisterkandidat und welche Bürgermeisterkandidatin in welchem Ort die meisten Stimmen erhalten wird. Es wird auch darum gehen, ob die Vertreter der staatlichen Geisteshaltung, die dem Faschismus in der Türkei den Weg bereitet haben und nun die Völker versklaven und sie somit dazu zwingen wollen, vor dieser Staatlichkeit niederzuknien, in ihrem Vorhaben erfolgreich sein werden. Eine solche Geisteshaltung bekämpft nicht nur die Gerechtigkeit und die Rechtstaatlichkeit, sie will auch die Demokratie völlig aus dem kollektiven Gedächtnis der Menschen verbannen. Die Diktatur, mit der wir es in der Türkei derzeit zu tun haben, bewegt sich eben genau in diese Richtung. Die Gesellschaft und jedes Individuum sollen ihrer Fähigkeit zur legitimen Selbstverteidigung beraubt werden und zu einer Schafherde im Dienste des Staates und seiner Machthaber verkommen. Diese Geisteshaltung und dieses Vorhaben lehnen wir radikal ab. Wir müssen uns immer und überall gegen sie stellen. Und auch die Wahlurnen sind eine Möglichkeit, unseren Standpunkt gegen die staatliche Mentalität unter Beweis zu stellen.

Die HDP ist gewissermaßen die Antithese zur staatlichen Geisteshaltung. Sie verteidigt die Demokratie und die Freiheit. Sie setzt sich dafür ein, dass die Gesellschaft sich basisdemokratisch selbst verwaltet. Auf diese Weise sollen auch die Stadtverwaltungen, in denen die HDP die Mehrheit erringt, mit der Partizipation der lokalen Bevölkerung verwaltet werden. Wenn die Strukturen der kommunalen Selbstverwaltung gegenüber der Zentralmacht in Ankara nicht gestärkt werden und ihre Unabhängigkeit erlangen, kann ohnehin nicht von einer Demokratie gesprochen werden. Von der kleinsten gesellschaftlichen Gruppe bis hin zur demokratischen Nation muss jeder sich selbst verwalten können; alle ethnischen und religiösen Gemeinschaften müssen sich in ihrer Verschiedenheit selbst repräsentieren können und dem Konzept des demokratischen Konföderalismus folgend muss die gesamte Gesellschaft von der Basis bis hin zur Spitze sich selbst organisieren können.

Letztlich ist das auch die Zielvorgabe der kurdischen Freiheitsbewegung und ihrer strategischen Führungspersönlichkeit Abdullah Öcalan. Das ist auch der Kern der demokratischen Autonomie. Und so werden auch wir unseren Kampf für die Schaffung einer freien Gesellschaft ohne Unterbrechung fortsetzen.

Für eine Welt ohne Ausbeutung, ohne Kriege und ohne Grenzen werden wir uns der faschistischen Mentalität, die den Staat zu einem Heiligtum erklärt, überall und in allen Lebensbereichen entgegenstellen. Wir werden hierfür keinen Kampf scheuen und in jedem Fall erfolgreich sein. Als HDP werden wir gemeinsam mit unseren Freund*innen unseren Widerstand fortsetzen. In Nordkurdistan werden wir die Zahl unserer Stadtverwaltungen weiter vergrößern. In den westlichen Metropolen hingegen werden wir uns überall dem faschistischen AKP-MHP-Ergenekon-Block entgegenstellen und die Bündnisse mit demokratischen Parteien suchen. In diesem Geiste werden wir uns auf die Wahlen vorbereiten. Gemeinsam mit unseren Völkern wird unser Kampf gewiss von Erfolg gekrönt werden. ♦

Die Frauen werden am 31. März ihre Antwort geben

Kommunen als Standbein der Revolution

Yurdusev Özsökmenler, stellvertretende Ko-Vorsitzende für Lokalverwaltungen der HDP

Die Kommunalwahlen am 31. März, bei denen neben den Ober- und Stadtteilbürgermeistern auch Stadt- und Provinzräte sowie die Muhtars (Dorf- oder Ortsvorsteher) gewählt werden, haben diesmal mehr Bedeutung als sonst. Die Clique des Blocks der AKP (Partei für Gerechtigkeit und Aufschwung) und der MHP (Partei der Nationalistischen Bewegung) bereitet sich darauf vor, die faschistische administrative Zwangsverwaltung noch stärker zu institutionalisieren und die lokalen Standbeine auszubauen. Die demokratischen Institutionen und Parteien hingegen agieren mit dem Ansatz, den Faschismus als Ganzes zurückzudrängen – was beim Präsidialreferendum und den Parlaments- und Präsidentschaftswahlen vom 24. Juni nicht geschafft wurde – sowie lokale Widerstandsmechanismen zu schaffen, indem die Lokalverwaltungen der AKP und der MHP verdrängt werden. Treibende Kraft dabei ist unsere Partei, die Demokratische Partei der Völker (HDP).

Wir bereiten uns auf die Kommunalwahlen mit dem Ziel vor, alle unter Zwangsverwaltung stehenden Gemeinden in Kurdistan zurück- und neue Gemeinden hinzuzugewinnen, die Zahl unserer Provinzräte zu erhöhen und anstatt der Muhtars, die zu einem verlängerten Arm des Präsidentenpalasts geworden sind, Demokraten wählen zu lassen.

Im Westen verfolgen wir das Ziel, möglichst viele Kommunen zu gewinnen und die Dominanz von AKP und MHP in von ihnen geleiteten Kommunen zu schwächen. Dafür versuchen wir mit gesellschaftlichen Kräften, Gewerkschaften, zivilgesellschaftlichen Einrichtungen und politischen Parteien zusammenzukommen und entsprechend den jeweiligen Besonderheiten eine lokale Bündnispolitik zu entwickeln.

Wir haben in 40 Bezirken und nahezu 6000 Landkreisen mit über 5000 Institutionen und Einrichtungen Machbarkeitsstudien durchgeführt und Vorschläge eingeholt. Unsere Wahlkampfstrategie entwerfen wir unter Berücksichtigung dieser Vorschläge.

Eine Politik, die Frauen das Existenzrecht abspricht

Aus der Sicht der Frauen kommt den Kommunalwahlen darüber hinaus eine noch viel größere Bedeutung zu. Denn unter der AKP-Regierung sind die Errungenschaften der Frauen gefährdet. Ein Präsident, der öffentlich erklärt, dass er nicht an die Gleichberechtigung von Frauen und Männern glaube, und seine Partei versuchen in ihrer Amtszeit die Frauen aus dem wirtschaftlichen, sozialen, politischen und intellektuellen Leben zu verdrängen. Wir sind mit einer Politik konfrontiert, die Frauen das Recht zu existieren verweigert. Wir unterliegen einer aggressiven faschistischen Ordnung, die Frauen dem Mann und dem Staat gegenüber zum Gehorsam verpflichten will und mithilfe eines klassischen Frauenbildes die Gesellschaft neu zu formen versucht. Aufgrund der nationalistischen, militaristischen und sexistischen Politik leben wir heute in einer Gewaltspirale. Die Zahl der Missbrauchs-, Vergewaltigungs- und Todesfälle von Frauen nimmt täglich zu. In den letzten zehn Jahren gab es einen starken Anstieg von Frauenmorden. Die Fluchthäuser, in denen Frauen bleiben, die vom Staat Schutz fordern, werden mit Eröffnungszeremonien zur Schau gestellt. 73 Prozent der Frauen, die von Polizei oder Staatsanwaltschaft Schutz gefordert haben, und 27 Prozent der Frauen in Fluchthäusern werden ermordet. Die Zahl der Frauen, die sich aufgrund von Gewalterfahrungen oder nur, um selbst über ihr Leben zu bestimmen, von ihren Ehemännern getrennt haben, ist im Jahr 2018 im Vergleich zu 2017 um 25 Prozent gestiegen und beträgt 409. Die Frauenmörder hingegen profitieren von jeglicher Art von Strafminderung.

Angriff auf das Recht der gleichberechtigten Repräsentation

Die Regierung ist auch darauf aus, die infolge großer Widerstände erkämpften Rechte der Frauen zurückzunehmen. Der Name des Frauenministeriums wurde geändert. Das Gesetz über den Schutz der Familie und die Verhütung von Gewalt gegen Frauen im Zivilgesetzbuch und Artikel des Türkischen

Strafgesetzbuchs zur selben Problematik werden ebenfalls geändert, und der Versuch, das Recht auf Kindergeld abzuschaffen, soll dafür sorgen, dass die Frau mit ihrem Vergewaltiger verheiratet bleibt.

Auch sind es die Frauen, die am stärksten von der Wirtschaftskrise beeinträchtigt werden. Entweder werden sie aus dem Arbeitsleben verdrängt und zu Hause eingeschlossen oder ihre sozialen Rechte werden im Namen der Arbeitsflexibilisierung eingeschränkt. Die AKP-Mentalität, der zufolge die Frauen mindestens drei Kinder zu gebären und zu Hause zu bleiben haben, will einen Frauentyp schaffen, der zur männlichen Herrschaft und Gewalt schweigt und dem Mann bedingungslos folgt. Auch gegen Politikerinnen und Ko-Bürgermeisterinnen wird eine Politik der Unterdrückung und Gewalt angewendet. Gewählte Frauen wie die Ko-Vorsitzende der HDP Figen Yüksekdağ oder die Ko-Vorsitzende der DBP (Partei der Demokratischen Regionen) Sebahat Tuncel werden inhaftiert und mit der Forderung nach jahrzehntelanger Haft verurteilt. Das System des Ko-Vorsitzes, das die von der DBP geleiteten Kommunen versuchen umzusetzen, wird verboten und das Recht der Frauen auf gleiche Repräsentation aufgehoben. Die Ko-Bürgermeisterinnen werden inhaftiert und verurteilt.

Erstes Angriffsziel der Zwangsverwaltung waren Errungenschaften der Frauen

Das erste Angriffsziel der Zwangsverwaltung, das alle Arbeiten der Kommunalverwaltungen zu kriminalisieren suchte und den lokalen gesellschaftlichen Willen zum Feind erklärte, waren die Errungenschaften der Frauen. Frauenzentren, Fluchthäuser und Wohnheime für Studentinnen wurden geschlossen. Posten wie Direktorinnen und Amtsleiterinnen wurden abgeschafft. Es wurden sogar die Ausgaben von Direktorinnen und Amtsleiterinnen für Frauenzentren und -unterkünfte unterschlagen und den Frauen zugute kommende Ausgaben der Kommunen für illegal erklärt. Die Türen der kommunalen Amtsgebäude, die nahezu zu Militärstationen geworden sind und nur mit Ausweiskontrolle betreten werden dürfen, sind Frauen gegenüber verschlossen. Frauen, die vor der Zwangsverwaltung die Kommunalgebäude besuchten, um ihre Prob-



»Kommunalwahlen sind eines der zentralen Standbeine der demokratischen Politik. Demokratische Lokalverwaltungen sind die beste Grundlage zur Einbindung der Bürger in die Verwaltung und zur Widerspiegelung ihres Willens und das wichtigste Werkzeug, um gegen den Zentralismus die Demokratie zu entwickeln. Deshalb werden die Frauen bei den Kommunalwahlen am 31. März mit ihrer Stimme auf all die Repression eine Antwort geben und ihre Errungenschaften verteidigen.«
Foto: ANF

leme zu erörtern oder Vorschläge zu machen, können sie nun nicht mehr betreten.

Denn das von unseren Kommunen angewendete System des Ko-Vorsitzes und unser ökologisches, gesellschaftliches und auf Frauenbefreiung beruhendes Modell hatte trotz seiner Mängel und Fehler sehr wichtige Entwicklungen mit sich gebracht. Weil die Kommunen, die zuvor zu einem Ort des professionellen Austauschs unter Männern geworden und in denen auf allen Ebenen Männer beschäftigt worden waren, sich selbst verändert und begonnen haben, die Gesellschaft zu verändern.

BDP hat in 96 Gemeinden das System des Ko-Vorsitzes umgesetzt

Zu den Kommunalwahlen im Jahr 2014 war die BDP (Partei für Frieden und Demokratie; fusionierte später mit der HDP) mit der Perspektive »Wir werden uns und unsere Stadt selbst verwalten« angetreten und gewann 102 Kommunen. Sie setzte in 96 Kommunen das System des Ko-Vorsitzes um. Die Zahl der weiblichen Gemeinderatsmitglieder erhöhte sie auf 363 und die Zahl der Provinzratsmitglieder auf 20 (die Zahl der Bürgermeisterinnen bei den anderen Parteien in derselben Wahl blieb bei 13). Das System des Ko-Vorsitzes verfolgte das Ziel, in den Kommunalverwaltungen statt des männlich dominierten, bürokratischen und profitorientierten Verwaltungsverständnisses mit dem Frauensystem ein demokratisches, partizipatives, gleichberechtigtes und gesellschaftliches Verständnis stark zu machen.

Die Eröffnung von Frauenzentren wurde beschleunigt, Frauenkooperativen wurden unterstützt, um die Beschäftigung von Frauen zu gewährleisten, wurden Kurse zur Arbeitsplatzgewinnung durchgeführt und Fluchthäuser wurden eröffnet. Von den Gemeinden Amed (Diyarbakır) und Wan wurden Stationen für Straßenkinder und eine Anti-Gewalt-Hotline eröffnet. In vielen Stadtteilen und Dörfern wurden Seminare zur Frauengesundheit durchgeführt und Informationen über Mutter-Kind-Pflege und Hygiene weitergegeben. Um das gesellschaftliche Gedächtnis und die Aufmerksamkeit gegenüber Gewalt an Frauen lebendig zu halten, bekamen Frauenzentren und Parks die Namen ermordeter Frauen. Es wurden auch Schritte unternommen, um in den Gemeinden eine gleich hohe Repräsentation zu gewährleisten. Es gab eine Zunahme von weiblichem Personal und Leiterinnen. In Tarifverträgen wurden verschiedene Sanktionen gegen das städtische Personal verhängt, das Gewalt gegen Frauen angewandt hatte. Es wurden Frauenarbeitsplätze geschaffen und Projekte entwickelt.

Das Vorurteil »Frauen können das nicht« wurde gebrochen

Zudem wurden von den Frauenzentren in hunderten Stadtteilen und Dörfern Bildungsmaßnahmen zum gesellschaftlichen Sexismus veranstaltet, um gesellschaftliche Geschlechterrollen zu hinterfragen. Es wurden Seminare durchgeführt, um die Rechte von Frauen und das Bewusstsein dafür zu stärken. Infolgedessen war ein Rückgang der Fälle von Gewalt gegen Frauen, Zwangsheirat, Verheiratung von Minderjährigen und Polygamie zu verzeichnen. In der Gesellschaft waren bedeutende Veränderungen hin zu einer Gleichberechtigung der Geschlechter bemerkbar. Dadurch hat die kurdische Gesellschaft gesehen, dass Frauen wichtige Aufgaben in der Politik übernehmen können. Das Vorurteil »Frauen können das nicht« wurde zum großen Teil abgebaut. Wir haben sogar in den letzten Machbarkeitsstudien in den Regionen herausgefunden, dass die Gesellschaft Bürgermeisterinnen mehr vertraut. Doch lässt sich nicht gerade behaupten, dass diese Schritte für die Befreiung der Frau oder zur Transformation des männlich beherrschten Systems ausreichend seien. Es bräuchte mehr und umfassendere Arbeit für eine Gesellschaftstransformation, in der die Gesellschaft als Ganzes beeinflusst wird. Denn für die gesellschaftliche Veränderung sind Lokalverwaltungen die beste Möglichkeit.

Frauen müssen Vorreiterrolle bei den Kommunalwahlen übernehmen

Kommunalwahlen sind eines der zentralen Standbeine der demokratischen Politik. Demokratische Lokalverwaltungen sind die beste Grundlage zur Einbindung der Bürger in die Verwaltung und zur Widerspiegelung ihres Willens und das wichtigste Werkzeug, um gegen den Zentralismus die Demokratie zu entwickeln. Deshalb werden die Frauen bei den Kommunalwahlen am 31. März mit ihrer Stimme auf all die Repression eine Antwort geben und ihre Errungenschaften verteidigen. Ohne sich um männliche Bewertungen zu scheren wie »Frauen sind unzulänglich«, »man muss die Erwartungen der Gesellschaft beachten«, werden Frauen als Bürgermeisterinnen und für die Stadt- und Provinzräte kandidieren und gewählt werden. In den Kommunen werden wieder Ko-Vorsitzende eingesetzt und Frauenhäuser von Neuem eröffnet werden. Wir rufen als HDP alle Frauen dazu auf, unsere Errungenschaften gegen die Repression und Gewalt der AKP zu schützen, den Kampf um die Frauenfreiheit zu verstärken und eine aktive Rolle bei den Kommunalwahlen am 31. März zu spielen. ♦

Ein Wort zum russisch-türkisch-deutsch-französischen Istanbul-Gipfel

Der Stempel des deutschen Imperialismus

Murat Çakır

Dem deutschen Imperialismus ist es gelungen, nach einer langen Zeit der Entbehrung dem Nahost-Gipfel in Istanbul seinen Stempel aufzudrücken. Deutschland und Frankreich, die sich gegen die Interessen der USA im Nahen Osten stellen, ernten nun die Früchte ihrer Maulwurfsarbeit.

Bei der Betrachtung des Vierer-Gipfels in Istanbul, an dem die Staats- und Regierungschefs von Deutschland, Frankreich, Russland und der Türkei teilnahmen, finden sich zwischen den Bewertungen in bürgerlichen und manchen linken Medien kaum noch Unterschiede. Während einige Kommentatoren meinen, dass von einem Gipfel, an dem die USA nicht teilnehmen, kein Ergebnis erwartet werden kann, monieren einige linke Oppositionelle, dass das »einzige Gipfelergebnis die Unterstützung der AKP« sei. Zudem wird in manchen radikal-linken Kreisen behauptet, dass es Merkel und Macron nur darum gegangen sei, »den Flüchtlingsstrom zu stoppen und syrische Flüchtlinge zurückzuführen«.

Sicherlich sind bei diesen Bewertungen teilweise richtige Aspekte zu finden. Doch scheint ein wichtiger Punkt, nämlich die Bedeutung der strategischen Ziele des deutschen Imperialismus, außer Acht gelassen zu werden. Das ist umso problematischer, als dadurch auch Entwicklungen, welche die Zukunft der nordsyrischen Kantone unmittelbar beeinflussen, aus dem Blickfeld verloren gehen. Höchst bedenklich ist es, wenn auf einer linken Konferenz unter dem Titel »Krise im Nahen Osten und die Lösung durch die demokratische Nation«, die am gleichen Tag in Amed (Diyarbakır) durchgeführt wurde, der Vierer-Gipfel nur in einem einzigen Nebensatz genannt wurde. Leider sieht es so aus, dass die oppositionellen Kräfte sich von dem eingrenzenden »türkisch-kurdischen Denken« nicht lösen konnten.

Dem deutschen Imperialismus ist es gelungen, nach einer langen Zeit der Entbehrung dem Nahost-Gipfel in Istanbul seinen Stempel aufzudrücken. Deutschland und Frankreich, die sich gegen die Interessen der USA im Nahen Osten stellen, ernten nun die Früchte ihrer Maulwurfsarbeit. Sie haben Russland, Iran und die Türkei als diejenigen Außenmächte akzeptiert, die bestimmend sind für die Zukunft Syriens, und haben darauf gesetzt, dass der sog. »Astana-Prozess« in Bezug auf die Finanzierung eines Wiederaufbaus von Syrien auf die EU, somit auf Deutschland und Frankreich angewiesen bleiben wird.

Andererseits wird die Anerkennung Deutschlands und Frankreichs als Partner durch Russland, Iran und die Türkei die US-Position gegenüber Iran schwächen. In der Gipfelerklärung kann dies aus der Wortwahl herausgelesen werden. Das Festhalten der Gipfelteilnehmer an »der Souveränität und der territorialen Unversehrtheit der Arabischen Republik Syrien« hat nicht nur die türkische Bombardierung nordsyrischer Stellungen am nächsten Tag legitimiert, sondern zugleich die Forderungen nach dem Abzug von US-Truppen aus Syrien gestärkt. Während die türkischen Bombardierungen eine weitere Eskalation, somit auch neue Gefahren für die Zukunft der nordsyrischen Kantone mit sich bringen werden, haben sich Deutschland und Frankreich offen gegen US-Interessen in Syrien positioniert. Damit stellen sich Deutschland und Frankreich auch gegen Saudi-Arabien auf die Seite von Qatar und dessen Partner Türkei.

Es wäre ein fataler Fehler, wenn die oppositionellen Kräfte der Türkei, insbesondere linke Kräfte und die kurdische Befreiungsbewegung, die Ergebnisse des Vierer-Gipfels nur durch eine kurdisch-türkische Brille betrachten würden. Ein Gipfel von solcher Qualität findet nicht statt, weil irgendwelche »westlichen Mächte« dem türkischen Diktator unter die Arme greifen wollen. Es geht um die nackten Interessen unterschiedlicher Bourgeoisien und um die regionale Hegemonie. Dennoch, trotz aller Widersprüche und Interessenkonflikte werden sich die Interessen der imperialistischen Kräfte sowie derer Kollaborateure niemals mit den Interessen der unterdrückten und ausgebeuteten Klassen decken. Wer diese Tatsache vergisst, wird sich die Zukunft verbauen. ♦

Widerstand gegen die Entscheidung der USA

Mustafa Karasu, Mitglied des KCK-Exekutivkomitees

Die USA haben gegen Cemil Bayık (Ko-Vorsitzender der KCK), Murat Karayılan (Oberkommandierender der Volksverteidigungskräfte HPG) und Duran Kalkan (Mitglied des Exekutivrats der PKK) Haftbefehle ausgestellt und finanzielle Belohnungen für Informationen, die zur Festnahme der drei Funktionäre führen, in Aussicht gestellt. Warum diese Entscheidung getroffen wurde, muss man hier jedoch genau analysieren. Die offiziellen Begründungen sind natürlich wertlos und haben keinerlei Bedeutung.

Der Hauptgrund ist ideologischer und politischer Natur. Darüber hinaus gibt es aber auch wirtschaftliche und politische Interessen. Denn würden die USA versuchen, Entscheidungen allein aufgrund ideologischer und politischer Unterschiede zu treffen, dann müssten sie in Bezug auf den Großteil der Welt ähnlich agieren. Die Entscheidung ist somit sicherlich das Ergebnis eines schmutzigen Deals: Der Politiker Trump hat wie ein Händler entschieden, um dabei etwas zu gewinnen oder zu verdienen.

Diese Entscheidung, aus welchem Anlass auch immer sie getroffen wurde, bedeutet eine Feindseligkeit gegenüber dem kurdischen Volk. Die USA sollten dabei nicht wie die ausbeuterische, unterdrückerische Türkei vorgehen und versuchen, die Kurd*innen von der PKK zu spalten. Die ganze Welt weiß, dass diese Vorgehensweise des türkischen Staates den Völkermord an den Kurd*innen und die Feindseligkeit gegenüber dem kurdischen Volk verschleiern soll. Zurzeit ist die stärkste kurdische Freiheits- und Demokratiebewegung mit dem Kampf der PKK verbunden. Wenn der türkische Staat die PKK besiegen könnte, würde er danach die nächste kurdische politische Bewegung ins Visier nehmen, die den Kampf gegen ihn aufnehmen würde. Der türkische Staat ist nicht in der Lage, auf die Forderungen einer kurdischen politischen Bewegung einzugehen. Er kann nur Kurd*innen gegeneinander ausspielen. Wenn die USA ähnlich wie die Türkei versuchen, die Kurd*innen von der PKK zu spalten, dann legen sie das gleiche Denken und die gleiche Politik wie der türkische Staat an den Tag. Jeder und jede auf der Welt weiß mittlerweile, dass die AKP-MHP-Regierung den Kurd*innen feindlich gesinnt ist.

Eine direkte militärische Intervention kann nach hinten losgehen

Wer auch immer von der Türkei etwas möchte, muss sich im Gegenzug feindlich gegenüber der PKK positionieren. Wer innerhalb der Türkei in ökonomischer, gesellschaftlicher oder politischer Hinsicht etwas erreichen will, muss sich feindlich gegenüber der PKK, Abdullah Öcalan sowie der ganzen kurdischen Bevölkerung ausrichten. Diese Gleichung wird bestehen bleiben, solange die kurdische Frage in der Türkei nicht gelöst ist. Ein Motiv für die Entscheidung der USA zur Ausstellung der Haftbefehle ist ihr Vorhaben, die Türkei für ihre Politik gegen den Iran einzuspannen. In diesem Zusammenhang wurde vor dem Golfkrieg 2003 und der Intervention im Irak das Komplott gegen Abdullah Öcalan durchgeführt. Vielleicht wird es im Iran keine militärische Intervention geben. Ziel ist es jedoch, die Probleme des Iran so zu vergrößern, dass sich im Sinne der USA ein Regime-Wechsel entwickelt, von dem sie sich einen kontrollierbaren Mittleren Osten versprechen. Eine direkte militärische Intervention kann nach hinten losgehen. Deshalb wollen sie im Iran eine Regierung wie bis 1979 unter dem Schah oder eine wie die im Interesse der USA agierende türkische Regierung unter der AKP. Trump bzw. die herrschenden Klassen der USA interessieren sich nicht für die Lösung der kurdischen Frage, sie wollen lediglich einen Iran, der ihren Interessen nicht im Wege steht.

Die freiheitliche und demokratische Linie der PKK stärkt den Willen der Völker

Zweifellos ist auch die Ausweitung des ideologischen und politischen Einflusses der PKK im gesamten Mittleren Osten ein wichtiger Faktor bei dieser Entscheidung. Als die Verschwörung gegen Öcalan nicht das gewünschte Ergebnis brachte,



Transparent auf der Demonstration »Der Wunsch nach Freiheit lässt sich nicht verbieten« in Berlin. Foto: A. Bender

wurde eine neue gegen die Organisation eingeleitet, da unter den Bemühungen und dem Einfluss der PKK die Ideen von Öcalan weitere gesellschaftliche Gruppen in Kurdistan und im Mittleren Osten erreichten. Im Norden Syriens wurden nicht nur in Rojava, sondern auch in den von Araber*innen bewohnten Gebieten die Ideen Öcalans weit verbreitet. Derzeit ist die arabische Bevölkerung in der Demokratischen Föderation Nordsyrien größer als die kurdische. Öcalans Verständnis einer Demokratischen Nation[1] hat Kurd*innen, Araber*innen, Assyrer*innen und andere Volksgruppen einander näher gebracht. Die USA jedoch möchten das friedliche Miteinander der Völker verhindern und Zwietracht säen. Deshalb greifen sie die Kräfte an, die hinter der Idee einer Demokratischen Nation stehen. Die PKK, die Guerilla-Kräfte und andere Strukturen der PKK schaden den USA nicht. Diese jedoch wollen, dass die Völker im Mittleren Osten gemäß der Ideologie und der politischen Linie der Vereinigten Staaten handeln. Die freiheitliche und demokratische Linie der PKK stärkt den Willen der Völker, sie wird keiner anderen ideologischen oder politischen Linie folgen. Die ideologische und politische Linie der PKK ist nicht nur anders, sondern behindert praktisch gesehen die Regionalpolitik der USA im Mittleren Osten.

Den Medien ist zu entnehmen, wie die USA versuchen, die Revolution in Rojava in politischer wie ideologischer Hinsicht auf ihre Linie zu bringen und den Einfluss der PKK, die an den Ideen Öcalans festhält, zu verringern. Die Besetzung von Efrîn und die Angriffe der Türkei auf Rojava mit Zustimmung der USA sind in diesem Zusammenhang zu begreifen. Hätten die USA eine andere Position vertreten, wären ihre Antworten auf diese Angriffe anders ausgefallen. Einerseits werden die Angriffe auf Rojava geduldet, andererseits Maßnahmen gegen die PKK-Führung ergriffen, um die Revolutionäre in Rojava und der Föderation Nordsyrien in die Enge zu treiben. Mit

1 Zum Begriff »Demokratische Nation« siehe: http://freeocalan.org/books/#/book/demokratische-nation, Broschüre zum Bestellen und zum PDF-Download.

diesen hinterhältigen Absichten und aufgrund politischer und wirtschaftlicher Interessen nehmen die USA eine feindselige Haltung gegenüber der von der PKK angeführten kurdischen Freiheitsbewegung ein.

Nur mit Faschismus und Ausbeutung kann die AKP-Regierung sich noch halten

Man muss hierbei erwähnen, dass die Entscheidungen der USA nach Treffen mit der Türkei vereinbart wurden. Sie wurden getroffen, um die Türkei stärker an ihren eigenen Kurs zu binden. Zurzeit befindet sich die Türkei in einer politischen und wirtschaftlichen Krise. Die AKP-MHP-Koalition steht nur auf wackeligen Beinen. Wie im Jahre 1998 kann die Regierung ihre Geschäfte nur mit ausländischer Hilfe fortführen, denn der von der PKK angeführte Kampf bringt die AKP-Regierung ins Wanken. Nur mit Faschismus und Ausbeutung kann sie sich noch halten. Dennoch ermöglicht die angewandte Repression innerhalb der Türkei immer noch nicht, die Regierung zu stabilisieren. Die USA haben mit der Entscheidung gegen die PKK der AKP-Regierung klargemacht, dass sie ihre Regierung unterstützen werden, solange die Türkei auf die Forderungen der USA in der Region eingeht. Die Angriffe auf die PKK sind in diesem Zusammenhang zu verstehen.

Die USA wollen mit der Entscheidung zur Auslobung des Kopfgeldes mehrere Ziele auf Kosten des kurdischen Volkes erreichen. Indem die Kurd*innen als Verhandlungsmasse behandelt werden, sollen wirtschaftliche und politische Interessen durchgesetzt werden. Darum bezeichnet die Gemeinschaft der Gesellschaften Kurdistans (KCK) in ihrer Erklärung die Entscheidung der USA als »unmoralisch«. Denn diese zielen damit auf die Kurd*innen, die im Mittleren Osten für Demokratie, Freiheit, Recht, Gerechtigkeit und Gleichberechtigung kämpfen. Der Angriff auf die PKK ist ein Angriff auf alle Kurd*innen. Die USA handeln auf diese Weise, um die Türkei benutzen zu können. Eine Schwächung der PKK würde zugleich eine Schwächung aller Kurd*innen auf militärischer, politischer, sozialer und nationaler Ebene bedeuten. Wenn die PKK geschwächt wird, ist es für die Ausbeuter und Feinde des kurdischen Volkes einfacher, ihre Politik durchzusetzen. In dieser Hinsicht darf sich keine kurdische politische Bewegung und kein Teil Kurdistans täuschen. Im Jahr 1999 versuchten einige Kollaborateur*innen und Verräter*innen durch die Gefangennahme Abdullah Öcalans die PKK zu schwächen und versprachen dem Volk, dadurch die kurdische Frage lösen zu können. Die kurdische Frage kann aber nicht gelöst werden, wenn die Kurd*innen eine schwache Position innehaben; im Gegenteil kann es eine Lösung nur geben, wenn sie stark aufgestellt sind. Wird die Feindseligkeit und Politik der Ausbeuter betrachtet, wird deutlich, dass eine Schwächung der PKK die Bedrohung aller Kurd*innen mit Ausbeutung und Völkermord bedeutet.

Die USA haben die Entscheidung im Zusammenhang mit Verhandlungen mit der Türkei getroffen

Einige faschistische Kräfte innerhalb der Türkei behaupten, die USA hätten diese Entscheidung getroffen, um einen Lösungsprozess der kurdischen Frage in der Türkei in die Wege zu leiten und um den Kurd*innen in Nordsyrien einen Status zu gewähren. Dies ist jedoch eine totale Verdrehung der Tatsachen. Die USA haben die Entscheidung im Zusammenhang mit Verhandlungen mit der Türkei getroffen, sonst wäre es zu dieser Entscheidung nicht gekommen. Die Rhetorik von Teilen der AKP-Regierung, der MHP und der Ergenekon, die den Eindruck erweckt, sie seien wegen dieser Entscheidung der USA gezwungen, die Lage in Nordsyrien hinzunehmen, ist ein Täuschungsversuch dieser Kräfte gegenüber den Völkern in der Türkei. Es sind Versuche, die öffentliche Meinung zu täuschen. Tatsächlich sind sie mit dieser Entscheidung sehr zufrieden. Sie versuchen durch diese scheinbar unzufriedenen Äußerungen einen psychologischen Kampf voranzutreiben und die USA zu stärkeren Maßnahmen gegen die PKK zu bewegen.

Diese Politik hat die AKP-MHP-Koalition in den letzten Jahren immer verfolgt. Sie versucht, ständig Druck auf andere Staaten auszuüben, um sie zur Unterstützung des eigenen Kurses zu bewegen. Um ihre feindselige Politik gegenüber dem kurdischen Volk fortzuführen, stellt sie die Entscheidung der USA als unwichtig und ineffektiv dar. Um die Wahrheit zu verschleiern und die Aufmerksamkeit der kurdischen Gesellschaft zu schwächen, wird die Entscheidung der USA, die dem Völkermord an den Kurd*innen den Weg ebnet, von der Türkei so dargestellt, als sei sie zum Vorteil der Kurd*innen getroffen worden. Einige Kollaborateur*innen und Verräter*innen unterstützen die ausbeuterische Türkei in ihrem Krieg. Der türkische Staat betreibt keine andere Politik als die des Völkermordes. Die Aussagen der Türkei scheinen in ihrer Rhetorik lediglich wie falsche Lösungsprozesse zu klingen, jedoch handelt es sich um eine klare psychologische Kriegsführung gegen das kurdische Volk, das sich gegen Ausbeutung und Völkermord wehrt. In der Türkei kann die Lösung der kurdischen Frage nur im Kampf gelingen. Jeder andere Ansatz wird von der psychologischen Kriegsführung bestimmt. Wenn man die Aussagen der Türkei aus dieser Perspektive betrachtet, scheinen die Forderungen der HDP oder anderer Organisationen gegenüber der AKP-Regierung nach einer Lösung sehr realitätsfern. Außerdem haben diejenigen, die falsche Erwartungen schüren, einen falschen Ansatz.

Die Entscheidung der USA ähnelt jener gegen Abdullah Öcalan. Es wird dasselbe Ziel verfolgt. Der heutige Angriff ist sogar gefährlicher als der im Jahr 1999. Ihn nicht ernst zu nehmen bedeutet zugleich die Unterstützung für alle Ausbeuter*innen, vor allem der AKP-MHP-Regierung. Sie kommt einer Schwächung der Freiheitsbewegung in allen Teilen Kurdistans gleich. Wir sind mit einer Entscheidung konfrontiert, die nicht nur in Kurdistan den Kampf um Freiheit und Demokratie schwächen soll, sondern den im ganzen Mittleren Osten.

Wer Feind und wer Freund ist, wird in diesen Tagen deutlich

Es ist notwendig, dass überall vehement und öffentlich gegen die Entscheidung der USA protestiert wird. Lediglich Erklärungen zu schreiben reicht nicht aus. Die USA müssen sich mit dem ganzen kurdischen Volk und allen politischen Kräften konfrontiert sehen. Das kurdische Volk muss überall und unermüdlich gegen diese Entscheidung vorgehen. Nur wenn die Kurd*innen starken Widerstand leisten können, wird das Komplott ins Leere laufen. Wie schon bei dem Komplott gegen Abdullah Öcalan unterstützen die USA die Türkei in deren genozidaler Politik gegenüber den Kurd*innen. Auch in den anderen Teilen Kurdistans wurde diese verbrecherische Politik gegenüber dem Kampf für Freiheit und ein demokratisches Leben des kurdischen Volkes unterstützt. Diese Tatsache muss unser Volk begreifen und ohne Beeinflussung durch hinterhältige Versprechen, Bewertungen und Beurteilungen seinen Kampf dagegen verstärken. Jede Herangehensweise, die diesen Widerstand negativ beeinflusst, kommt einem Dienst an dieser Ausbeutung gleich.

Wer Feind und wer Freund ist, wird in diesen Tagen deutlich. Die Haltung aller politischen Parteien in Kurdistan zu dieser Entscheidung ist wichtig. Speziell die Haltung von Parteien, die von sich sagen, mit der PKK in freundschaftlicher Beziehung zu stehen, sind in diesen Tagen von Bedeutung. Es ist nötig, dass die einzelnen Parteien geschlossen Erklärungen verfassen und sich solidarisch zeigen. Individuelle Erklärungen von Einzelpersonen aus den verschiedenen Parteien reichen nicht aus und können darum nicht akzeptiert werden, da sie, bei aller Wertschätzung, nur für einzelne Personen stehen. Aus Liebe zur Heimat, der Verantwortung für das kurdische Volk und auch aus Freundschaft zur PKK müssen solche Erklärungen beschlossen und gemeinsam von den Parteien und Bewegungen formuliert werden. Sie müssen das kurdische Volk dazu aufrufen, sich gegen die Entscheidung der USA zu stellen. Daran wird sich zeigen, wer sich für die Interessen des kurdischen Volkes und für Demokratie einsetzt. Alle kurdischen Parteien müssen den USA sagen, dass sie zu solch einer Entscheidung nicht das Recht haben und dass eine Unterstützung der mörderischen Politik der Türkei Feindschaft gegenüber dem kurdischen Volk bedeutet.

Zweifelsohne müssen hierbei nicht nur die Kurd*innen, sondern vielmehr alle demokratischen Kräfte, alle Völker, die für Freiheit und Demokratie einstehen, sich gegen diese Entscheidung stellen. Gemeinsam mit den Kurd*innen muss der Widerstand dagegen gestärkt werden. ♦



ANF

Über die Guerilla des 21. Jahrhunderts

» … nicht nur eine militärische Funktion«

Interview mit Murat Karayılan, Auszüge

Auszüge eines Interviews mit Murat Karayılan. Murat Karayılan ist Mitbegründer der PKK, Oberkommandierender der Volksverteidigungskräfte HPG (Hêzên Parastina Gel) und Mitglied des PKK-Exekutivrats. Er gehört neben Cemil Bayık und Duran Kalkan zu den führenden PKK-Mitgliedern, auf die die USA ein Kopfgeld ausgesetzt haben.

Wie haben Sie auf die Festnahme von Abdullah Öcalan reagiert?

Das Internationale Komplott, das am 15. Februar 1999 in die Festnahme unseres Vorsitzenden mündete, schuf für uns eine neue Situation. Unsere Bewegung hat daraufhin den Krieg intensiviert und ausgeweitet, um sein Leben zu schützen. Das wurde auf dem zu dieser Zeit abgehaltenen 6. Kongress der PKK beschlossen. Wir waren erschüttert und wir sahen uns zu einer radikalen Erneuerung genötigt.

Hat Öcalan diese Entscheidung bestätigt?

Nein, der Vorsitzende hat anders gedacht. In unserem Denken standen Emotionen im Vordergrund. Er hat als Parteiführung trotz der Bedingungen seiner Geiselhaft einen sehr tiefgreifenden, realistischen Ansatz entwickelt und die Initiative ergriffen, um das Komplott ins Leere laufen zu lassen.

Worin bestand diese Initiative?

Er hat eine paradigmatische Erneuerung auf die Tagesordnung gesetzt. Wir hatten damals wirklich stagniert. Der Paradigmenwechsel war eine Notwenigkeit. Schon vor der Verhaftung hatte die Führung sich mit der Notwendigkeit einer derartigen Veränderung auseinandergesetzt und Vorbereitungen getroffen. Doch wir waren damals unter den Bedingungen des Komplotts nicht in der Lage so zu denken, sondern bei uns stand eher der Ansatz im Vordergrund, den Kampf auf gewohnte Art und Weise fortzuführen. Abdullah Öcalans bereits vor dem Komplott intensivierte gedankliche Veränderung und Analyse, wie z. B. seine Kritik am realsozialistischen System während des 5. Kongresses, sind auf Imralı mit dem Paradigmenwechsel vervollständigt worden. Die Bewegung, die bis dahin im Dogmatismus des Realsozialismus gefangen war, hat sich mit dem Paradigmenwechsel davon befreit und begonnen, die Ereignisse mit einem realistischeren Blick zu bewerten. Das neue Paradigma, das die Gründe für die Niederlagen in revolutionären Kämpfen gegen die kapitalistische Moderne analysiert, ist nicht nur auf Kurdistan begrenzt, sondern eine neue Perspektive für alle Kämpfe gegen den Kapitalismus. Der Vorsitzende Apo hat Perspektiven zur Überwindung von zentralen Problemen entwickelt, wie dem Verständnis von Macht und Gewalt im Realsozialismus und dem Blick auf Demokratie und die Frauenfrage.

Das alternative Paradigma wurde über eine Kritik am Realsozialismus und an der kapitalistischen Moderne entwickelt. Wie ist in dem Paradigma das Verhältnis zur Gewalt definiert und was hatte dies für Auswirkungen auf Ihre militärische Struktur?

Unsere Herangehensweise an die Gewalt hat sich geändert. Anstatt Gewalt als unbedingte Notwendigkeit zu betrachten und Machtstreben nicht in Frage zu stellen, wird Gewalt jetzt nur im Rahmen von Verteidigung als legitim erachtet. Entsprechend dem Verständnis, das Leben und damit auch dessen Verteidigung als etwas Heiliges zu begreifen, haben wir einen neuen Begriff von Selbstverteidigung.

Dementsprechend ist unser Ansatz nun, dass eine Verteidigungskraft passender ist als eine Armee. Wir haben erkannt, dass es nur mit eigenen Strukturen möglich ist, den Sozialismus zu erreichen. Die bisher gegangenen Wege von Staatsgründung, Armeeaufbau und Macht trennen uns nur vom

Sozialismus, und die Revolutionäre beginnen durch dieses Nachahmen der herrschenden Klassen diesen zu ähneln.

Sind dadurch die Volksverteidigungskräfte (HPG) entstanden?

Mit der Erkenntnis, dass Strukturen entsprechend den gesellschaftlichen Bedürfnissen entwickelt werden müssen und die Volksverteidigungskräfte in diesem Sinne als Name und Struktur besser passen, wurde auf dem 7. Kongress der PKK beschlossen, die ARGK (Volksbefreiungsarmee Kurdistans) durch die HPG abzulösen. Das war nicht nur eine Namensänderung, sondern eine tiefgreifende Erneuerung.

Was ist der zentrale Unterschied in der Strategie?

Diese Veränderung bedeutete die Überwindung des langanhaltenden Volkskriegs. In diesem alten Verständnis hatte die Guerilla eine zentrale Rolle. Die Gesellschaft und alle anderen Arbeiten und Institutionen standen im Dienste der Guerilla und es ging darum, die Guerillaarmee zu vergrößern, um mit ihr das Land zu befreien. Doch die vom Vorsitzenden Apo neu entwickelte Strategie der legitimen Selbstverteidigung und der Etappe des revolutionären Volkskriegs stützt sich nicht wie beim langanhaltenden Volkskrieg nur auf die Guerilla. In der alten Strategie war die Guerilla wesentlich und zentral. Die Gesellschaft war die Kraft, welche die Guerilla stärkt. Nur auf der letzten Etappe war ein wirksames Eingreifen der Gesellschaft ins revolutionäre Geschehen vorgesehen. In der vom Vorsitzenden vorgesehenen neuen Strategie des revolutionären Volkskriegs bilden die Guerilla und die Gesellschaft jeweils ein Standbein der Revolution. Dabei beteiligt sich die Gesellschaft mit Serhildans (Volksaufständen) am revolutionären Kampf und ist ein wichtiger Pfeiler der Revolution.

Wurde dieser Punkt richtig verstanden?

Dieser zentrale Punkt wurde leider von vielen unserer Basis noch nicht ausreichend verstanden. Deshalb gab es während des »Widerstands der demokratischen Autonomie«[1] ernsthafte Schwierigkeiten. Weil die Gesellschaft nicht hinreichend auf diese Phase vorbereitet worden war, wurde der Widerstand nur auf einem Bein geführt, mit den bekannten Ergebnissen.

Im Hinblick auf den Guerillakampf sprechen wir von einer langen Zeit. War keine demokratische und friedliche Lösung in kürzerer Zeit möglich?

Die zwei Jahre vor dem 3. Kongress mit einbezogen sprechen wir von einem 34-jährigen Guerillakampf. Diese Kampfphase hat in den ersten sechs Jahren das nationale Bewusstsein aufgebaut und die kurdische Frage auf die Tagesordnung gesetzt. Die Grundlage für eine Lösung mit demokratischen und friedlichen Mitteln wurde geschaffen. Doch weil der türkische Staat nicht von seiner Politik des Genozids gegen die Kurden abrückte, wurden Lösungen durch Dialog und demokratische Mittel blockiert. Meist wurden erst gar keine Schritte unternommen, nicht einmal formal, und wenn doch, dann hatte der türkische Staat im Kern immer den Weg des Spezialkriegs verfolgt. Von Zeit zu Zeit hat er Waffenstillstände nicht gebrochen oder Phasen wie die Osloer und die letzten Imralı-Gespräche zugelassen. Doch selbst dabei war er bestrebt, sein Projekt des Spezialkriegs umzusetzen, die Bewegung zu schwächen und zu liquidieren. Deshalb hat sich diese Phase des bewaffneten Kampfes bis heute hingezogen.

Wie unterscheidet sich die Guerilla Kurdistans von anderen Kämpfen auf der Welt und welchen Einfluss hat sie auf den gesellschaftlichen Wandel?

Organisatorisch betrachtet war die Guerillaorganisierung bzw. mit dem alten Ausdruck die Armeewerdung der Guerilla eigentlich eine Phase, die sich parallel zu den revolutionären Entwicklungen ereignete. Es begann mit wenigen Kräften. Bei ihrer Gründung bestand die ARGK nur aus ein paar hundert Menschen. Von da an wuchs sie rasant, so wie der Schneeball zur Lawine wird. Die 1990er Jahre sind die Phase der Vergesellschaftung der Revolution und des Wachstums der Guerilla. 1991 und 1992 gab es circa zehntausend Guerillakämpfer – zehnmal so viel wie zwei Jahre zuvor.

Ohne die Mängel in der Vorreiterrolle der ARGK hätte sich die Guerilla noch weiter entwickelt. Sie hatte aber einen starken Einfluss auf die Gesellschaft, wodurch diese in verschiedenen Dimensionen in eine tiefgreifende revolutionäre Phase eintrat – in die soziale und ideelle Revolution, die Frauenrevolution und die Demokratisierung. Das wurde durch den Kampf der Guerilla geschaffen.

Die Guerilla in Kurdistan ist eine ideologische und politische Guerilla. Sie agiert nicht wie in anderen Ländern von der militärischen und ideologischen Avantgarde getrennt. Sie ist eine komplette Avantgarde der Revolution mit militärischer, ideologischer und politischer Repräsentation.

1 Im Herbst 2015 erklärten sich zahlreiche Kommunen in den kurdischen Gebieten der Türkei wegen der zunehmenden Aggression des Militärs zu autonomen Kommunen und verteidigten sich militant gegen die darauffolgenden massiven Angriffe der Armee. Dies wurde brutal niedergeschlagen, ganze Stadtteile wie Amed-Sûr und Städte wie Nisêbîn und Cizîr wurden zerstört.



Die Guerilla in Kurdistan ist eine ideologische und politische Guerilla. Sie agiert nicht wie in anderen Ländern von der militärischen und ideologischen Avantgarde getrennt. Sie ist eine komplette Avantgarde der Revolution mit militärischer, ideologischer und politischer Repräsentation. Foto: ANF

Bekanntlich wurde seit der Gründung der türkischen Republik in Nordkurdistan alles angegriffen, deformiert und verleugnet, was den Namen Kurde trug – mit dem Widerstand der Guerilla wurde all dies wieder ins Leben zurückgeholt. Vieles ist mit der Guerilla wiedergeboren und gewachsen, wie zum Beispiel das Bewusstsein der eigenen Identität, also die kurdische Identität, das Bewusstsein für Geschichte, Patriotismus, Freiheit und Demokratie, das Bewusstsein, Teil der Gesellschaft und Frau zu sein, das hat sich mit der Guerilla entwickelt und in der Gesellschaft verbreitet. Deshalb hat die Guerilla nicht nur eine militärische Funktion. Die Quelle der starken Vorreiterrolle der kurdischen Frauen in der kurdischen Gesellschaft sind die Willensbildung und das Wachsen der Frau in der Guerilla.

In was für einer Phase der Neustrukturierung befinden Sie sich als HPG gegenwärtig?

Als Bewegung haben wir dank der Weitsicht und des Scharfsinns unserer Führung einen Paradigmenwechsel erlebt. Das hat uns einen wichtigen Vorteil verschafft. Insbesondere in den beiden letzten Jahren wurde innerhalb der HPG über eine Erneuerung diskutiert und auf der letzten HPG-Sitzung wurde das Projekt zur Neustrukturierung beschlossen. Das beinhaltet nicht nur die Bildung und die Professionalisierung der Guerilla. Ohne Zweifel ist Letztere ein Hauptziel, doch es geht im Kern darum, das in China und Vietnam entwickelte Modell der Guerilla zu überwinden. Dieses Modell wurde an verschiedenen Orten der Welt umgesetzt und von uns zwischen 1984 und 1999 praktiziert.

Wir versuchen seit den 2000ern, diese Art der Guerilla zu verändern, tiefgreifend zu überwinden und eine der Gegenwart angepasste Guerilla des 21. Jahrhunderts zu entwickeln. ♦

Widerstand gegen die globale Koalition der rückwärtsgewandten Kräfte

Interview mit Duran Kalkan, Mitglied des PKK-Exekutivkomitees

Können Sie anhand der Entwicklung der HRK, ARGK, HPG und YJA STAR die Geschichte des Guerilla-Kampfes erläutern? Welche Geschehnisse sind in diesem Zusammenhang besonders wichtig?

Unsere Partei ist eine Partei, die sich an den Taten ihrer Gefallenen orientiert. Dasselbe gilt für die Guerilla als militärische Struktur. Organisatorisch nahmen wir unseren Anfang durch die Initiative Abdullah Öcalans. Daraufhin kam es zur Gründung einer ersten ideologischen Gruppe, die sich später Kurdistan zuwendete und zu einer revolutionären Jugendbewegung wurde. Im Zuge der Volksaufstände in den Regionen Curnê Reş (Hilvan) und Sêwreg (Siverek) Ende der 1970er Jahre entwickelten wir uns zu einer Partei. 1981 und 1982 führten unsere Gründungsmitglieder Mazlum Doğan, Hayri Durmuş und Kemal Pir einen großen Gefängniswiderstand in der Türkei an. In Verbindung mit der palästinensischen Revolution begannen wir uns auch im Ausland zu organisieren.

All dies nahm nach dem Militärputsch in der Türkei am 12. September 1980 noch konkretere Formen an und gipfelte in der Aufnahme des Guerilla-Kampfes am 15. August 1984. Damit gingen wir in die Offensive gegen das System, in dem die Kurdinnen und Kurden verleugnet wurden und vernichtet werden sollten. Die Guerilla wurde unter der Bezeichnung HRK (Hêzên Rizgariya Kurdistan – Befreiungskräfte Kurdistans) gegründet und ging damals mit ihren ersten Aktionen in Dih (Eruh) und Şemzînan (Şemdinli) in die Offensive. Sie organisierte sich als bewaffneter Arm der PKK.

Bei unserem 3. Kongress wurde die HRK in ARGK (Artêşa Rizgariya Gelê Kurdistan – Volksbefreiungsarmee) umbenannt und neu organisiert. Damit sollte die Guerilla zu einer umfassenderen Bewegung weiterentwickelt werden. Sie sollte in die Lage versetzt werden, einen intensiveren Krieg zu führen. Dies gelang auch, wodurch die nationale Revolution vorangetrieben und die Frauenrevolution begonnen wurde. Die Frauenbewegung organisierte sich in diesem Zuge ab März 1995 als YAJK (Yeketiya Azadiya Jinên Kurdistan – Verband freier Frauen Kurdistans) als Teil der Bewegung. Ende der 90er Jahre begann sie sich auch zu einer eigenen Partei zu entwickeln. Nachdem einige Phasen durchlaufen und Veränderungen vorgenommen worden waren, gelang es der Frauenbewegung, sich in Form der PAJK als Partei (Partiya Azadiya Jin a Kurdistanê – Partei der freien Frauen Kurdistans) zu organisieren. Das war eine der bedeutendsten Transformationen in unserer Geschichte.

Im Zuge des Kampfes gegen das Internationale Komplott gegen unseren Vorsitzenden Abdullah Öcalan fand unser Paradigmenwechsel statt. Die Arbeiterpartei Kurdistans PKK organisierte sich neu und entwickelte sich gewissermaßen zu einer neuen Partei. Sie verabschiedete sich von einem staatlich orientierten, auf Macht fixierten Parteimodell. Ihre Mentalität, Philosophie, Theorie, Ideologie und ihre politische Linie orientierte sich von nun an an Zielen wie Frauenbefreiung, gesellschaftlicher und ökologischer Freiheit und dem Ideal einer demokratischen Gesellschaft. Auf Grundlage dieser Ziele organisierte sich die PKK also neu. Aus dieser Neuorganisierung ging auch die KCK (Koma Civakên Kurdistan – Gemeinschaft der Gesellschaften Kurdistans) als demokratisch-gesellschaftliche Bewegung hervor. Die HPG (Hêzên Parastina Gel – Volksverteidigungskräfte) wurden organisiert, um die militärische Kraft der Partei und die Verteidigung der Gesellschaft zu gewährleisten. Zugleich organisierten sich die Jugend und die jungen Frauen unter dem Dach der Komalên Ciwan. Die Frauenbewegung schaffte sich unter Leitung der PAJK und ihrer autonomen militärischen Struktur YJA STAR (Yekîtîya Jinên Azad - Star – Einheiten der freien Frau - Star) ihre eigene gesellschaftliche Organisation und Selbstverteidigungsstrukturen. All das waren die wichtigsten Entwicklungen im Rahmen der Neuorganisierung unserer Bewegung. Sie stellten damals wichtige Schritte zur Erneuerung und Weiterentwicklung dar.

Mithilfe all dieser unterschiedlichen Strukturen führen Sie heute Ihren Kampf. Können Sie ein wenig von den verschiedenen Kämpfen berichten?

Wir führen unseren Kampf auf Basis der Losung »Staat plus Demokratie«. Als Bewegung, die sich den Aufbau einer demokratischen Gesellschaft zum Ziel setzt, betrachten wir es als unsere Aufgabe, als Bildungs-, Organisierungs- und Führungskraft für die demokratische Gesellschaft zu wirken. Auf dieser Grundlage führen wir bereits seit Langem unseren Kampf gegen das Internationale Komplott und haben in diesem Kampf alle Angriffe gegen uns ins Leere laufen lassen. Dasselbe gilt für die Pläne uns militärisch zu zerschlagen, unseren Vorsitzenden Abdullah Öcalan auf Imralı in die Knie zu zwingen, uns von innen heraus zu zerstören oder uns im Namen des Islams zu vorgetäuschten Friedenslösungen zu verleiten. Durch unseren Widerstand gegen all das ist es uns gelungen, die Vernichtungspläne des Nationalen Sicherheitsrates der Türkei (MGK) zu verhindern, die dieser seit 2015 gegen uns durchzusetzen versucht.

Sie haben als Bewegung in den letzten Jahren viele historische Entwicklungen durchlaufen. Können Sie einige davon nennen?

Im Jahr 2006 führten wir einen intensiven Kampf. 2007 leisteten wir gegen die ideologischen, militärischen und politischen Angriffe Widerstand, auf die sich die USA und die Türkei geeinigt hatten. Durch unseren Widerstand in der Region Zap gelang es uns, die damaligen militärischen Angriffe abzuwehren. Der Widerstand Abdullah Öcalans auf Imralı versperrte den ideologischen Angriffen den Weg. Mit den Kommunalwahlen vom 29. März 2009 konnten wir auch die politischen Angriffe abwehren. Um unsere demokratische Politik vollständig zu vernichten, griff der türkische Staat daraufhin zu umfangreichen politischen Repressionsmaßnahmen, gegen die wir als Bewegung und als Gesellschaft insbesondere 2011 und 2012 erfolgreich Widerstand leisteten. Zur gleichen Zeit begann die Revolution in Rojava. Auch gegen die Angriffe des Islamischen Staates (IS) auf Şengal (Sindschar) und Kobanê (Ain al-Arab) im August 2014 und den Folgemonaten leisteten wir entschlossenen Widerstand. Wir verteidigten damit auch die kurdischen Errungenschaften in Südkurdistan. Durch unseren damaligen Einsatz konnten wir Rojava und Ostsyrien befreien. Als Gesellschaft und als Bewegung setzten wir uns im Rahmen des Widerstands in den Städten Nordkurdistans (Südosttürkei), der im Winter 2015/16 stattfand, für das Recht auf Selbstverwaltung ein. Insbesondere durch den Widerstand in den Städten Cizîr (Cizre) und Amed (Diyarbakır) im Stadtteil Sûr wurde das faschistische AKP-MHP-Regime an den Rand seines Sturzes gebracht. Auch im Jahr 2018 führten wir in den unterschiedlichsten Bereichen einen entschlossenen Kampf. Mit dem Sieg in Raqqa über den IS traten wir ins 40. Jahr seit unserer Parteigründung ein. Dieses Ereignis stellt eindeutig den Beginn einer neuen Phase dar. Mit dem Ziel, die Kurdinnen und Kurden zu schwächen, wurde zuerst Kerkûk und kurz darauf Efrîn angegriffen. Alle Mächte, deren Ziel die Verleugnung und Vernichtung der Kurdinnen und Kurden ist, zogen dabei an einem Strang – egal ob regionale oder internationale Staaten. Während es in Kerkûk zu keinem ernsthaften Widerstand kam, wurde in Efrîn auf eine Art und Weise Widerstand geleistet, dass er mit seiner Entschlossenheit als Beispiel und Hoffnung für alle Menschen im 21. Jahrhundert wirken wird. Im Rahmen dieses Widerstands wurde Haltung bewiesen. Man entschied sich für den einzig richtigen Weg. Zugleich offenbarte er unsere Fehler und Schwächen. Wir konnten wichtige Lehren für die Zukunft daraus ziehen. Seither befindet sich Efrîn unter türkischer Besatzung. Doch der Widerstand hält an. Wir haben gelernt, auf die richtige Art und Weise vor Ort Widerstand zu leisten. In Rojava, Südkurdistan, den Medya-Verteidigungsgebieten und inbesondere in Nordkurdistan haben wir in diesem Jahr umfassend Widerstand geleistet gegen die Angriffe des IS, aber auch des faschistischen AKP-MHP-Regimes. Die Guerilla, die Gesellschaft und die demokratisch-politischen Vertreterinnen und Vertreter leisteten gemeinsam Widerstand, ob in den Städten, den Bergen oder den Gefängnissen. Der Widerstand Abdullah Öcalans auf der türkischen Gefängnisinsel Imralı stellte für all diese Bereiche des Widerstands die Inspirationsquelle dar. Es ist wichtig festzustellen, dass all die verschiedenartigen Angriffe dadurch von uns abgewehrt werden konnten. All das ist Ausdruck unserer Entschlossenheit, auf ein freies Leben zu bestehen und uns dafür bis zum Ende einzusetzen. Vor wenigen Monaten führten wir die Sitzung unseres Exekutivkomitees durch, in der wir den Widerstand bewerteten und wichtige Lehren für die Zukunft ziehen konnten. Die Ergebnisse machten wir der Öffentlichkeit bekannt. Auch die KCK, die HPG, die Leitung der PAJK und die Frauenbewegung führten eigene Sitzungen durch.

Unter welchen Bedingungen starten Sie nun in das 41. Jahr Ihrer Bewegung? Welche Ziele haben Sie sich als Bewegung gesetzt?

Auf der Grundlage der Perspektiven unseres Vorsitzenden Abdullah Öcalan, der Erinnerung an unsere Gefallenen und der Lehren, die wir aus der kontinuierlichen Kritik und Selbstkritik ziehen konnten, werden wir noch organisierter, entschlossener und zielgerichteter in dieses Jahr starten. Das gilt sowohl für uns als Bewegung als auch für die kurdische Gesellschaft. Es fanden überall auf der Welt Feierlichkeiten zum 40. Gründungstag unserer Partei statt. Dieser Tag ist äußerst bedeutend für die kurdische Gesellschaft. Sie blickt gemeinsam mit unseren internationalistischen Freundinnen und Freunden mit großer Hoffnung in die Zukunft. Dementsprechend enthusiastisch wurde auch unser 40. Gründungstag



Freiheit für Abdullah Öcalan – Protestaktion in Stockholm. Foto: ANF

gefeiert. Überall auf der Welt setzen sich Menschen mit den Ideen Abdullah Öcalans und der PKK auseinander. Unter der Losung »Die Isolationshaft brechen, den Faschismus zerschlagen, Kurdistan befreien!« treten wir derzeit in eine neue Phase des Widerstands ein. Auf diese Art und Weise sammeln wir uns, bewerten unsere eigene Verfassung, fällen neue Beschlüsse und planen Aktionen für die Zukunft, um all die Angriffe gegen uns abzuwehren.

Zuletzt möchten wir Sie noch nach Ihrer Meinung zur jüngsten Entscheidung der USA fragen. Als Bewegung bewerten Sie die US-Entscheidung als Fortsetzung und Aktualisierung des Internationalen Komplotts. Warum fällten die USA diese Entscheidung? Welche Ziele verbergen sich dahinter? Wie werden Sie sich dagegen wehren?

Die USA sind die führende Kraft hinter dem Internationalen Komplott gegen unseren Vorsitzenden Abdullah Öcalan und unsere Bewegung. Mit ihrer jüngsten Entscheidung versuchen die USA, das Komplott neu zu organisieren, es an die aktuellen Bedingungen anzupassen und so eine neue Phase einzuleiten. Die Verhängung von Kopfgeld gegen drei unserer Führungsmitglieder ist Ausdruck dieses jüngsten Angriffs. Letztendlich zeigt die US-Entscheidung, dass die Angriffe gegen unsere Bewegung in den letzten 20 Jahren und insbesondere im 40. Jahr nach unserer Gründung alle wirkungslos geblieben sind. Wenn dem nicht so wäre, hätten die USA nicht diese Entscheidung gefällt, die den Maßnahmen ähnelt, die vor 20 Jahren gegen unseren Vorsitzenden Abdullah Öcalan ergriffen wurden. Die Entscheidung der USA zeugt von der Erfolglosigkeit der Politik gegen unsere Bewegung. Es ist völlig unklar, welche Maßnahmen ihnen zum Sieg verhelfen sollen. Mit der jüngsten Entscheidung wird u. a. das Ziel verfolgt, die Angriffe etwas zu

intensivieren, für Unruhe zu sorgen, einige kurdische Kreise zu verschrecken und die Kurdinnen und Kurden zu spalten. Im Vergleich zur Situation vor 20 Jahren befinden sich die Mächte, die das Internationale Komplott vorantreiben, in einer viel schwächeren und zersplitterteren Position. Das faschistische AKP-MHP-Regime steht mit seiner Verleugnungs- und Vernichtungspolitik kurz vor dem Zusammenbruch. Im Gegensatz dazu stehen wir als Bewegung deutlich gestärkt da. Wir haben in den letzten 20 Jahren viele wichtige Erfahrungen gemacht und Errungenschaften erkämpft. Unsere Politik führte immer wieder zu wichtigen Erfolgen. Mit dieser Stärke wird es uns definitiv gelingen, die Angriffe gegen uns abzuwehren und unseren Freiheitskampf zum Erfolg zu führen.

Zugleich müssen wir die Intensität der Angriffe erfassen. Sie sind sehr umfassend und ernsthaft zu bewerten. Sollten die globalen rückwärtsgewandten Mächte mit ihrer Politik der Verleugnung und Vernichtung auch nur die geringste Gelegenheit erhalten, werden sie alles dafür tun, das kurdische Volk zu vernichten. Diese Gefahr besteht ganz eindeutig. Sie ist keineswegs aus dem Weg geräumt. Diesbezüglich dürfen wir uns nichts vormachen. Den USA ist es in den letzten fünf bis sechs Jahren gelungen an Ansehen zu gewinnen, indem sie insbesondere in Rojava und an anderen Orten Beziehungen mit den Kurdinnen und Kurden aufnahmen. Doch auch das haben die USA jetzt verspielt, denn die kurdische Gesellschaft, die anderen Völker der Region und die demokratischen Kräfte empfinden angesichts des US-Kopfgeldes eine große Wut. Die USA erleiden daher derzeit einen großes Prestigeverlust. Dafür sind sie selbst verantwortlich. Die USA meinen, mithilfe ihrer Entscheidung, den türkischen Faschismus unterstützen zu können, die türkisch-russischen Beziehungen zu schwächen und das faschistische AKP-MHP-Regime im Kampf gegen den Iran instrumentalisieren zu können. Dafür nehmen sie auch die Unterstützung für einen Völkermord an den Kurdinnen und Kurden in Kauf und machen sich an einem derartigen Verbrechen mitschuldig. Mit einer derart engstirnigen, einfachen Politik, die ausschließlich auf eigene politische und militärische Profite ausgerichtet ist, eröffnen die USA einen Krieg gegen die Kurdinnen und Kurden, also gegen ein unterdrücktes Volk, das für ein freies Leben aller Menschen kämpft. Die USA fällen Entscheidungen in der Tradition des seit 20 Jahren andauernden Internationalen Komplotts gegen unseren Vorsitzenden und unsere Bewegung. Das müssen wir ganz klar so benennen und zugleich Maßnahmen unternehmen, um den Erfolg dieser Politik zu verhindern.

Unsere Losung für dieses Jahr lautet: »Die Isolationshaft brechen, den Faschismus zerschlagen, Kurdistan befreien!« Wir werden alles dafür unternehmen, diese Ziele im nächsten Jahr zu erreichen.

Die USA sind unser Feind. Natürlicherweise verfolgen sie uns gegenüber eine feindselige Politik. Das müssen wir sehr ernst nehmen. Zugleich müssen wir auch die Schwächen der USA sehen. Kurz gesagt: Wir müssen sehr aufmerksam sein. Als Reaktion auf diese Angriffe müssen wir die kurdische Einheit vorantreiben und dafür den kurdischen Nationalkongress nutzen. Die kurdische Gesellschaft, unsere internationalistischen Freundinnen und Freunde auf der ganzen Welt und alle kurdischen Parteien müssen sich klar gegen diese Angriffe positionieren und gegen sie Widerstand leisten. Die Angriffe gegen die PKK sind Angriffe gegen uns alle, nicht nur gegen einige Führungspersönlichkeiten der PKK. Die kurdische Freiheit, die kurdische Politik und all die Parteien werden dadurch angegriffen, auch alle revolutionären Kräfte und Parteien. Die Demokratie im Mittleren Osten und dem Rest der Welt wird dadurch angegriffen. Vor diesem Hintergrund müssen alle die Absichten hinter den jüngsten Angriffen erkennen, eine klare Haltung gegen sie einnehmen und gemeinsam gegen diese faschistischen Angriffe vorgehen. Wenn uns das gelingt, werden wir erfolgreich Widerstand leisten können.

Auch unsere Feinde versuchen sich neu zu ordnen und gestärkt in das 41. Jahr unserer Parteigründung zu starten. Doch sie sind geschwächt. Auf Grundlage der Entscheidungen, die wir im Rahmen der Sitzung unseres Exekutivkomitees gefällt haben, gehen wir gestärkt und neu geordnet in das neue Widerstandsjahr. Unser Anspruch ist ganz klar, noch entschlossener und erfolgreicher für den Sieg zu kämpfen. Wir haben verkündet, das 41. Jahr nach unserer Parteigründung zu dem Jahr zu machen, in dem Abdullah Öcalan und ganz Kurdistan befreit werden. Unsere Losung für dieses Jahr lautet: »Die Isolationshaft brechen, den Faschismus zerschlagen, Kurdistan befreien!« Wir werden alles dafür unternehmen, diese Ziele im nächsten Jahr zu erreichen. Als Bewegung und als Gesellschaft haben wir uns diese Ziele gesteckt und werden sie mit aller Entschlossenheit verfolgen. Wir sind zutiefst davon überzeugt, dass uns das auch gelingen wird. In diesem Sinne möchte ich an dieser Stelle unseren Vorsitzenden Abdullah Öcalan, unsere Bevölkerung, alle Genossinnen und Genossen und alle internationalistischen Freundinnen und Freunde grüßen! ♦

Vertretung in Südkurdistan für die Belange der Geflüchteten aus dem Norden

Die HDP-Vertretung als Vorbild für andere

Interview mit Müzeyyen Güneş, Ko-Sprecherin der HDP-Vertretung in Südkurdistan

Können Sie etwas zu Ihrem eigenen politischen Hintergrund sagen?

Ich war viele Jahre in der Türkei politisch aktiv; in den Frauenarbeiten, verschiedenen Fraueninstitutionen und den allgemeinen politischen Arbeiten. Im Rahmen der KCK-Verfahren wurde ich 2009 zur Fahndung ausgeschrieben. Daraufhin entschloss ich mich, nach Südkurdistan (Nordirak) zu gehen. Eine gewisse Zeit habe ich auch in Rojava (Westkurdistan) verbracht. Nun arbeite ich seit einiger Zeit für die HDP (Demokratische Partei der Völker) in Südkurdistan. All diese Arbeiten sind nicht isoliert voneinander, sondern hängen miteinander zusammen.

Worin besteht die Arbeit der HDP-Vertretung in Südkurdistan? Sind es eher diplomatische Gespräche und Kontakte mit anderen politischen Parteien oder arbeiten Sie auch direkt mit der Gesellschaft in Südkurdistan?

Den Schwerpunkt unserer Arbeit als HDP-Vertretung bilden natürlich die diplomatischen Aufgaben. Aber unsere Arbeit hat zwei Dimensionen: zum einen die Organisierung und zum anderen die Diplomatie. Die Dimension der Organisierung sieht folgendermaßen aus: Es gibt viele Menschen aus Nordkurdistan (Südosttürkei), die aus politischen Gründen nach Südkurdistan fliehen mussten. Viele unserer Parteimitglieder, Aktivisten und Vorstandsmitglieder leben hier. Kreisvorsitzende, Kommunalpolitiker und viele andere unserer Mitglieder sind über die Grenze nach Südkurdistan geflohen, weil sie sich in der Türkei nicht mehr politisch betätigen dürfen. Wir kümmern uns um sie. Gegenüber der südkurdischen Regierung übernehmen wir für sie eine Vermittlerrolle, in Gesprächen vertreten wir ihre Interessen. Die hiesigen Bedingungen sind sehr schwierig, für Geflüchtete unterscheiden sie sich stark von denen an anderen Orten auf dieser Welt. Die UN z. B. übernehmen hier praktisch keine Hilfe für unsere geflüchteten Parteimitglieder. Sie machen nur eine einzige Sache für all unsere Mitglieder, die aus Nordkurdistan geflüchtet sind: Sie stellen einen Geflüchtetenausweis aus, mit dem sich die Geflüchteten hier vor Ort frei bewegen können. Das gilt aber auch nur für sehr eingeschränkte Gebiete. Ansonsten unternehmen die UN keinerlei weitere Anstrengungen, um den Geflüchteten zu helfen oder ihnen zu ermöglichen, ihre international anerkannten Rechte in Anspruch zu nehmen. Daher kümmern wir uns um ihre Probleme und Bedürfnisse. Wir führen für sie Gespräche mit der südkurdischen Regierung. Die Regierung der Autonomen Region übt immer wieder Druck auf sie aus. Dabei gibt es Parallelen zum Umgang der Türkei mit unseren Parteimitgliedern, zum Teil werden zeitgleich Maßnahmen gegen sie ergriffen. Die südkurdische Regierung verlangt z. B. genauso wie die türkische Regierung von politischen Aktivisten, dass sie jede Woche, alle 15 Tage oder einmal pro Monat eine Unterschrift abgeben. Wenn sie das nicht tun, können sie ausgewiesen werden. Weil die Betroffenen in der Türkei zur Fahndung ausgeschrieben sind, sehen sie sich gezwungen, diesen Anweisungen Folge zu leisten. Wir führen immer wieder Gespräche mit der südkurdischen Regierung, um diesen Druck etwas zu lindern. Infolgedessen hat er in Hewlêr (Erbil) etwas abgenommen, aber in Dohuk und Zaxo ist er noch immer sehr stark. Acht Familien aus unseren Aktivistenkreisen wurden nach Rojava abgeschoben. Ihnen war vorgeworfen worden, sie hätten sich nicht an die Gesetze und Regeln gehalten. Damit ist gemeint: »Geht nicht zur HDP. Nehmt nicht an ihren Veranstaltungen und Protesten teil. Einmal pro Woche müsst ihr erscheinen und eine Unterschrift leisten. Wenn ihr diesen Regeln nicht folgt, schieben wir euch ab.« Um den Menschen Angst zu machen, haben sie diese acht Familien nach Rojava abgeschoben. Zwölf Familien wurden von der Demokratischen Partei Kurdistans (PDK) zum Umzug nach Silêmanî (Sulaimaniya) gezwungen. Das sind die Probleme, mit denen wir zu kämpfen haben. Auch die seit geraumer Zeit anhaltende Wirtschaftskrise betrifft am stärksten die Geflüchteten aus Nordkurdistan, da sie über keinerlei Sicherheiten verfügen.

Zum anderen gibt es unseren Volksrat. Einmal pro Monat kommen wir zusammen, um die politische Lage zu bewerten



HDP-Vertretung in Silemanî. Foto: ANF

und darüber zu diskutieren, was wir machen können und wie wir uns gegenseitig unterstützen können. Was die diplomatische Dimension unserer Arbeiten angeht, können wir sagen, dass wir uns mit allen politischen Parteien treffen können. Es gibt Parteien aus Rojava, aus Ostkurdistan (Nordwestiran) und auch mit allen Parteien aus Südkurdistan stehen wir in Kontakt. Ebenso mit demokratischen Institutionen und Organisationen hier vor Ort. Zusammen mit diesen Organisationen und verschiedenen Parteien haben wir während der Kobanê- und der Efrîn-Phase Proteste organisiert, um unseren Unmut zum Ausdruck zu bringen. Das ist der ungefähre Rahmen unserer Arbeit.

Was sind die größten Probleme, mit denen Sie dabei zu kämpfen haben?

Auf uns direkt wird kein Druck ausgeübt, aber auf unsere Mitglieder. Ihnen wird z. B. gesagt, sie sollten nicht zur HDP gehen. Aber uns als HDP wird nicht gedroht, uns zu verbieten oder auszuweisen. Unsere Existenz als HDP wird nicht direkt angegriffen, aber die Menschen in unserem Umfeld werden vertrieben. Das ist ein sehr großes Problem für uns. Wir achten sehr darauf, uns an die hiesigen Gesetze zu halten. Daher sind wir stets bestrebt, unseren demokratischen Protest z. B. gegen Entwicklungen in Nordkurdistan oder woanders unter Achtung der hiesigen Gesetze zu äußern. Wenn wir das tun, wird es uns nicht direkt verboten. Aber unsere Mitglieder werden vor oder nach den von uns organisierten Protesten bedroht und ihnen wird gesagt, sie sollten nicht daran teilnehmen. Sie alle werden damit bedroht, ausgewiesen zu werden. Das erschwert unsere Arbeit natürlich sehr. Dass wir ihnen keine Sicherheit und keine Alternative bieten können, bereitet uns große Schwierigkeiten. Wir sprechen dieses Thema jedes Mal im Rahmen unserer Gespräche an, aber die Verantwortlichen bestreiten stets, dass derartige Drohungen ausgesprochen werden. Doch die Asayîş (Sicherheitskräfte) gehen auf die Leute zu und bedrohen sie. Mit derartigen Problemen haben wir zu kämpfen. Zur Zeit der Angriffe des Islamischen Staates (IS) auf Şengal (Sindschar) im Sommer 2014 wurden z. B. ca. 30 unserer Aktivistinnen und Aktivisten in Gewahrsam genommen.

Wie wird der Volksrat für die Menschen aus Nordkurdistan hier in Hewlêr angenommen? Beteiligen sich viele Menschen?

Fast alle Menschen, die aus Nordkurdistan hierher geflohen sind, beteiligen sich am Volksrat. Da gibt es keine großen Pro-

bleme. Denn sie nehmen ihn als das Einzige wahr, das ihnen Sicherheit bieten kann und wo sie ihre Probleme diskutieren können. Es ist bisher z. B. ein, zwei Mal vorgekommen, dass jemand aus Nordkurdistan hier verstorben ist. Der Volksrat hat sich dann darum gekümmert und dafür gesorgt, dass der Leichnam nach Nordkurdistan überführt werden konnte. Das hatte große Wirkung auf die Menschen. Sie haben gesehen, dass sich um einen politischen Aktivisten aus Nordkurdistan, der hier allein hergekommen war, gekümmert wird. Gäbe es unseren Volksrat nicht, hätte keine andere Institution Verantwortung übernommen. Das hat dafür gesorgt, dass sich die Menschen stärker mit ihm verbunden fühlen. Sie wissen, dass sie sich an einem fremden Ort befinden, an dem sich außer dem Volksrat keine Institution um sie kümmert. Auch im Falle von Hausdurchsuchungen oder Bedrohung durch die hiesigen Sicherheitskräfte wenden sich die Menschen an den Volksrat. Daher ist das Interesse an seinen Arbeiten sehr groß. Auch der Umstand, dass die Arbeit des Volksrats in Verbindung mit Nordkurdistan steht, sorgt für Vertrauen bei den Menschen.

Was ist die Perspektive der Menschen aus Nordkurdistan, die nach Südkurdistan fliehen?

Ein Großteil von ihnen ist entweder bereits in der Türkei verurteilt oder ihr Verfahren dauert noch an und nach ihnen wird gefahndet. Sie alle wollen im Falle politischer Veränderungen in der Türkei in ihre Heimat zurückkehren. Daher betrachten alle ihren Aufenthalt in Südkurdistan als vorübergehend. Niemand hat vor, hier auf Dauer zu bleiben, und niemand von ihnen hat die Vorstellung aufgegeben, in den Norden zurückzukehren. Von daher holen viele ihre Familien nicht nach Südkurdistan. Im Sommer kommen ihre Familien während der Sommerferien zu ihnen nach Südkurdistan und kehren dann zum Ende der Ferien zurück in den Norden. Die Beziehungen zu ihren Familien bestehen also weiter. Nur diejenigen, die erst später geheiratet haben, sind zusammen mit ihren Ehepartnern und Kindern hier. Aber fast alle, die bereits vor ihrer Flucht verheiratet waren, sind ohne ihre Familie nach Südkurdistan gekommen. Alle haben die Hoffnung zurückzukehren und werden das im Falle entsprechender Entwicklungen tun. Unsere Mitglieder sind seit maximal sechs, sieben Jahren in Südkurdistan. Denn vor ungefähr sieben Jahren nahmen die Repressionen in Nordkurdistan stark zu. Doch in den letzten Jahren hat sich dieser Trend noch verschärft. Daher kommen viele hierher, auch weil wir uns hier in Kurdistan befinden.

Die HDP hat ein klares Projekt für Nordkurdistan. Vertritt sie ein ähnliches Projekt auch für Südkurdistan?

Alle südkurdischen Parteien haben ein sehr klassisches Format angenommen. Sie suchen daher nach neuen Wegen. Ihre Mitgliedszahlen schwinden z. B. zunehmend. Sie sind sich dessen bewusst, dass sie keine Antworten auf die Probleme der Menschen geben können. Und sie wissen auch, dass sie sich zunehmend marginalisieren. Daher suchen sie nach neuen Wegen. Insbesondere im Laufe des vergangenen Jahres kamen viele auf uns zu, um sich unser Parteiprogramm anzusehen und mit uns darüber zu sprechen, was die HDP ausmacht. Keine südkurdische Partei verfolgt eine umfassende, ganzheitliche Politik, jede hat ihren kleinen Bereich, um den sie sich kümmert, jede kümmert sich natürlich um Perspektiven für die Zukunft. Aber ausschlaggebend dafür ist die Philosophie dahinter, nicht nur die temporären Fragen im Rahmen von Wahlen. Die südkurdischen Parteien verfügen nicht über die Kraft, eine Politik für breite Gesellschaftskreise zu verfolgen. Sie halten das für unmöglich. Eine erst seit kurzem bestehende Partei ist z. B. die »Nifşê Nû« (»Neue Generation«). Diese Partei hat sich intensiv mit der HDP auseinandergesetzt und betrachtet sie als eine Art Vorbild. Sie haben sich immer wieder mit uns getroffen und diskutiert. Auch unser Parteiprogramm haben sie sich genau angesehen. Doch sie sagen auch ganz klar, dass sie eine derart breite und umfassende Politik nicht umsetzen können. Sie bezeichnen ein derartiges Projekt als eine gute Idee, betrachten es aber zugleich als eine große Last. Außerdem haben sie Angst, dass sie dadurch ihr eigenes Klientel verlieren könnten. Während der letzten Wahlen sorgte z. B. ein Thema für großes Aufsehen und war auch immer wieder Anlass für Kritik. Man stellte uns die Frage, warum wir als kurdische Partei 21 türkische Abgeordnete in unseren eigenen Reihen hätten. Es sei ja verständlich, dass wir auch Repräsentantinnen und Repräsentanten anderer Volksgruppen aufnähmen, aber warum es denn gleich so viele sein müssten. Keine dieser Parteien verfügt über eine Philosophie, auf deren Grundlage sie Bewertungen vornehmen. Sie vertreten eine Politik, die im Falle akuter Probleme für eine gewisse Zeit einen Vertreter anderer Gruppen akzeptieren kann. Sie schaffen es nicht, eine Philosophie für das Zusammenleben der Volksgruppen zu entwickeln. Es gibt hier z. B. eine kommunistische Partei, in der verschiedene Volksgruppen vertreten sind. Aber in den anderen Parteien ist das nicht der Fall. Sie sind sehr verschlossen. Daher schaffen sie es auch nicht, sich weiterzuentwickeln. Aber die in jüngster Zeit gegründeten Parteien sind sich dessen bewusst. Sie wissen, dass die alte Mentalität und die traditionellen Parteien keine Antworten auf die Probleme der Menschen geben können. Es gibt zwar eine Suche nach neuen Ansätzen, aber niemand verfügt über die Kraft, das Althergebrachte zu überwinden. Es gibt keine Kraft, die in der Lage ist, eine Partei wie die HDP aufzubauen. Doch die Suche nach etwas Neuem läuft. Die Partei »Neue Generation« betrachtet uns in Bezug auf die Dimension der Frau und der Jugend als Vorbild. ♦

Tevgera Azadî im Visier der YNK

Faule Deals im innerkurdischen Konkurrenzkampf

Dastan Jasmin

Pünktlich zum 27.11., dem Gründungstag der Arbeiter*innenpartei Kurdistan (PKK), hat die YNK (Patriotische Union Kurdistans) zu einem bereits im Voraus befürchteten Rundumschlag gegen PKK-nahe Gruppierungen in Südkurdistan und vor allem in der Region Silêmanî (Sulaimaniyah) ausgeholt. Vor allem geht es um die Partei »Tevgera Azadî« (Tevgera Azadiya Civaka Kurdistanê – Bewegung für eine Freie Gesellschaft in Kurdistan), die der zivilgesellschaftliche Arm der kurdischen Freiheitsbewegung in Südkurdistan ist. Die Partei unterhält Büros und hat Unterstützer*innen in ganz Südkurdistan sowie einen Sitz im irakischen Parlament seit den Wahlen dieses Jahres. Das Brisante: Die Partei, die im Irak offensichtlich erlaubt ist, wurde von Qubad Talabanî (Vizepremier der Regionalregierung KRG) laut Parteiengesetz der Region Kurdistan für illegal erklärt. Das ist vor allem möglich gewesen, weil die KRG den Anerkennungsantrag der Tevgera Azadî seit Jahren unbeantwortet ließ.

Bevor hier jedoch die Gründe für den plötzlichen Meinungswechsel des sich sonst so offen und liberal präsentierenden Qubad Talabanî offengelegt werden, seien einige Worte zu den Aktivitäten der kurdischen Freiheitsbewegung in der Region Silêmanî gesagt. In wahrscheinlich kaum einer Region erfreuen sich die PKK und ihre Schwesterorganisationen einer solchen Beliebtheit wie in Silêmanî. In der Region gibt es regelmäßigen Austausch mit den Stützpunkten in Qandil, doch auch Koordination und Versorgung von Qandil über Başûr (kurd. f. »Süden«; Südkurdistan) bis nach Rojava und Rojhilat (kurd. f. »Osten«; Ostkurdistan/Nordwestiran) laufen über die Region und ihre gleichnamige Hauptstadt. Über die Tevgera Azadî hinaus unterhalten sowohl PYD (Partei der Demokratischen Einheit) als auch YPG und YPJ (Volks- und Frauenverteidigungseinheiten) diplomatische Vertretungen in der Stadt.

Während diese Organisationen, wie häufig bekannt wurde, in von der PDK (Demokratische Partei Kurdistans) kontrollierten Gebieten wie Duhok und Hewlêr (Erbil) sowie am Grenzübergang zu Rojava Probleme mit den dortigen Behörden und bewaffneten Kräften hatten, konnte man in den YNK-kontrollierten Gebieten rund um Silêmanî von einer Art inoffizieller Abmachung zwischen YNK und PDK sprechen. Anders als beim Flughafen in Hewlêr und dem Grenzübergang Habur hielten sich Schikanen gegenüber Personen wegen des Verdachts der PKK-Mitgliedschaft in Grenzen und auch MIT-Agent*innen sowie türkische Militärstützpunkte sind im YNK-Gebiet kaum zu finden. Daher sind vor allem Kämpfer*innen der HPG (Volksverteidigungkräfte) und YJA-Star (Einheiten Freier Frauen – Star), der YPG und der YPJ sowie weitere Aktivist*innen auf ihren Reisen oft über den Flughafen Silêmanî eingereist, wo sie selten in Probleme verwickelt waren.

Dabei hatte die YNK keineswegs inhärent geschwisterliche Absichten in ihrer Laissez-faire-Haltung gegenüber der PKK und deren Schwesterorganisationen. Vielmehr ging es um die eigene Konkurrenz gegenüber der PDK und die Möglichkeit, die Gunst der PKK-Seite als Gegengewicht zur PDK zu nutzen. Für eine solche Politik hatte die YNK immer schon eine große Rückendeckung in der Bevölkerung. Nachdem im November ein US-Kopfgeld auf Mustafa Karasu, Murat Karayılan und Cemil Bayık (führende Köpfe der kurdischen Freiheitsbewegung) ausgesprochen worden war, regte sich vor allem in Silêmanî großer Protest und man hängte Plakate auf und twitterte unter dem Motto »Wir verkaufen nicht die Anführer unserer Revolution«. Auf Durchreisen mit Genoss*innen aus der Bewegung erlebte ich in einfachen Läden, aber auch an Grenzpässen und bei Behörden der Region eine große Sympathie, wenn sie feststellten, wer zur kurdischen Freiheitsbewegung gehörte. Doch daraus eine Geschwisterschaft der YNK abzuleiten ist ein Irrtum, wie ich nicht genug betonen kann.

Besagter Flughafen ist nämlich seit dem missglückten Unabhängigkeitsreferendum vom September 2017 geschlossen. Nach schweren Verhandlungen mit Bagdad konnte der Flughafen in Hewlêr wieder öffnen, der in Silêmanî jedoch nicht, was zu einem großen Teil an der Türkei liegt. Diese weigert sich, ihren Luftraum für Flugzeuge zu öffnen, die nach Silêmanî fliegen, gerade weil sie weiß, dass es ein wichtiger lo-

gistischer Stützpunkt der PKK und ihrer Schwesterorganisationen ist. In den vergangenen Wochen mehrten sich jedoch die Meldungen südkurdischer Medien, wonach ein Deal verhandelt werde, mit dem die YNK den eigenen Flughafen wieder öffnen könnte. Sie solle eine nicht bekannte Gruppe von Aktivist*innen der Tevgera Azadî verhaften und ausliefern sowie mehrere Pro-PKK-Nachrichtensender bzw. Nachrichtenseiten verbieten lassen.

Dieses Angebot ließ sich Qubad Talabanî nicht entgehen. Just am 27.11. wurde bekannt, dass das Büro der Tevgera Azadî von der YNK Asayîş (Sicherheitskräfte) umzingelt wurde und die Partei wie bereits erwähnt verboten wurde. Um die Partei verbieten zu können, die wie gesagt noch nicht einmal anerkannt worden war, wurde ihr seit 2014 bei der KRG vorliegender Anerkennungsantrag innerhalb kürzester Zeit abgelehnt und sie daraufhin verboten. Paradoxerweise – um das zu wiederholen –, obwohl die Partei von der irakischen Zentralregierung erlaubt ist.

Verschiedenen Informationen zufolge sollen nun auch konkrete Nachrichtenseiten geschlossen und verboten werden. Überraschen lassen sollte man sich von diesem Schachzug jedoch nicht. Wer dachte, Qubad Talabanî sei das lächelnde freiheitliche Gegenmodell zur Familie Barzanî, der in Talkshows über seinen Alltag und sein Lieblingsessen plaudert, hat sich getäuscht. Er kommt genau nach seinem Vater und der langen Tradition der YNK, revolutionäre Gruppierungen inner- und außerhalb Südkurdistans zu bekämpfen. Bis heute gibt es eine nicht geringe Zahl an wichtigen widerständigen Peşmerge der späten 70er und 80er Jahre, deren Tod ungeklärt ist und die höchstwahrscheinlich in den eigenen Reihen eliminiert wurden. Wie der Begriff »Yekitî« im Parteinamen besagt, ist die Partei ursprünglich ein Zusammenschluss aus verschiedenen linken, kommunistischen und sozialistischen Bewegungen gewesen. Nach dem Zusammenschluss, der sich Anfang der 70er entwickelt hatte, kamen also prompt die Eliminierungen, die Celal Talabanîs Alleinherrschaftsanspruch ermöglichten. Als die letzten internen Gegner ausgeschaltet waren, ging es im Hauptkonflikt der 90er Jahre also um Talabanî gegen Barzanî.

In den 90ern entwickelten die beiden Parteien passend dazu die Politik, die im Wesentlichen daraus bestand, wirklich jedes kurzfristige Bündnis einzugehen, um den Widersacher zu treffen. Im Gegensatz zu Barzanî, der in den 90ern sehr offene und langwierige Gefechte mit der PKK führte und öffentlichkeitswirksam ganze Clans auslöschte, die mit der PKK sympathisierten, inszenierte Talabanî sich als Diplomat und Vermittler. Dem war jedoch nicht so, wie sich durch verschiedene Zeitzeugenberichte und Hintergrundanalysen in den letzten Jahren herausstellte. Oftmals wurde auch Talabanî im Hintergrund dazu aufgefordert, Handlungsanweisungen der Türkei in Verhandlungen mit der PKK geltend zu machen.



Am 13. Dezember 2018 haben Kampfjets das Flüchtlingscamp Mexmûr und das êzîdische Siedlungsgebiet Şengal bombardiert. In Şengal kam es zu keinen menschlichen Verlusten, in Mexmûr wurden ein Mädchen und drei Frauen im Alter zwischen 14 und 73 Jahren getötet. Die Gemeinschaft der Gesellschaften Kurdistans (KCK) erklärte dazu: »Die Androhung einer Besatzung Nord- und Ostsyriens sowie die Angriffe auf Şengal und Mexmûr haben eine besondere Bedeutung. Der türkische Staat will Nord- und Ostsyrien besetzen, um das von den Völkern gemeinsam aufgebaute demokratische, freie und gleichberechtigte Leben zu zerstören. Für den Faschismus stellen Demokratie, Freiheit, Gleichheit und Frieden eine Bedrohung dar. Der türkische Staat weiß, dass der Faschismus in der Türkei nicht haltbar ist, wenn in Syrien eine demokratische Ordnung entsteht. Um den Faschismus auf den Beinen zu halten, soll in Syrien ein permanenter Kriegszustand bestehen bleiben. Faschismus lebt von Blut und Feindschaft. Mexmûr ist aufgrund des von der dortigen Bevölkerung aufgebauten Systems und ihrer ehrenvollen Haltung angegriffen worden. Die Menschen in Mexmûr halten seit einem Vierteljahrhundert stand gegen jede Form von Angriff. Sie sind ein Symbol für ehrenhaften Widerstand. Der Angriff auf Mexmûr gilt der unbeugsamen Haltung unseres Volkes.

Ebenso ist es kein Zufall, dass das türkische faschistische Regime ständig Şengal angreift. Der Angriff gilt den Minderheiten, Religionsgemeinschaften und Konfessionen, die einen eigenen Willen zeigen. Für den türkischen Staat ist es unerträglich, dass das ezidische Volk, das seit Jahrhunderten durch Erniedrigung, Vertreibung und Massaker ausgelöscht werden soll, einen eigenen Willen bildet ...«

Und so muss man sich den Verhandlungstisch, dessen Bild besonders bekannt geworden ist, eigentlich mit einer Türkeiflagge im Rücken Talabanîs und nicht mit einer PKK-Fahne vorstellen.

Was ein wesentlicher Unterschied ist: Talabanî beabsichtigte nie, die PKK und den Hass auf sie zum Gründungsmythos der eigenen Partei zu machen. Während sich die PDK stark aus dem Narrativ speist, sie seien die »wirklichen Kurd*innen« und die älteste Partei, während die PKK eine türkische Geheimdiensttruppe sei, rahmte Talabanî seinen Opportunismus nicht in ein solches Narrativ.

Trotzdem kam es 2000 erneut zum Konflikt, als im Dezember des Jahres aus unerfindlichen Gründen verschiedene Lieferungen aus der Tür-

kei in Silêmanî ankamen und daraufhin die YNK zusammen mit ihren Peşmerge und unterstützt durch türkische Luftangriffe zum Angriff ansetzte. Als dies jedoch die PKK-Stützpunkte auch nicht auslöschen konnte, konzentrierte sich die YNK nach 2003 vor allem auf die Zusammenarbeit mit den USA gegen Gruppen wie Ansar al-Islam, die vor allem an der Grenze zum Iran in Hewraman aktiv war, und so kühlte auch der Konflikt zwischen YNK und PKK ab. Die USA hielten die Türkei in Schach und baten um Zurückhaltung, bis der Regimechange vollkommen war.

Nun ist es nach dem Kampf gegen den Islamischen Staat und während der Umstrukturierung des gesamten Irak wieder an der Zeit, dass ein Regimechange vollzogen wird, sowohl in der Region Kurdistan als auch in der irakischen Zentralregierung, und genau hier kommt die YNK ins Spiel. Sie konnte in den letzten Wahlen große Erfolge erzielen, vor allem weil die Oppositionspartei Gorran durch den Tod ihres Vorsitzenden Newşîrwan Mistefa als auch die Nachfolgestreitereien zwischen dem Parteiestablishment und Mistefas Söhnen geschwächt wurde. Nun stellt die YNK mit Barham Salih, der zuvor gegen sie mobilisiert hatte, den irakischen Staatspräsidenten und hat auch in der Regierungsbildung der Region Kurdistan gute Chancen, den Parlamentspräsidenten zu stellen. Um diese Pläne jedoch verwirklichen zu können, muss die Wirtschaft der YNK-kontrollierten Region Silêmanî wieder auf Trab gebracht werden. Die traditionell strukturschwächere Region ist wiederholt Schauplatz von Protestwellen gegen Zahlungskürzungen sowie Wasser- und Stromknappheit geworden, und ein wesentlicher Grund für die größere Schwäche der letzten zwölf Monate ist die Schließung des Flughafens, über den viele Güter, aber auch eine große Zahl Tourist*innen in die Region kamen.



Leuchtschrift im südkurdischen Silêmanî »Wir verkaufen nicht die Anführer unserer Revolution«. Foto: ANF

Qubad Talabanî und die YNK wissen: Erst kommt das Fressen und dann kommt die Moral. Sollte sich bei einer Öffnung des Flughafens eine wirtschaftliche Entspannung abzeichnen, so wird auch die substantielle Unterstützerbasis der PKK in der Region nicht mehr viel gegen die YNK sagen – einfach weil die PKK keine Kontrolle über die Lebensrealität der Bevölkerung vor Ort hat. Über eine solche ideologische Unterstützung hinaus muss eine Bewegung auch eine Verankerung in der Lebensrealität der Bevölkerung haben und diese ist bei der Tevgera Azadî leider nicht gegeben. Für die revolutionären Kräfte der Region werden die nächsten Monate turbulent und vermutlich auch nachteilig sein und eine Neustrukturierung der Kräfte in Südkurdistan wird vonnöten sein.

Bereits begonnene Basisprojekte müssen jedoch weitergeführt werden, selbst wenn dies nicht unter dem offiziellen Banner geschieht. Denn genau diese Basisprojekte sind der Schlüssel für die Lebensrealität und somit auch für die Revolutionierung der Lebensrealität in Südkurdistan. Wann nämlich zwischen faulen Erdöldeals und horrender Korruption die nächste Finanzkrise für die YNK kommt, ist nur eine Frage der Zeit. Gerade dann wird sich eine Persistenz der gesellschaftlichen Alternative bewiesen haben müssen und auch dann wird aus der ideologischen Unterstützung die reale, materielle und infrastrukturelle Unterstützung, die die größte Herausforderung für die kurdische Freiheitsbewegung in Südkurdistan ist. ♦

Der Krieg in Syrien und seine Dynamiken

Den Kurden ihr Recht auf ein freies Leben verwehren

Aziz Köylüoğlu, Journalist in der Demokratischen Föderation Nordsyrien

Der Bürgerkrieg in Syrien, an dem sich internationale und regionale Kräfte beteiligen, dauert nun seit sieben Jahren an. Die auswärtigen Akteure bilden mit Russland und Iran einen Block. Die Türkei hatte anfangs ihren Platz im Block der USA und Europas. Von 2016 bis heute erlebte sie in Syrien eine Richtungsänderung und verfolgt nun in den letzten Tagen des Jahres 2018 eine Russland- und Iran-nahe Politik. Daneben bilden die USA, Frankreich, England, Deutschland, Saudi-Arabien und Jordanien (Ägypten und Israel können miteinbezogen werden), die sich selbst als »Kleine Syriengruppe« definieren, einen weiteren Block, der seine Beteiligung am syrischen Bürgerkrieg fortsetzt. An diesem Krieg sind zudem die syrischen Regimekräfte und die vom türkischen Staat unterstützten zahllosen salafistischen Gruppen wie der Islamische Staat (IS) und Haiat Tahrir asch-Scham (die frühere Al-Nusra-Front) beteiligt. Darüber hinaus gibt es die Demokratischen Kräfte Syriens (QSD), die laizistische und demokratische Werte in den Vordergrund stellen und deren Hauptbestandteil die Volks- und die Frauenverteidigungseinheiten (YPG und YPJ) bilden. Aus dieser Perspektive sind wir mit einem komplizierten Krieg konfrontiert, der sowohl interne, vor allem aber externe Gründe hat und vor allem die Widersprüche zwischen den Kräften im Inneren vertieft.

Türkei verfolgt heuchlerische Politik

Ein Merkmal des syrischen Bürgerkriegs sind die häufigen Kurswechsel. Das gilt zuallererst für die türkische Politik. Anfangs hielt sie noch am Westen fest, in den letzten drei Jahren hingegen orientiert sie sich an Russland. Sie unterstützte die Regimegegner, später den Terror des IS und von Haiat Tahrir asch-Scham für ihr Ziel des Regime change in Syrien. Heute hält der türkische Staat diese Gruppen weiterhin in Reserve und unterstützt die Regionalpolitik Russlands.

Türkei ist schon lange bereit, Idlib dem syrischen Regime zu übergeben!

Die Vereinbarung in Sotschi hatte das Ziel, zuerst die Gefechte in Idlib zu beenden, als zweite Etappe einen 15 bis 20 km breiten Streifen zu entwaffnen und als dritte Etappe bis Neujahr die Straßen M4 und M5, die Damaskus mit Aleppo verbinden, den russischen Kräften zu überlassen. Als Verhandlungspartner bei der Vereinbarung von Sotschi werden die Türkei und Russland angesehen, doch die eigentlichen Protagonisten sind Russland und die USA mit ihren Verbündeten. Den vor Sotschi zwischen dem türkischen Staat und Russland geführten Gesprächen zufolge sollte die Türkei die an sie gebundenen Kräfte aus den von ihnen besetzten Gebieten Efrîn, Cerablus (Dscharabulus) und al-Bab zurückziehen und die verbliebenen Gruppen in Idlib wären von Russland, Iran und Regimekräften angegriffen und die Gebiete erobert worden. Dieser Plan wurde durch den starken Druck europäischer Länder und der USA auf die Türkei und Russland durch eine Zwischenformel wie die Sotschi-Vereinbarung verhindert.

Türkei und Russland arbeiten für das Fehlschlagen der Sotschi-Vereinbarung

Sowohl Russland als auch die Türkei sind mit der auf diese Weise entstandenen Sotschi-Vereinbarung unzufrieden. Die Türkei ist darum bemüht, eine völlig von ihr abhängige syrische Opposition zu bilden, in der sonst niemand anderes Einfluss hat. Russland und Iran, die mit dem Prozess von Astana den Einfluss anderer Kräfte auf Syrien abwehren wollen, versuchen mithilfe der Türkei die in Idlib in Bedrängnis geratenen bewaffneten Gruppen der syrischen Opposition vollständig zu liquidieren und eine ihrer Planung unterworfene Türkei als Verhandlungspartner aufzubauen.

Waffenstillstand in Idlib kann Anfang März enden

Da die Türkei keine Reaktionen der USA und von deren Verbündeten provozieren will, wird sie die Verpflichtungen aus dem Vertrag mit Russland bis Neujahr nicht erfüllen. Russland wird zusammen mit der Türkei andere Tagesordnungspunkte schaffen, wie zuletzt mit dem Chemiewaffenangriff in Aleppo, und die Sotschi-Vereinbarung beenden, ohne groß die Aufmerksamkeit der Weltöffentlichkeit zu erregen. Alle Anzeichen deuten darauf hin, dass dies Ende Februar bzw. Anfang März der Fall sein könnte. Das ist gleichbedeutend mit ernsthaften Auseinandersetzungen in Idlib. Die Türkei wird für Idlib ihre Präsenz in Efrîn, Azaz, Cerablus und al-Bab garantiert haben wollen.

Torpedierung der Genfer Gespräche mit dem Idlib-Plan der Türkei und Russlands

Russland benutzt Haiat Tahrir asch-Scham und andere radikale Gruppen als Vorwand, um das Gebiet anzugreifen und zu übernehmen. Bekanntlich gibt es dafür Vereinbarungen mit der Türkei. Russland will das Gebiet übernehmen, alle bewaffneten Gruppen unter der Schirmherrschaft der Türkei vereinen und in Absprache mit dieser die Genfer Gespräche überflüssig machen. Die in Astana oder auf ähnlichen Plattformen getätigten Aufrufe zur Bildung einer Verfassungskommission im Rahmen der UNO sollen diese Realität verschleiern.

Türkisch-russische Kollaboration als Hindernis für Genfer Gespräche

Das Hauptziel der Astana-Gespräche ist die Beendigung der Genfer Gespräche. Bei Russland und der Türkei dominiert die eigene Vorstellung von einer Lösung für Syrien. Diese bedeutet erneut die Macht für Assad. Weder Russland noch die Türkei sehen die Lösung aus den Genfer Gesprächen zu ihrem Vorteil. Die Kurden hingegen verstehen die Genfer Gespräche als Bedingung für ein Ende des Bürgerkriegs und unterstützen dafür eine Lösung, die sich auf die Vereinten Nationen stützt.

Ziel in Efrîn ist Vertreibung der Kurden

Die Türkei, die zuvor Cerablus, Azaz und al-Bab besetzt hatte, bemächtigte sich am 18. März 2018 auch Efrîns. Diese Besetzung war eine Fortsetzung der kurdenfeindlichen Haltung in Nordkurdistan und der Türkei und hat zum Ziel, den Kurden ihr Recht auf ein freies Leben zu verwehren. Efrîn war in diesen sieben Jahren des Bürgerkriegs der ruhigste Ort gewesen. Dass es als Ziel gewählt wurde, lag an der Intoleranz gegenüber dem dortigen demokratischen Zusammenleben der Völker. Das Erste, was dort nach der Besetzung unternommen wurde, war die Vertreibung der Kurden. Diejenigen, die aufgrund der Angriffe fliehen mussten, haben sich in der Hoffnung auf eine schnelle Rückkehr in den Dörfern in Şehba und in Flüchtlingscamps niedergelassen. Täglich dokumentierte Entführungen, Zerstörungen, Folter, Lösegelderpressungen und Vergewaltigungen durch den türkischen Staat und seine Banden zwingen die wenigen verbliebenen Kurden in Efrîn zur Flucht. Der türkische Staat trägt den Terror gegen die Kurden in der Türkei über seine Grenzen hinaus und verbreitet ihn in Efrîn schrankenlos.

Folter gegen Kurden in Cerablus, al-Bab und Azaz

Nicht nur in Efrîn, auch in den von der Türkei besetzten Gebieten Cerablus, al-Bab und Azaz lebende zehntausende Kurden sind aufgrund der Repression des türkischen Staates dazu gezwungen, aus ihrer Heimat zu fliehen. Unzählige kurdische Dörfer wurden geleert. Wer zurückkehren will, erhält keine Erlaubnis. Das ist eine Fortsetzung der Praxis, die Gebiete westlich des Euphrats von Kurden zu entvölkern.

Kurden kämpfen für ihre Heimat westlich des Euphrats

Die Kurden kämpfen für ihre Heimat, in der sie seit tausenden Jahren leben. Dieser Widerstand, der sich vor allem in Efrîn konzentriert, hält auch in Cerablus, al-Bab und Azaz an. In Cerablus, al-Bab und Azaz, die nicht so homogen sind wie Efrîn, kämpfen neben den Kurden auch Araber und Turkmenen gegen die türkische Besatzung. Von Zeit zu Zeit kommt es zu heftigen Gefechten in diesem Krieg, der zurzeit als Guerillakrieg geführt wird. Die türkische Besatzung in der Region dauert unter dem Schutz Russlands weiter an.

Islamistisch-salafistischer Korridor von Cerablus bis Efrîn

Die von der türkischen Besatzerarmee im Rahmen der Operationen »Olivenzweig« und »Schutzschild Euphrat« besetzten Gebiete Efrîn, Cerablus, al-Bab und Azaz sind nicht nur für die radikal-salafistischen Kreise in Syrien eine Stätte der Organisierung und Ausbildung, sondern auch für Gruppen wie Al-Qaida und den IS, die den Terror in die Welt exportieren. Es ist bekannt, dass Russland dafür grünes Licht geben wird. Dessen Absicht ist es, die in der Region gesammelten radikal-salafistischen Banden über die Türkei als Drohwerkzeug gegen Europa in der Hinterhand zu halten. Die Türkei benutzt sie als Drohung gegen Europa und lässt sie gegen die Demokratischen Kräfte Syriens kämpfen.

Kollaboration der Türkei und Russlands bedroht regionale Stabilität

Zurzeit kämpfen für ein demokratisches Syrien nur die Volks- und die Frauenverteidigungseinheiten. Die laizistischen Kräfte Syriens YPG/YPJ führen einen ernsthaften Kampf gegen die radikal-islamistische Strömung. Sie bilden die Stütze der Demokratischen Kräfte Syriens und stellen für Iran, Russland und die Türkei ein Ziel dar. Letztere proklamiert dies ganz offen. Die YPG/YPJ haben im Kampf gegen die globale Gefahr des IS-Terrors bislang 7000 Gefallene zu beklagen. Sie sind zudem die regionalen Partner der internationalen Koalition mit den USA und den europäischen Ländern. Die Angriffe Irans, Russlands und der Türkei auf die QSD sind gleichbedeutend mit Angriffen auf Europa und die USA. Russland erklärt offen, dass die QSD zum Ziel genommen werden, da sie Partner der USA und verschiedener europäischer Länder sind.

Beziehungen der Kurden zu Europa müssen sich aus dem Schatten der Türkei befreien

Die autonome Selbstverwaltung von Nordostsyrien möchte sowohl zu den USA als auch zu den europäischen Ländern positive Beziehungen aufbauen. Doch gegenwärtig stehen die Beziehungen unter dem Embargo des türkischen Staates. Die Kurden wie auch die Verwaltungen von Nordostsyrien müssen sich aus dem Schatten des türkischen Staates befreien, der gemeinsam mit Iran und Russland agiert. Die Beziehungen müssen den Rahmen des Kampfes gegen den IS überwinden. In diesem Punkt gab es in den letzten Tagen wichtige Entwicklungen. Insbesondere der zunehmende Besuch von Personen mit diplomatischer Mission aus Europa und den USA macht dies deutlich.

Demokratisch-föderales Syrien als Hauptziel

Die Kurden, Araber, Assyrer und Turkmenen haben nach der türkischen Besetzung von Efrîn, Cerablus, Azaz und al-Bab die nordsyrische Autonomie etwas überarbeitet und die autonome Selbstverwaltung von Nordostsyrien deklariert. Diese Leitung ist nun der Ansprechpartner für alle nationalen und internationalen Beziehungen. Sie hat auch Pläne für ein demokratisch-föderales und dezentralisiertes Syrien. Dieses Gebilde mit seinem säkularen Weltbild ist eine ernsthafte Absicherung gegen eine Entwicklung radikal-salafistischer Strukturen in der Region.

Kein Angriff der Türkei vor Zusage der USA

Die Kurdenfeindlichkeit der Türkei ist strukturell bedingt. Es ist keine phasenabhängige Politik, Rojava anzugreifen. Ganz im Gegenteil beruht das auf historischen Gründen, die Kurden entweder auf der Basis des Nationalstaates zu assimilieren oder sie zu dezimieren. Deshalb sieht der türkische Staat einen Freiheitsraum für die Kurden – egal wo auf der Welt – als Gefahr und will ihn zerstören. In Rojava stehen die von den Kurden angeführten Kräfte in einem ernsthaften Kampf gegen den IS-Terror. In diesem Krieg agieren sie gemeinsam mit den USA und deren Verbündeten und teilen in gewissem Sinne ein gemeinsames Interesse. Die Türkei hat Efrîn mit der Erlaubnis Russlands besetzt. Nun will Russland die Türkei auf Rojava hetzen, um die Interessen der USA zu durchkreuzen. Es will damit zwei Fliegen mit einer Klappe schlagen. Russland versucht die Türkei als Drohinstrument zu benutzen, um die Kurden in den Schoß des Regimes zu treiben und von der Schirmherrschaft Irans abhängig zu machen. Doch solange die USA der Türkei kein grünes Licht geben, wird die Türkei einen solchen Angriff nicht wagen. ♦



In Kobanê haben Zehntausende Menschen gegen die türkischen Angriffsdrohungen auf Nordsyrien protestiert. Foto: ANHA

In Nordsyrien trifft ein sehr emanzipatorisches und aktiv-dynamisches Modell auf eine über Generationen soziopolitisch sehr passiv und unterdrückt gehaltene sowie patriarchal-tribalistische Gesellschaft

Großes Potenzial der kommunalen Selbstverwaltung für die Zukunft

Der Kurdistan Report im Gespräch mit Ramazan Mendanlioglu

Ramazan Mendanlioglu, geboren in Nordkurdistan (Südosttürkei), floh 1994 nach Deutschland. Hier studierte er Sozialökonomie mit Schwerpunkt Soziologie. Aktuell promoviert er mit einem Stipendium der Rosa-Luxemburg-Stiftung an der Universität Hamburg zum Thema »Geschlechtergerechtigkeit und direktdemokratische Selbstverwaltung im Spannungsfeld von Zielsetzung und Alltagspraxis. Eine empirische Studie in der Rojava-Region Nordsyriens«. Von April bis Oktober 2018 besuchte er Nordsyrien/Rojava, um Feldforschung vor Ort zu betreiben.

Hallo Ramazan, du warst von April bis Oktober 2018 in Nordsyrien, um Feldforschung zu betreiben. Kannst du uns von deinem Promotionsprojekt berichten? Was hast du dort geforscht?

Seit dem Beginn des syrischen Bürgerkriegs finden in Nordsyrien tiefgreifende gesellschaftliche, soziale und politische Umbrüche statt. Anfang 2014 wurde dort die in ihrem Anspruch basisdemokratisch und geschlechtergerecht konstituierte und orientierte »Demokratische Autonomie« ausgerufen. Natürlich ist das Gelingen dieser neuen Gesellschaftsordnung entscheidend davon abhängig, ob und wie die gesellschaftlichen Akteure diese in ihrer Alltagspraxis mitgestalten und -tragen. Ich wollte der empirischen Frage nachgehen, wie das direktdemokratische Projekt der Selbstverwaltung und die Geschlechtergerechtigkeit im Spannungsfeld von (theoretischer) Zielsetzung und konkreter Alltagspraxis funktionieren. Damit zusammenhängend stellt sich die Frage, wie sich die soziopolitischen Umwälzungen auf die Einstellungen und das alltagspraktische Handeln verschiedener Gruppen von Akteuren auswirken und welche Rückwirkungen dies umgekehrt auf die sozialen Strukturen hat. Welche der auf Tradition beruhenden normativen und kulturellen Strukturen, Deutungs- und Handlungsmuster verändern sich in diesem Prozess, welche widerstehen aber auch möglicherweise der Veränderung? Gibt es geschlechterbezogene Unterschiede im Umgang mit den neuen Verhältnissen? Welche Einflüsse und Wirkungen haben die fraueneigenen Strukturen und die angestrebte Geschlechtergerechtigkeit auf die Einstellungen und Handlungspraxis von Männern und Frauen? Wie funktionieren die Entscheidungsfindungsprozesse und realisieren sich diese? Auf Basis qualitativ-sozialwissenschaftlicher Methodologie und Forschung wollte ich diese Fragen im Rahmen eines mehrmonatigen Feldaufenthalts in Amûdê in Nordsyrien/Rojava angehen, weshalb ich dann im Sommer dort war und diverse Daten erhoben habe.

Und wie lief es mit der Datenerhebung, welche konkreten Daten und Erfahrungen hast du sammeln bzw. machen können?

Zunächst einmal möchte ich sagen, dass es oft in der Geschichte in verschiedenen räumlich-zeitlichen Kontexten Erfahrungen und Versuche mit selbstverwalteten, in Räten oder kommunal organisierten gesellschaftlichen Phasen gab, z. B. in Paris, Spanien, Italien, Deutschland oder Russland. Mit der Rojava-Revolution, die bereits mehrere Jahre andauert, haben wir aber das erste Mal die Möglichkeit, tiefer gehende bzw. qualitativ-empirische Forschung über soziopolitische und -kulturelle Fragen zu betreiben. Dabei ist sehr wichtig, nicht an der Oberfläche oder journalistisch zu bleiben, sondern dahin zu schauen, was eine umfangreiche selbstverwaltete gesellschaftliche Ordnung mit den Menschen macht bzw. wie die Menschen eine solche gesellschaftliche Realität in ihrem Alltag herstellen. Uns wird seit vielen Zeiten und Generationen vermittelt, dass Herrschaft und insbesondere zentralistisch-staatliche Herrschaft eine unüberwindbare Notwendigkeit sei für die Gewährleistung der öffentlichen Verwaltung und Sicherheit. In Nordsyrien wackelt diese scheinbare Wahrheit und wir können diverse Daten über diesen Prozess erheben

und analysieren, wie sich die organisierte Selbstverwaltung der verschiedenen Gesellschaften in Nordsyrien mit den gesamten Implikationen gestaltet. Meine Motivation und mein wissenschaftliches Interesse gehen dabei über meinen kurdischen Hintergrund hinaus. Es ist sozusagen der Versuch, die dortigen Entwicklungen für die lösungsorientierte Diskussion der politischen Facette der globalen Krise fruchtbar zu machen. Auch oder vor allem auf dem Feld der Wissenschaft muss eine intensive Auseinandersetzung mit diesem historischen Projekt, das eine globale Bedeutung hat, stattfinden.

Für meine Forschung interessant war insbesondere der Alltag der Aktiven, der diversen Akteure in den verschiedenen gesellschaftlichen Organisationen wie z. B. den Kommunen und Räten oder den fraueneigenen Strukturen. Sowohl die sozialen Strukturen als auch das Handeln der Akteure und damit einhergehend der wechselseitige Einfluss von Struktur und Handeln sind im Hinblick auf »Wandel«, »Emanzipation« oder »Demokratie« von großem Interesse für mich gewesen. Gegenstand der Untersuchung waren auch seit der Revolution bereits entfaltete Wirkungen. Insgesamt ist der institutionelle und soziopolitische Alltag der Menschen in den Selbstverwaltungsstrukturen aus wissenschaftlicher Sicht ein neues Phänomen. Wo die meisten Menschen im syrischen Staat nur das familiäre Leben selbst gestalten konnten, weil alle anderen gesellschaftlichen Angelegenheiten von oder mit einem zentralen staatlichen Organ hierarchisch geregelt wurden, impliziert die Demokratische Autonomie in Nordsyrien die umfangreiche rechtliche, ökonomische und politische Selbstverwaltung.

Zu den konkreten Daten: Ich habe mehrere Komîngeh (Lokalität einer oder mehrere Kommunen) über mehrere Monate teilnehmend beobachtet. Auch den Stadtrat von Amûdê und die Tätigkeit seiner diversen Kommissionen durfte ich mehrere Wochen teilnehmend beobachten. Ferner habe ich für 15 Tage an einem Bildungsprogramm einer der »Akademien der demokratischen Gesellschaft« teilgenommen, um zu sehen, welche Werte und Normen den TeilnehmerInnen, die meistens in den gesellschaftlichen Organisationen aktiv sind, vermittelt werden, um davon anschließend abzuleiten, welche normative Ordnung gesamtgesellschaftlich forciert wird.

Eine Gesellschaft, auch die Gesellschaft einer Stadt, umfasst immer mehrere verschiedene Akteursgruppen. Von daher habe ich qualitative Interviews mit den Aktiven in den Kommunen, Frauen und Männern, den RepräsentantInnen in den Räten oder Frauenorganisationen, den transnationalen AktivistInnen, verschiedenen ExpertInnen (KaderInnen, Intellektuelle) oder mit BürgerInnen geführt.

Die Interviews zusammen mit den protokollierten Beobachtungen in den diversen Sphären und Institutionen sowie meine persönliche Erfahrung im Alltag von Amûdê ergeben insgesamt eine recht dichte und vielfältige Datenmenge, die es jetzt methodisch gesichert, d. h. intersubjektiv nachvollziehbar zu analysieren gilt. Insgesamt bin ich mit der Datenerhebungsphase in Amûdê sehr zufrieden.

Kannst du uns ein persönliches Zwischenfazit bzw. einen kurzen Einblick in deine Erfahrung und Beobachtungen der Alltagspraxis geben?

In Amûdê, und dies gilt für alle Städte in Nordsyrien, steht das vertikal-horizontal aufgestellte und sehr dynamische Gerüst der Selbstverwaltung mit ihren vielfältigen Strukturen und der Kommune als Basis der Selbstorganisierung. Das Ganze kann als ein dynamisch-organischer Komplex gesehen werden, der sowohl Prozesse von unten nach oben als auch andersrum vornimmt – bei gleichzeitiger horizontaler Verlinkung der verschiedenen Einheiten. Man muss wissen, in Nordsyrien trifft ein sehr emanzipatorisches und aktiv-dynamisches Modell auf eine über Generationen soziopolitisch sehr passiv und unterdrückt gehaltene sowie patriarchal-tribalistische Gesellschaft. Dieses Aufeinandertreffen kann als etwas Gegensätzliches betrachtet werden, was meiner Meinung nach eine Fehleinschätzung ist, oder darin kann ein Potenzial erkannt werden, in dem sich beide Realitäten einander fügen, sich aneinander reiben und so für Progression sorgen. Sind die ideellen Perspektiven und Weichenstellungen egalitär, libertär und undogmatisch, dann eröffnen sich perspektivisch große Möglichkeiten. Und diese Entwicklung, die parallel zum Krieg und der Krise in der Region stattfindet, braucht konsequenterweise viel Arbeitsaufwand, Zeitdauer und Bildungsprozesse. Der Aspekt der Bildung und der damit verbundene Bruch des in der Region stark verankerten dogmatischen Denkens, bei gleichzeitiger Stärkung des analytischen Denkens, sind meiner Auffassung nach zusammen die eigentliche revolutionäre Herausforderung. Daher gibt es so viele Bildungsprogramme, Akademien und weitere Maßnahmen, die die zentralen Werte und Normen des Demokratischen Konföderalismus vermitteln und eine geistige Veränderung bewirken sollen, die wiederum das Handeln, also die Soziokultur prägt.

Direktdemokratie – Selbstverwaltung

Eine kurze Zwischenbilanz über die Kommune: Sie ist das Zentrum der gesellschaftlichen Organisierung und Verwaltung. In ihr werden zwei Typen von Prozessen vollzogen. Zum einen sind das praktische oder verwaltungstechnische Dinge: Die Kommune regelt die Verteilung von Gas, Öl oder Hilfsgütern an Bedürftige. Ferner werden alle institutionell-bürokratischen Angelegenheiten über die Kommune geregelt. Will man

oder frau in der jeweiligen Kommune heiraten, eine Wohnung erwerben oder ein Haus ausbauen, einen Ausweis erstellen oder das Kind einschulen, dann läuft das alles über die Kommune. Über sie werden die jeweiligen Dokumente eingebracht und die weiteren institutionellen Wege eröffnet.

Der zweite Typ betrifft eher die sozialen, rechtlichen oder allgemein-gesellschaftlichen Belange: Jede Kommune hat diverse Komitees, z. B. für soziale Streitigkeiten, Bildung, Gesundheit, Verteidigung. Die Aktiven gehen in die Familien und Haushalte, fragen nach ihrer Situation und veranstalten regelmäßig Volkssitzungen. Das Ziel einer jeden Kommune ist es, wie eine autarke Kleinstadt zu werden: Selbstverwaltung, Selbstversorgung, Selbstverteidigung. Es ist noch ein weiter Weg bis dahin.

Diverses Rechtssystem – Dezentralisierung des Rechts

Auf den Themenkomplex »Recht in Nordsyrien« möchte ich kurz eingehen: In Rojava basiert das Rechtssystem sowohl auf positivem Recht als auch auf anderen Rechtsformen, z. B. lebendem oder Gewohnheitsrecht. Die Basis soll, soweit es ihr gelingt, ihre sozialen und rechtlichen Konflikte mittels lebendem Recht und den diesbezüglich organisierten Friedens- oder Mediationskommissionen selbst regulieren, regeln. Gerichte und Gesetze existieren zwar, aber nur als letzte Instanz, wenn die vorherigen Instrumente die Fälle nicht lösen konnten.

In der Kommune und auch in der Stadt werden die meisten sozialen oder rechtlichen Streitigkeiten von den Friedens- oder Mediationskommissionen der Kommunen und des Stadtrats gelöst. In Amûdê kamen im Jahr 2017 von 160 Fällen nur drei vor ein Gericht. Im ganzen Gebiet Cizîrê, was auch Qamişlo und Hesekê umfasst, wurden 70 Prozent der registrierten Rechtskonflikte von den Friedenskomitees und -räten gelöst, wohingegen die restlichen 30 Prozent vor Gerichten und mittels Gesetz gelöst werden mussten. Das ist sehr interessant, weil es zwei sehr unterschiedliche Herangehensweisen an Konflikte sind, die beide den Gegenstand »Gerechtigkeit« verschieden oder mit unterschiedlichem Erfolg bedienen. Die Logik der Gerichte bzw. des Gesetzesrechts, den Rechthabenden oder Schuldigen eines Konfliktfalls zu bestimmen, ist in den restlichen rechtlichen Strukturen nicht vorhanden, dort soll vor allem lebendes Recht mittels beidseitiger Übereinkunft der Konfliktparteien greifen. Die dortige Logik ist, den Fall so zu lösen, dass beide Seiten damit d`accord sind. Und dabei kann man sehr kreativ sein. In einem Fall z. B. hat eine Person mit ihrem Gläubiger ihre Geldschulden mit der baldigen Ernte seiner Zwiebeln zu bezahlen vereinbart. Sobald die Zwiebeln zur Ernte bereit sind, werden sie gemeinsam den Prozess bis zum Verkauf abwickeln und die Schulden begleichen. Die Idee hatten die beiden selbst, das Friedenskomitee sollte das nur schriftlich festhalten. In Nordsyrien existiert also einerseits ein vielfältiges Rechtssystem, zum anderen findet dort – wie auch das Politische oder das Wissen betreffend – eine Dezentralisierung (des Rechts) statt.

Was beim Komplex »Selbstverwaltung« kaum erwähnt wird, aber eine essentielle Neuheit ausmacht, ist, dass die dezentralen Prozesse in den öffentlich-politischen Strukturen von und mit Alltagsmenschen aus der Nachbar- und Bekanntschaft in einer Alltagssprache vollzogen werden.

Neuer Alltag, neue Praktiken

Ich habe die Erfahrung gemacht, dass die Menschen, von denen die meisten seit mehr als fünf Jahren ohne Aufwandsentschädigung und freiwillig die gesellschaftliche Arbeit machen, erkennen, wie viel Freiheit sie erlangt haben und wie wichtig die revolutionären Errungenschaften sind. Trotz der vielen Schwierigkeiten und knappen Ressourcen halten sie an ihrer Arbeit und ihren Institutionen fest. Sie erkennen meines Erachtens die Potenziale der kommunalen Selbstverwaltung für die Zukunft. Die meisten der Aktiven leben ein in vieler Hinsicht neues Leben, das wesentlich sozialer und selbstbestimmter ist als das Leben vor der Revolution. Anhand vieler Biografien, insbesondere der von Frauen, können die unzähligen einzelnen Aspekte des Neuen und des Wandels nachgezeichnet werden, die im komplexen Zusammenspiel mit anderen Vorgängen ein gesamtgesellschaftliches Phänomen ausmachen.

Was beim Komplex »Selbstverwaltung« kaum erwähnt wird, aber eine essentielle Neuheit ausmacht, ist, dass die dezentralen Prozesse in den öffentlich-politischen Strukturen von und mit Alltagsmenschen aus der Nachbar- und Bekanntschaft in einer Alltagssprache vollzogen werden. Das bedeutet die Vergegenständlichung von Dezentralität und die Veralltäglichung der zuvor rein staatlich-elitären Phänomene und Praktiken. Genau das passiert, wenn zum Beispiel der jahrelange Nachbar plötzlich in der Kommune aktiv ist und ich als Welatî (Bürger) der Kommune zu ihm gehe und in einer nachbarschaftlichen Atmosphäre sowie in einer von uns beiden gebrauchten All-

tagssprache meine öffentlich-politischen Angelegenheiten regele.

Beide Typen der grundlegenden Tätigkeiten der Kommune zusammen gedacht ergibt ein Ganzes, das sich sowohl materiell als auch immateriell selbst verwaltet.

Geschlechtergerechtigkeit

Neben der Demokratiefrage ist der zweite zentrale Teil meiner Forschungsfrage die Geschlechtergerechtigkeit bzw. die Frauenfrage, die beide auch im Demokratischen Konföderalismus bzw. bei Öcalan abhängig aneinander gekoppelt sind. Hinsichtlich der Emanzipation und Gleichstellung der Frauen finden in allen gesellschaftlichen Bereichen, insbesondere aber in der politischen und öffentlichen Sphäre enorme Brüche, Transformationen und Neuheiten statt. Die Partizipation und Präsenz der Frauen in den gesellschaftspolitischen Strukturen ist enorm. Allein das Konzept des Ko-Vorsitzes katapultiert die Frau von der patriarchal-traditionalistischen Diskriminierung in eine paritätische Position im Politischen. Jede Kommune zum Beispiel hat auch eine Frauenkommune, allgemein gibt es in fast allen Bereichen eine autonome fraueneigene Selbstorganisierung. Insgesamt bilden die Frauen in den Strukturen der Selbstverwaltung sogar die größere Kraft, da sie sowohl eigene Strukturen haben als auch in den gemischten Strukturen vertreten sind. Die Frauen in den gemischten Strukturen sind mit den Frauenorganisationen durch regelmäßige Sitzungen und Berichterstattung verbunden, so dass beide Entitäten zusammen eine starke Rolle und Bedeutung der Frauen in der öffentlich-politischen Sphäre generieren. Dass sich die Frauen autonom organisieren können und sollen, ist eine Leitidee und die gesellschaftliche Akzeptanz, und der Wille zur Verwirklichung dieser Idee ist sehr stark, insbesondere seitens der Frauen; ein Phänomen, das auch als eine Entfesselung demokratischer und feministischer Energie betrachtet werden kann. In Nordsyrien ist eindeutig zu sehen, dass versucht wird, mit dem Patriarchat zu brechen. Und dieser Bruch findet sowohl auf der Subjekt-Ebene als auch in größeren gesellschaftlichen Zusammenhängen statt. In der konkreten gesellschaftlichen Arbeit in der Kommune äußert sich das z. B. durch das steigende Selbstwertgefühl, die Selbstermächtigung und die Entwicklung einer Frauenidentität bei den weiblichen Aktiven. Eine Ko-Vorsitzende erzählte beispielsweise – und das ist durchaus ein Muster, das ich bereits nennen kann –, dass sie vor der Revolution fast nur zuhause war. Seit sie in der Kommune aktiv ist, sei sie in der Stadt unterwegs und im Stadtviertel bekannt. Man grüße sie, frage sie nach bestimmten Dingen. Sie macht also im Prozess des Aktivseins Veränderungen auf der Bewusstseinsebene und im Sozialen durch, und das stärkt vor allem ihr Selbstvertrauen. Solche Vorgänge wirken sich natürlich auf die Männer in der Gesellschaft und der familiären Sphäre aus.

Politische Revolution der Frauen im Öffentlichen eröffnet Möglichkeiten zur Veränderung jahrtausendealter patriarchaler Grenzziehungen

Natürlich bestehen noch starke traditionelle und patriarchale Logiken, Muster und Verhältnisse, vor allem in den Familien und im Bewusstsein vieler Menschen, nicht nur der Männer. Patriarchale Moralvorstellungen sind noch grundlegend für die Menschen. Arrangierte Heiraten oder das nahöstliche Namus-Konzept, welches die Ehre der Familie, insbesondere des Mannes, essentiell an den Körper der Frauen bindet, sind sehr stark verbreitet. Viele Liebesbeziehungen zwischen jugendlichen Paaren spielen sich im Geheimen ab. Hier muss eindeutig zwischen den unterschiedlichen Verhältnissen in der politisch-öffentlichen einerseits und der familiären Sphäre differenziert werden. Perspektivisch kann gesagt werden, dass durch die feministischen Entwicklungen im Politischen die Frauen künftig die jahrtausendealten patriarchalisch-religiösen moralischen Vorstellungen und Grenzziehungen mit dem anderen Geschlecht neu und gleichberechtigt verhandeln können, bzw. dieser Verhandlungsprozess hat bereits seit langem begonnen.

Du bist nun seit Oktober 2018 wieder in Deutschland. Wie ist deine Meinung rückblickend, wie ist es, wieder hier zu sein, und welche nächsten Schritte wirst du unternehmen?

Ich forsche ja nicht nur zu dem Thema, sondern der Themenkomplex gehört auch zu meiner Biografie und meiner politischen Arbeit hier in Deutschland. Der Forschungsaufenthalt hat mich in meiner Solidarität und persönlichen wie politischen Haltung und Überzeugung gestärkt, weil ich gesehen habe, dass die dortigen Geschehnisse trotz aller Schwierigkeiten und Widersprüche bzgl. Demokratisierung und Geschlechtergerechtigkeit bereits vieles vorangetrieben und weiterhin großes Potenzial für die Zukunft haben. Abgesehen davon, dass das Modell der Demokratischen Autonomie aus friedenspolitischer Sicht und als Modell der gerechten Lösung der kurdischen Frage, dessen Betroffene auch meine Familie und ich sind, eine realistische Option darstellt. Insofern bin ich froh, dass ich gestützt vom Willen zum Frieden und der Gleichberechtigung in der Region in der kommenden Zeit mich auf dem Feld der Wissenschaft mit den gesellschaftlichen Entwicklungen in Nordsyrien beschäftigen und einen Beitrag leisten kann. ♦

Frauenbefreiung, Selbstbestimmung und kommunales Leben als gelebte Alternativen gegen patriarchale Gewalt

Frauendorf Jinwar in Rojava wurde offiziell eröffnet

Nûjin, Rojava

Am 25. November 2018, dem Tag gegen Gewalt an Frauen, kamen hunderte Menschen zusammen, um den Abschluss der Bauarbeiten im Frauendorf Jinwar zu feiern. Genau zwei Jahre ist es her, dass der Bau des Dorfes zum ersten Mal an Ort und Stelle verkündet wurde. Damals hatten sich das Aufbaukomitee, viele Fraueninstitutionen, Nachbar*innen und andere Interessierte versammelt und symbolisch die ersten Bäume gepflanzt. Der 25. November wurde bewusst gewählt, denn der Bau von Jinwar ist selbst eine Antwort auf Gewalt an Frauen. Damit Frauen frei von patriarchalen Angriffen und Krieg leben können, braucht es Selbstverteidigung, aber genauso braucht es den Aufbau von Beziehungen, Orten und Strukturen, in denen Frauen sich frei begegnen und leben können. Frauenbefreiung, Selbstbestimmung und kommunales Leben als Teil einer gesamtgesellschaftlichen Veränderung sind wohl die stärkste Waffe gegen patriarchale Gewalt.

Der 25. November ist ein sonniger Tag. Die Hitze und der Staub des Sommers sind verflogen, die Luft ist herbstlich frisch und klar, grünes Gras und kleine Pflänzchen sprießen aus der zuvor trockenen Erde. Eine neue Phase ist angebrochen in Jinwar. Emira, eine der ersten Frauen, die eingezogen ist, zerschneidet das Band am großen Eingangstor und heißt die Menschenmenge willkommen. »Wir öffnen diese Tür für alle Frauen und bedanken uns bei allen, die Jinwar ermöglicht haben«, erklärt sie. »Jin, Jiyan, Azadî« rufen hunderte Frauen mit leuchtenden Augen. Alle gehen zusammen zur Dorfmitte, wo die Frauen, die nun in diesem Dorf leben werden, erneut die Gäste begrüßen und sich vorstellen.

Fatma erzählt als Erste von ihrer Geschichte. Sie kommt aus Kobanê, ihr Mann ist nach der Befreiung der Stadt bei einem Anschlag durch den IS ums Leben gekommen. Nun lebt sie mit ihren sechs Töchtern hier in Jinwar. Berîtan und Medya aus Til Temir sind Schwestern. Auch ihre Eltern sind bei einem Angriff des IS ums Leben gekommen. Emira hat fünf Kinder, sie ist eine der ersten Frauen, die hier eingezogen ist, und kommt aus einem der umliegenden Dörfer. Ihr Mann ist vor einiger Zeit an einem Herzanfall gestorben. Zeynep ist aus Mexmûr hergekommen und hat ein Kind. Es gibt zwei Melkas im Dorf, eine ist Êzîdin und hat eine jugendliche Tochter, die andere kommt aus Deir ez-Zor. Bedra kommt aus Schaddadi und hat fünf Kinder. Alle acht Frauen danken den Frauen des Aufbaukomitees. Es ist ein sehr berührender Moment, in dem vielen die Tränen in die Augen steigen. Die Bewohnerinnen von Jinwar zeigen die ganze Vielfalt auf, unter ihnen sind Araberinnen, Kurdinnen und Êzîdinnen. Rûmet spricht im Namen des Aufbaukomitees. Sie erinnert daran, dass der 25. November der Tag des Widerstandes gegen Gewalt an Frauen ist. Jinwar sei ein Projekt der Philosophie von Abdullah Öcalan und mit dem Aufbau von Jinwar werde auch der Traum vieler gefallener Freundinnen Realität. Nachdem auch Evin Swed, Sprecherin von Kongreya Star, eine Rede gehalten und die Bedeutung des Frauendorfes für die Revolution der Frauen unterstrichen hat, machen sich alle auf den Weg zu einem Rundgang durch das Dorf, bei dem die Schule, die Akademie und das Gesundheitszentrum offiziell eröffnet werden.

Alle Gebäude im Dorf sind nun nutzbar. Die Kinder von Jinwar gehen bereits seit Wochen in die neu gebaute Schule. Sie besteht aus acht kleineren und größeren bunt angestrichenen Häusern in rundlichen Formen, von denen eines für den Rat der Kinder bestimmt ist. Für den Anfang kommen drei Lehrerinnen aus der nächstgelegenen Stadt, die fünf Tage die Woche Unterricht geben. Da alle Kinder die Möglichkeit haben sollen, Bildung in ihrer Muttersprache zu erhalten, findet aller Unterricht auf Kurdisch und Arabisch statt. Ältere Kinder und Jugendliche haben die Möglichkeit, in der nahegelegenen Stadt in eine weiterführende Schule zu gehen. Am Nachmittag helfen in diesen Tagen viele Mädchen und Jungen, aus wiederverwertetem Holz Regale, Betten und Tische für die Häuser

zu bauen. Sie lernen die Werkzeuge zu benutzen und Möbel selbst zu bauen.

Die Akademie mit kleiner Bücherei ist ebenso fertiggestellt. Dort kann sowohl theoretische als auch praktische Bildung Platz finden: von Diskussionen über das Leben im Dorf, Jineolojî und Frauengeschichte, über Sprachunterricht hin zu Seminaren über ökologische Landwirtschaft, Gesundheits- und Computerkursen. Lernen und sich Weiterbilden ist eine der Grundlagen von Jinwar. Jede Frau und jedes Kind kommt mit unterschiedlichen Erfahrungen, die nicht nur in der Schule oder der Akademie geteilt werden können. Gemeinsames Leben und Arbeiten heißt auch, viel Wissen im alltäglichen Leben zu teilen. Jede kleine Situation, jede gemeinsame Arbeit, jedes Gespräch ist Bildung, wenn wir uns dessen bewusst sind.

Mit dem Beginn des Herbstes wurden die Felder und der Garten für die neue Saison vorbereitet. Weizen für Brot und Bulgur wurde gesäht, außerdem Lauchzwiebeln, Karotten, Spinat, Salat und verschiedene Kräuter für den Winter. Das Gesundheitszentrum ist ebenso vorbereitet und war im Oktober bereits für ein paar Tage geöffnet. Eine Gruppe Frauen aus der Schweiz war für einige Tage zu Besuch gekommen und hatte gynäkologische Untersuchungen für Frauen aus Jinwar und den umliegenden Dörfern angeboten. Auch der kleine Dorfladen hat geöffnet. Er wird kollektiv betrieben und alle Einnahmen fließen in die gemeinsame Ökonomie des Dorfes. In den nächsten Monaten soll noch der zentrale Platz in Jinwar verschönert werden. Wege sollen angelegt werden, Plätze zum Zusammensitzen ausgebaut werden und mehr Bäume gepflanzt und Gärten angelegt werden. Der Platz soll so gestaltet werden, wie ihn sich die Frauen und Kinder vorstellen.

Kürzlich kam auch der Dorfrat für sein monatliches Treffen in der neu fertiggestellten Akademie zusammen. Ein Thema der Versammlung waren die Vereinbarungen für das Leben in Jinwar, die zuvor schon diskutiert worden waren. Die Frauen haben über verschiedene Themen des Zusammenlebens gesprochen und Grundlagen vereinbart. Jede Frau hat außerdem Verantwortung für ein spezielles Feld der Arbeiten für den nächsten Monat übernommen – sei es, sich um die Schafe zu kümmern, den Dorfladen zu betreiben, die gemeinsame Küche zu führen, das Konzept für die Akademie auszuarbeiten, Brot zu backen oder sich um den Anbau im Garten zu kümmern.

Es ist eine wichtige Zeit im Dorf, in der die Organisierung des Lebens und Arbeitens neue Formen findet. Jinwar lebt auf der Grundlage der Geschichte und der Kraft, die wir als Frauen teilen. Das Dorf ist verbunden mit all den Kämpfen, die für eine freie Gesellschaft geführt wurden und geführt werden. Für ein freies Leben, für eine freie Gesellschaft, gegen patriarchale Gewalt. ♦



Am 25. November 2018, dem Tag gegen Gewalt an Frauen, kamen hunderte Menschen zusammen, um den Abschluss der Bauarbeiten im Frauendorf Jinwar zu feiern. Genau zwei Jahre ist es her, dass der Bau des Dorfes zum ersten Mal an Ort und Stelle verkündet wurde. Foto: Jinwar

Feministische Delegation von »Gemeinsam Kämpfen!« nach Başûr und Rojava

»Im Süden ist es am schwersten«

Beitrag der feministischen Kampagne »Gemeinsam Kämpfen!«

In der Autonomen Region Kurdistan kämpft die kurdische Frauenbewegung zwischen kapitalistischer Ideologie, feudalistischen Strukturen und der Repression der Parteien um die Revolution. Dass sich jetzt die Schließung all ihrer Einrichtungen durch die YNK ankündigt, macht die Schwierigkeiten deutlich, mit denen die Frauen vor Ort konfrontiert sind. Die feministische Kampagne »Gemeinsam kämpfen! Für Selbstbestimmung und demokratische Autonomie« war mehrere Wochen in Başûr und Rojava unterwegs, um mit der kurdischen Frauenbewegung in einen Austausch zu kommen. Sie gewährt einen kurzen Blick auf deren Arbeit in Silêmanî, einer der größten Städte im Norden des Irak und im Süden Kurdistans. Weitere Eindrücke könnt ihr auf dem Blog »gemeinsamkaempfen.blogsport.eu« nachlesen.

Zur aktuellen Repressionslage gegen die Tevgera Azadî

Ende November wurden die Vertretungen und Büros der Tevgera Azadî (Tevgera Azadiya Civaka Kurdistan – Bewegung für eine freie Gesellschaft in Kurdistan) in Südkurdistan (Başûr; kurd. f. »Süden«) geschlossen. In Silêmanî, Ranya, Qeladizê und anderen Orten wurden dabei Parteisymbole und Fahnen beschlagnahmt. Die Tevgera Azadî ist eine Partei der Bewegung für demokratische Autonomie, vergleichbar mit der Demokratischen Partei der Völker (HDP) in Bakur (kurd. f. »Norden«; =Nordkurdistan). Die Tevgera Azadî hat im Gesamtirak im Jahr 2017 gemäß irakischer Verfassung ihre Gründung bekanntgegeben und ihren Gründungskongress abgehalten. Sie hatte in der Autonomen Region Kurdistan (Südkurdistan) bereits im Jahr 2014 die Zulassung als politische Partei beantragt. Doch die südkurdischen Behörden haben bis heute weder eine positive noch eine negative Rückmeldung auf den Zulassungsantrag gegeben. Nun dient genau diese fehlende Zulassung zur Begründung der Schließung der Büros.

Die PDK (Demokratische Partei Kurdistans) stünde vollkommen unter der Kontrolle der Türkei, die YNK (Patriotische Union Kurdistans) hingegen unter der Kontrolle des Iran, beide Staaten wollten mit allen Mitteln verhindern, dass sich das Modell der demokratischen Autonomie etabliere: »Die Machtstrukturen ergeben sich den Besatzern«, erklärte die Sprecherin der Tevgera Azadî, Tara Hisen, gegenüber ANF in Silêmanî. Was sie damit meint, sind die tiefen Abhängigkeiten der PDK von der Türkei sowie der YNK vom Iran. Beide Parteien hätten auch deswegen stets versucht, die Arbeit der Tevgera Azadî zu sabotieren.

In YNK und PDK sei die Partizipation von Frauen eine Farce. Insbesondere die PDK versuche mit allen Mitteln zu verhindern, dass Frauen eine aktive Rolle in der Politik spielten, so Tara Hisen. Sie selbst sei sogar das Ziel versuchter Mordanschläge geworden. Während ihrer Arbeit in Hewlêr (Erbil) habe man u. a. versucht, sie zu überfahren. Beide Parteien, die seit der Autonomie von Südkurdistan 1991 an der Macht sind, würden keinerlei Basisarbeit in der Gesellschaft machen. Im Gegensatz dazu versuche die Tevgera Azadî intensiv vor allem in die politische Bildung von Frauen, Jugendlichen und der Gesamtgesellschaft zu investieren. Tara Hisen war schon in der Vorgängerpartei PÇDK (Partei für eine Demokratische Lösung in Kurdistan) aktiv gewesen. Die Tevgera Azadî sei noch mehr als System der Basis- und Bewusstseinsarbeit zu verstehen. »Warum ich mich beteiligt habe, ist vor allem aufgrund der Rolle der Frauen. Frauen machen in unserer Bewegung mindestens 50 % aus.« Jede Frau, die Mitglied bei der Tevgera Azadî ist, sei auch automatisch Mitglied bei der RJAK (Organisation der freien Frauen – Kurdistan) – der Basisorganisation der Frauenbewegung in Başûr. Auch die Männer in der Bewegung hätten eine andere Grundhaltung als in den anderen Parteien. Gegenseitiger Respekt sei selbstverständlich, so Tara. »Insbesondere nach Kobanê gibt es großes Interesse an dem Modell des demokratischen Konföderalismus«, fährt sie fort.

Das sei auch der Grund für die aktuelle Repressionswelle. Teile der Bevölkerung hätten den Glauben an die traditionellen Modelle und die etablierten Parteien verloren und wünschten sich das Modell von Rojava nicht nur für Südkurdistan, sondern für den gesamten Irak.

Die Frauenbewegung RJAK

Dass die Arbeit in Başûr immer schwierig gewesen sei und noch sei, beschreibt auch die Organisation der kurdischen Frauenbewegung RJAK. Neben den Repressionen der Parteien seien die Gesellschaft und insbesondere die Frauen eingeklemmt zwischen der rigiden Vorstellung von »Ehre« und der kapitalistischen Ideologie, die sich mehr und mehr in Başûr etabliert, sagt die RJAK. Dass Frauen einerseits als »Eigentum« der Familie gälten, widerspreche andererseits nicht dem Schönheitsideal des Westens, das in Medien und Kultur immer wieder als das einzige Symbol der Emanzipation proklamiert wird. Der gemeinsame Kampf stütze sich daher in Başûr vor allem auf Bildung, um die repressiven Gesellschaftsstrukturen aufzubrechen. Auch wenn sich die Zwänge für Frauen in den verschiedenen Regionen Başûrs stark unterscheiden, sei ihnen gemeinsam, dass die Gesellschaft in Başûr eine der »unterdrückten Bildung« sei.

Einer der Hauptsitze der RJAK liegt in Silêmanî. Mit fast einer Million Einwohner*innen ist die Stadt eine der größten Kurdistans auf irakischem Staatsgebiet und liegt im Einflussbereich der YNK.

Silêmanî fällt als erster Name, fragt man nach den Orten der Bildung und Universitäten in der gesamten Region. Zwar liegt das auch an den diversen staatlichen Universitäten, vermehrt prägen aber vor allem private Einrichtungen – vornehmlich US-Akademien – die Bildungslandschaft.

Die Stadt gilt als eine liberale Stadt der Intellektuellen und Schriftsteller*innen. Vielerorts lassen sich Denkmäler und Statuen kurdischer und irakischer Gelehrter finden. In der Regel sind es Männer.

Voll bezahlte Gehälter durch den Staat gibt es kaum noch, seit mehreren Monaten wurden weder Lehrer*innen noch Ärzt*innen und Militärkräfte kontinuierlich bezahlt, so dass sie auf zusätzliche Jobs angewiesen sind. Frauen sind in diesen Bereichen durchaus präsent, lernen und lehren in den Universitäten und Schulen und erreichen hohe Abschlüsse. Für die Analyse der Frauenbewegung vor Ort ist dies jedoch nur ein kleiner Ausschnitt der Realität von Frauen in der Region. Die gesetzlich festgeschriebenen Frauenrechte wirken lediglich hinter dem Schleier religiöser und feudalistischer Dogmen. Frauen gelten als Trägerinnen der »Ehre« der Familie. Dies ist weder auf den Koran noch auf islamische Überlieferungen zurückzuführen, sondern liegt in der besonderen Kombination der Systeme in Başûr begründet. Einerseits prägen die feudalen Aşiretgesellschaften[1] die Familie. Andererseits sind die Freiheitsversprechen des Kapitalismus eine bloße Hülle und stützen die traditionellen Geschlechterrollen. Demnach können Frauen die »Ehre« der Familie nur bewahren oder verlieren, nicht aber wiedergewinnen. Verhält sich die Frau nicht konform, ist die »Ehre« des Mannes in Frage gestellt.

Feminizide und Selbsttötungen

Die Auswirkungen dieser Praxis binden nicht nur das Bewusstsein, sondern auch den Körper der Frauen an den Eigentumsanspruch der Männer und haben zum Teil verheerende Auswirkungen.

Vor allem auf dem Land ist die Quote von Genitalverstümmelung (kurz FGM/C: Female Genital Mutilation/Cutting) erschreckend hoch. Je nach Quelle schwanken die Zahlen: Laut einer Studie von UNICEF aus dem Jahr 2013 sind im ganzen Irak etwa 8 % der Frauen von Genitalverstümmelung betroffen. Die Prozentzahl der Mädchen und Frauen zwischen 15 und 49 Jahren, die einer Verstümmelung unterzogen wurden, liegt in der Region Silêmanî bei 54 %.[2] Die Zahlen zeigen, dass FGM/C nur in den nördlichen Regionen, einschließlich Hewlêr und Silêmanî, praktiziert wird, während in anderen Regionen des Landes die Prozedur praktisch nicht existent ist. Der Zwang der Geschlechterrollen kann tödlich enden: So wurden allein in den ersten neun Monaten 2018 in Başûr bereits 113 Frauen lebendig verbrannt, während 90 Frauen den Freitod durch Selbstverbrennung wählten. Hinzu kommen 37 Morde und 54 Selbsttötungen auf andere Art und Weise.[3] Hohe Dunkelziffern und fehlende Aufklärung verfälschen die offiziellen Zahlen allerdings. Die Gründe für die Suizide sind vielfältig. Als ein Beispiel beschreibt Tara Hisen von Tevgera Azadî, wie schwierig es für Frauen sei, sich scheiden zu lassen. Viele Frauen seien ökonomisch abhängig von ihren Ehemännern und besäßen kaum Alternativoptionen, sich daraus zu lösen. Scheidungen auf Initiative von Frauen seien gesellschaftlich nicht akzeptiert, wohingegen es bei Männern eine gängige Praxis sei. Dazu käme, dass bei Scheidungen die Kinder dem Ehemann zugesprochen werden. »Diese Ausweglosigkeit führt dazu, dass Frauen sich manchmal lieber selbst töten, als in gewalttätigen Beziehungen zu verharren«, so Tara.

1 Stammeszugehörigkeit als dem Clan übergeordnete Kategorie.

2 https://www.unicef.org/cbsc/files/UNICEF_FGM_report_July_2013_Hi_res.pdf

3 https://anfdeutsch.com/frauen/37-frauenmorde-in-suedkurdistan-7656



Der politische und gesellschaftliche Umgang mit diesen Themen sei völlig unzureichend, heißt es von Seiten der RJAK.

Es käme vor, dass die Leichen der Frauen teils über Wochen in den Krankenhäusern liegen – ohne ein Interesse an Aufarbeitung oder angemessener Beerdigung. Genitalverstümmelung und Verbrennungen seien gesellschaftliche Tabuthemen und mit viel Scham verbunden, was eine öffentliche Thematisierung seitens der Frauenbewegung nur sehr eingeschränkt möglich mache.

Schwierigkeiten und Methoden der Arbeitsweise der Frauenbewegung

Gerade weil sich die öffentliche Thematisierung vieler dieser Fragen in der Gesellschaft schwierig gestalte, bestimmten vor allem Kontaktpflege, interne Bildung, aktives Aufsuchen und Gesprächsangebote mit Frauen die Arbeit der RJAK. Weil man nicht einfach ohne Weiteres in die Häuser von Familien gehen könne, seien die vielen unterschiedlichen Beziehungen und Netzwerke zu den einzelnen Frauen die Stütze dieser Arbeit. »Es kommt uns darauf an zu sagen, ihr seid von euch selbst aus stark, ihr braucht dafür keinen Mann«, so die RJAK. Vieles drehe sich um die Themen, die Frauen beschäftigten: Kindererziehung, Gewalt in der Familie, fehlendes Selbstvertrauen. Weiterführende Bildungsarbeit vertiefe diese Themen und erweitere die Kreise der Bewegung.

Die Kontinuität der Arbeit der Frauenbewegung wird immer wieder durch unterschiedliche Ausmaße der Repression unterbrochen. Der aktive Angriff auf die Infrastruktur, der Ende 2018 stattfand, bricht mit der Praxis der YNK der letzten Jahre. Im Gegensatz zur PDK hatte die RJAK unter der YNK größere Spielräume. Bei zu viel öffentlichen Aktionen der Frauen allerdings schritten sie ein. Eine zentrale Strategie der Schwächung seitens beider Parteien besteht laut RJAK vor allem in der aktiven Abwerbung der ausgebildeten, selbstbewussten Frauen. Mithilfe gut bezahlter Jobs in Fernsehen und Politik sollen der Bewegung die Mitglieder entzogen werden. Mit den Schließungen der Büros nähert sich die YNK nun allerdings dem Vorgehen der PDK an. Unabhängig vom Repressionsgrad der vergangenen Jahre hat die Frauenbewegung ihre Arbeit aber immer fortgesetzt. Ihre Bildungsarbeit läuft weiter, auch wenn sie an die Möglichkeiten vor Ort angepasst werden muss.

»Es ist sehr wichtig, dass die Frauen von Başûr eine Stimme nach außen bekommen«, so Tara Hisen. YNK und PDK stellten Başûr als fortschrittliche Region dar, in der es Frauenrechte gäbe. Im Vergleich mit den anderen Teilen Kurdistans sei auch deswegen die Arbeit im Süden am schwersten, betonen die Frauen der RJAK. Denn Başûr sei mitnichten eine fortschrittliche Region. »Sie kontrollieren unsere Außenkontakte, damit nicht bekannt wird, wie es um die Frauen hier im Süden wirklich steht«, fahren sie fort. Die Staaten und auch NGOs unterstützten nur die Projekte der Regierungsparteien, die verhinderten, dass sich die Situation der Frauen wirklich verbessere. »Sie wollen uns unter Kontrolle halten.« ♦

Berliner Delegation des Städtepartnerschaftsvereins Friedrichshain-Kreuzberg – Dêrik e.V. ist aus Dêrik/Nordsyrien zurück

Kommunale Selbstverwaltung unter schwierigen Bedingungen

Elke Dangeleit, Ethnologin und Journalistin

Am 16. November 2018 fand in Berlin eine Informationsveranstaltung über die Delegationsreise des Städtepartnerschaftsvereins Friedrichshain-Kreuzberg – Dêrik e.V. statt. Die Delegationsteilnehmer*innen berichteten mit einer Fotopräsentation über ihre Beobachtungen und Erfahrungen. Die Autorin, die an der Delegationsreise teilgenommen hatte, ist Ethnologin, Journalistin und sitzt für die Partei DIE LINKE im Bezirksparlament von Friedrichshain-Kreuzberg.

Die Delegation besuchte vom 15. bis 30. Oktober ihre Partnerstadt Dêrik in Nordsyrien. Seit die Bezirksverordnetenversammlung am 20. September 2017 diese Städtepartnerschaft auf den Weg gebracht hat, versucht der Verein sie mit Leben zu füllen und den Austausch und die Zusammenarbeit zu fördern. Eine ihrer Aufgaben war es, zur Vorbereitung einer offiziellen Städtepartnerschaft zwischen dem Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg und der Stadt Dêrik erste direkte Kontakte mit der Stadtverwaltung und den zivilgesellschaftlichen Institutionen zu knüpfen. Darüber hinaus sollte ein erstes gemeinsames ökologisches Begrünungsprojekt in Dêrik mit den Akteur*innen vor Ort vorbereitet und es sollten Eindrücke und Informationen über die Region gesammelt werden.

Die Delegation wurde herzlich von den Bürgermeister*innen der Stadtverwaltung in Dêrik begrüßt. Mit im Gepäck hatten die Berliner*innen eine Grußbotschaft der Friedrichshain-Kreuzberger Bürgermeisterin und ihres Stellvertreters. Mit großer Freude wurde sie von den beiden Bürgermeister*innen in Dêrik entgegengenommen. Das Öffentlichkeitsarbeitsbüro machte sich sofort daran, die Grußbotschaft ins Arabische, Kurdische und Aramäische zu übersetzen.

Die Teilnehmer*innen erwartete ein voller Terminkalender, man wollte den Berliner*innen so viel wie möglich zeigen und die Möglichkeit geben, die Selbstverwaltungsstrukturen genau kennenzulernen. Die ersten Tage wurden ihnen alle Abteilungen des Rathauses vorgestellt. Jede Abteilung, jeweils von einem Mann und einer Frau geleitet, berichtete über ihre Aufgaben. Die Delegationsteilnehmer*innen konnten viele Projekte kennenlernen, in den basisdemokratischen Strukturen engagierte Menschen treffen und sich ein Bild von der Lage vor Ort machen. Am Ende der Konsultationen unterzeichneten die Stadtverwaltung von Dêrik und die Vertreter*innen des Städtepartnerschaftsvereins einen Partnerschaftsvertrag, der die Zusammenarbeit zwischen Verein und Stadtverwaltung regelt.

Eine Teilnehmerin berichtet von den Eindrücken des ersten Tages: »Die erste Station war der Friedhof der Gefallenen. Beim Friedhof angekommen, erwarten uns mehr als 700 Gräber von gefallenen YPG-/YPJ- oder Asayîş-Angehörigen (der Volks-/Frauenverteidigungseinheiten oder der Sicherheitskräfte). Umgekommen im Kampf gegen den Islamischen Staat (IS) oder ermordet durch die türkische Armee bei ihren Angriffen aus der Luft und am Boden auf syrischem Territorium. Die nächsten Gräber sind schon in Vorbereitung.

Es wird viel gestorben in diesem Krieg, den der Westen schnell beenden könnte, wenn er denn wollte. Wir gehen durch die Gräberreihen, fast alle sind bestückt mit Bildern dieser überwiegend jungen Menschen. Hier und da entdecke ich aus den Medien bekannte Gesichter. Gesichter von jungen Menschen, die für eine zukunftsweisende Idee im Nahen Osten gestorben sind. Die sich den Schlächtern des IS entgegengestellt haben. Die auch uns in Europa vor dem IS geschützt haben. Plötzlich bekommen die Nachrichten über die Gefallenen eine Körperlichkeit. Es sind nicht mehr nur Nachrichten, die man liest, hier liegen ihre Körper. Hier trauern ihre Angehörigen. Ich verstehe nun, dass dieser Märtyrer*innenkult eine Form der Trauerbewältigung ist.

Wir lernen auf dem Friedhof auch die Organisation der Hinterbliebenen kennen. Wir werden gefragt, was wir denken, fühlen, hier an diesem Ort. Uns versagt die Stimme. Mir fallen

die geschändeten und zerstörten Friedhöfe der Kurd*innen, Alevit*innen, Armenier*innen und Êzîd*innen in der Türkei und in Efrîn ein. Das ist das Schlimmste, was man Menschen antun kann, den Ort der Trauer, des Gedenkens zu zerstören. Ich denke an die Samstagsmütter in der Türkei, die seit zwanzig Jahren demonstrieren, weil das türkische Militär ihre Söhne und Töchter hat verschwinden lassen. Heißt: sie wurden ermordet und irgendwo entsorgt. Ich wünschte, Merkel und die politischen Entscheidungsträger*innen der Bundesregierung würden hier an meiner Stelle stehen und müssten Rede und Antwort stehen. Vor allem, weil es deutsche Waffen sind, mit denen hier gemordet wird. Ich schäme mich für unser Land und habe gleichzeitig Hochachtung für diese Menschen hier, die uns so herzlich aufnehmen und sich so eine Mühe für uns geben.

Danach stand der Besuch des Flüchtlingscamps ›Newroz‹ auf der Tagesordnung – ein trockenes, staubiges Gelände am Stadtrand von Dêrik. Wenn es regnet, versinkt alles im schlammigen Lehmboden. Es leben hier noch 130–140 Familien in Zelten des UNHCR, also ca. 1500 Menschen. Viele sind nach Şengal (Sindschar) zurückgekehrt oder pendeln. Sie wollen ihre vom IS zerstörte Heimat wiederaufbauen. Bevor die Êzîd*innen zurückkehren können, werden ihre Häuser in Şengal von den YPG von Minen gesäubert. Das Problem für die Rückkehrer*innen ist die Wasserversorgung in Şengal. Sie ist komplett zerstört. Es gibt auch keine funktionierende Gesundheitsversorgung. Es gibt jetzt zwar ein Krankenhaus in Şengal-Stadt, aber der Ausbau wird aus politischen Gründen verzögert. Man will die Êzîd*innen nicht wieder dahaben. Die arabische Bevölkerung dort hat den IS teilweise auch unterstützt. Die irakische Regierung kümmert sich nicht um die Wiederherstellung der Infrastruktur. Diejenigen Êzîd*innen, die noch hier im Camp sind, haben alles verloren. Ihre Dörfer wurden komplett zerstört, so dass an eine Rückkehr in naher Zukunft nicht zu denken ist.

Internationale Hilfsorganisationen haben Zelte zur Verfügung gestellt, Wasserleitungen gebaut. Aber nun sind die Hilfsorganisationen verschwunden und die Stadtverwaltung von Dêrik und die Kantonsverwaltung in Qamişlo versorgen die Menschen so gut es geht. Es gibt dort einen Container mit einer Schule für die Kinder, aber ansonsten ist Tristesse angesagt. Ein paar Bänke und zwei Schaukeln, gespendet von einem niederländischen Hilfsverein, auf einem staubigen Platz sollen den traumatisierten Kindern Zerstreuung ermöglichen. Psychologische Betreuung gibt es nicht. Die Verwaltung des Camps wünscht sich von uns einen grünen Spielplatz für die Kinder und Mittel für eine Nähwerkstatt für traumatisierte Frauen.«

Den Wunsch nach der Nähwerkstatt hat der Berliner Verein sofort in die Tat umgesetzt. Mit einer Spendenkampagne bis Weihnachten möchte er 2000 Euro sammeln und dem Camp an Weihnachten zukommen lassen:



»Die erste Station war der Friedhof der Gefallenen. Beim Friedhof angekommen, erwarten uns mehr als 700 Gräber von gefallenen YPG-/YPJ- oder Asayîş-Angehörigen (der Volks-/Frauenverteidigungseinheiten oder der Sicherheitskräfte). Umgekommen im Kampf gegen den Islamischen Staat (IS) oder ermordet durch die türkische Armee bei ihren Angriffen aus der Luft und am Boden auf syrischem Territorium.« Foto: E. D.

Spendenaufruf – Zu Weihnachten eine Nähwerkstatt für das ezidische Flüchtlingscamp in Dêrik/Nordsyrien

Im Oktober 2018 besuchte eine Delegation des Städtepartnerschaftsvereins Friedrichshain-Kreuzberg – Dêrik unsere Partnerstadt in Nordsyrien. Seit die Bezirksverordnetenversammlung am 20.9.17 diese Städtepartnerschaft auf den Weg gebracht hat, versucht unser Verein sie mit Leben zu füllen und den Austausch und die Zusammenarbeit zu fördern. Dêrik ist eine Stadt, die multiethnisch und multireligiös geprägt ist und in der die Gleichberechtigung der Frauen eine große Rolle spielt – wie in allen Städten Nordsyriens, die sich eine demokratische Selbstverwaltung gegeben haben.

Die Delegation besuchte unter anderem das Flüchtlingscamp ›Newroz‹ in der unmittelbaren Nachbarschaft von Dêrik. In dem Flüchtlingscamp wohnen noch ca. 1500 Ezid*innen aus dem Shengalgebiet im Nordirak. 2014 überfiel der sogen. ›Islamische Staat‹ (IS) das Shengalgebiet und ermordete zigtausende Eziden, verschleppte und versklavte tausende Frauen und Kinder. Mitglieder der kurdischen Selbstverteidigungseinheiten YPG/YPJ aus Nordsyrien und Kämpfer*innen der HPG konnten damals einen Fluchtkorridor für rund 750 ezidische Familien nach Nordsyrien in das Gebiet der ›demokratischen Selbstverwaltung Nordsyrien‹ schaffen. Viele Familien sind inzwischen in das Shengalgebiet zurückgekehrt und versuchen ihre Häuser wieder aufzubauen, bzw. pendeln zwischen dem Camp und ihrer Heimat. Die ezidischen Familien, die jetzt noch in dem Camp wohnen, haben alles verloren, weil deren Dörfer vom IS komplett zerstört wurden.

Die Leitung des Camps trug den Wunsch an uns heran, sie bei der Errichtung einer Nähwerkstatt für Frauen zu unterstützen. Das Camp wird von der demokratischen Kantonsverwaltung in Qamishlo zwar mit dem Nötigsten versorgt, aber es fehlt an Betätigungsmöglichkeiten für die traumatisierten Frauen. Eine Form der Trauma-Bewältigung sei, es Beschäftigungsmöglichkeiten für die Bewohner zu schaffen, berichten uns die Leiter*innen des Camps. Dafür fehle es aber an finanziellen Mitteln.

Unsere Idee:

Wir möchten den Wunsch einer Nähwerkstatt gerne erfüllen und bitten um Ihre Spende!

Unser Ziel:

Zu Weihnachten möchten wir dem Camp 2000 € überreichen, damit sie Nähmaschinen und benötigte Materialien davon kaufen können.

Weitere Informationen über unseren Verein finden Sie unter * Web: www.staepa-derik.com * FB: facebook.com/staepafkderik

Sie erreichen uns unter der Mailadresse: info@staepa-derik.com

Spendenkonto:
DE54 4306 0967 1225 6804 00,
BIC: GENODEM1GLS
Kennwort: Nähwerkstatt

Spenden an unseren Verein sind steuerlich absetzbar. Sie erhalten eine Spendenbestätigung.

Ein grünes Flussbett für Dêrik

Quer durch Dêrik führt ein Flussbett, das bis auf wenige sumpfige Stellen ausgetrocknet ist. Links und rechts des »Corniche«, wie der ausgetrocknete Fluss in Dêrik genannt wird, führt eine staubige Straße, Autos und LKWs parken am Rande, ein paar Bäume stehen an einzelnen Stellen am Rande des Flussbettes, das ziemlich vermüllt ist. In der Diskussion mit der Stadtverwaltung über ein erstes gemeinsames Projekt wurde die Begrünung eines Teils des Flussbettes vorgeschlagen. An dessen Böschung sollen »Nachbarschaftsgärten« entstehen. Zu Zeiten des Assad-Regimes wurden die Wälder in der Region abgeholzt und das Gebiet wurde zum Weizenanbau in Monokultur genutzt. Die Ernte ging nach Damaskus und die Bevölkerung musste das Mehl dann von dort kaufen. Es durften auch keine Gemüsegärten zur Selbstversorgung angelegt werden. Dies soll sich nun ändern. Gemeinsam mit der Initiative »Make Rojava Green Again« *[vgl. KR 199]* sollen die Teilbegrünung und die Anlage der Nachbarschaftsgärten umgesetzt werden. Der Städtepartnerschaftsverein hat dafür in Berlin erfolgreich Stiftungsgelder beantragen können.

Im Gespräch mit Vertreter*innen der Nachbarschaften, die sich in Nordsyrien »Kommunen« nennen und jeweils ca. hundert Familien umfassen, wurde das Projekt erörtert und konkretisiert. Im Januar 2019 soll es losgehen. Vorher werden die Initiative »Make Rojava Green Again«, die Stadtverwaltung und die angrenzenden Kommunen die Detailplanung noch intensiv diskutieren. Die Delegation betonte in den Versammlungen, dass es vor allem auf das Engagement der Bewohner*innen ankomme, ob das Projekt erfolgreich ist und sich daraus Folgeprojekte ergeben können. Vor allem das Müllproblem müssten die Anwohner*innen selbst in den Griff bekommen. Die Vertreter*innen der Kommunen sagten ihre Unterstützung zu.

Türkei dreht Region das Wasser ab

Der Besuch von christlichen Dörfern führt die Delegation auch in die Kantonsstadt Qamişlo und nach Serê Kaniyê. In der Umweltbehörde in Qamişlo berichtet man über die katastrophale Wassersituation: Achtzig Prozent aller Flüsse aus der Türkei sind gesperrt, seit fünf bis sechs Jahren. Der Fluss Avaspi durch Qamişlo wurde durch die Türkei trockengelegt.

Früher gab es da kristallklares Wasser. Heute leitet die Türkei nur noch Abwasser über die Grenze in das Flussbett. Zwischen Girê Spî und Qamişlo gibt es etliche Grundwasseradern. Neuerdings zapft die Türkei diese an und leitet das Wasser in ihre Bewässerungsanlagen. Auch der weitere Staudammbau der Türkei wird den Grundwasserspiegel in den nächsten Jahren stetig sinken und Wasserquellen versiegen lassen. In zehn Jahren wird es kein Oberflächenwasser mehr geben. Quellen, die vorher an der Oberfläche waren, sind jetzt schon 150 m tief. Süßwasser wird künftig erst ab 200 m Tiefe erreichbar sein.



Die Auswirkungen des Klimawandels und der Wasserpolitik sind in Serê Kaniyê deutlich sichtbar. Die ausgetrocknete Wasserquelle im Karstgestein war früher bis an den Rand mit Wasser gefüllt. Foto: E. D.

In der Wasserpolitik der Föderation steht die Versorgung der Bevölkerung im Vordergrund. In Qamişlo und Girê Spî gibt es Fabriken zum Abfüllen von Trinkwasser in Plastikflaschen, aber sie reichen nicht aus zur Versorgung der Bevölkerung. Derzeit wird eine umfassende Studie erstellt, wie viele Brunnen es überhaupt gibt und welche noch Wasser führen. Außerdem soll nach einem neuen Gesetz zur Aufforstung zuerst zwei Bäume pflanzen müssen, wer ein Grundstück kauft. Bäume sollen wie Menschen pfleglich behandelt werden. Insgesamt soll mehr Wissen über Umweltverschmutzung vermittelt werden, mehr Grünflächen sollen angelegt und die Tröpfchen-Bewässerung von Feldern soll umgesetzt werden.

Die türkische Mauer und der Todesstreifen

Älteren Berliner*innen ist die Mauer, die bis 1989 die Stadt teilte, noch gut in Erinnerung. Nun gibt es eine 900 km lange Mauer entlang der türkisch-syrischen Grenze. Sie hat die gleiche Bauart wie die Berliner Mauer. Es gibt auch einen »Todesstreifen«, allerdings auf syrischer Seite. Die türkischen Wachposten schießen über die Mauer auf alles, was sich nähert: Bäuer*innen, Schafhirt*innen, Kinder. Ein YPG-Posten berichtet, dass er strenge Anweisung habe, bei Angriffen auf keinen Fall zurückzuschießen. Bei den letzten Angriffen wurde in Serê Kaniyê vom türkischen Militär ein Mauerelement geöffnet, erzählen Anwohner*innen. Fotos von der Mauer zu machen sei lebensgefährlich, eigentlich könne das nur aus dem fahrenden Auto heraus gemacht werden. Von Dêrik nach Serê Kaniyê führt die Straße in weiten Teilen an dieser türkischen Mauer entlang. Hier sei schon öfter auf fahrende Fahrzeuge geschossen worden. Die Mauer, die auch durch die geteilten Städte Qamişlo/Nisêbîn (Nusaybin), Derbesîyê/Dirbêsî (Şenyurt) und Serê Kaniyê (Ceylanpinar) führt, wurde von der Türkei völkerrechtswidrig auf syrischem Territorium errichtet.

Die Delegation besucht das Dorf Ain Diwar im Dreiländereck Türkei/Syrien/Irak. Dort hat die Türkei den Tigris umgeleitet und die Mauer direkt am Flussufer gebaut. Die Ruine der alten römischen Brücke, das Wahrzeichen von Dêrik und Teil des Logos vom Städtepartnerschaftsverein, steht nun unter Wasser und ist dem Verfall preisgegeben. Einst konnte man sie besichtigen, heute ist sie unerreichbar. Die an die Mauer angrenzenden Felder können nicht bewirtschaftet werden, weil die türkischen Soldaten die Bäuer*innen durch Beschuss daran hindern. Kinder können nicht mehr am Fluss spielen oder angeln. Auch eine Form der Landnahme durch die Türkei. Die Bürgermeisterin erzählt, dass ihr Vater von den Türken erschossen wurde, weil er sich geweigert hatte, für die Türkei zu spionieren. Sie selbst war damals zwei Monate alt.

Jinwar – ein Dorf von Frauen für Frauen

»Jinwar« ist der kurdische Name für »Ort der Frauen«. Er ist einzigartig in der Region. Jinwar knüpft an traditionelle ökologische Produktions- und Lebensformen in der Region des Fruchtbaren Halbmondes an. In dem Dorf sollen Frauen, die durch Krieg und Gewalt Leid erfahren haben, genauso ein Zuhause finden wie Frauen, die sich für andere Lebenswege jenseits der traditionellen Familie entscheiden. Die

Delegationsteilnehmer*innen konnten das fast fertige, idyllische Dorf im Oktober besichtigen. Am 8. März 2017, dem internationalen Frauentag, war die Grundsteinlegung erfolgt. Seitdem haben die Gründerinnen mit Unterstützung der Frauen aus den Nachbardörfern ein Dorf aus Lehmhäusern gebaut. Lehm isoliert im Winter gegen Kälte und im Sommer gegen Wärme. Die Herstellung von Lehmziegeln war seit jeher die Aufgabe von Frauen. Diese traditionelle Bauweise wird durch solche Projekte wieder zum Leben erweckt. Fünfzig Gebäude sollen insgesamt gebaut werden. Mittlerweile sind schon einige Häuser bewohnt. Eine arabische Frau mit sieben Kindern aus asch-Schaddadi, eine Frau aus Kobanê mit ihren Kindern sowie mehrere Frauen, die ihre Männer im Kampf gegen den IS verloren haben, leben nun hier. Am 25. November wurde das Frauendorf offiziell eröffnet.

Das Dorf verfügt über ein großes Gemeinschaftshaus, die Akademie mit Räumen für Schulungen und eine Bibliothek. Es gibt ein naturheilkundliches Krankenhaus und eine Schule. Jede Klasse hat ein eigenes, farbig gestrichenes Gebäude. Es sieht aus wie ein Miniaturdorf, man kann sich vorstellen, dass die Kinder hier gern zur Schule gehen. Der Unterricht findet in Kurdisch und Arabisch statt. Auch Tiere gibt es in dem Dorf. Es gibt Stallungen für Schafe und Hühner. Für die Landwirtschaft stehen zwanzig Hektar Fläche zur Verfügung. Obst- und Olivenbäume wurden schon angepflanzt. Nun sollen auch Gemüsebeete, Wein und Kräuter angebaut werden. Ebenso ist ein Garten mit Heilkräutern geplant.

Resümee

Abschließend zieht die Delegation ein positives Resümee. Entgegen der Negativ- oder Falschberichterstattung in vielen deutschen Medien haben die Delegationsteilnehmer*innen festgestellt, dass die Selbstverwaltung unter den schwierigen Bedingungen auf kommunaler Ebene erstaunlich gut funktioniert. Das Rathaus von Dêrik ist ein offenes, bürgernahes Rathaus und in diesem Rathaus werden die kommunalen Angelegenheiten vom Stadtparlament lebhaft diskutiert und die Bürgermeister*innen müssen die Beschlüsse dieses Stadtparlaments ausführen. Die Opposition wird nicht unterdrückt oder ausgegrenzt, sondern dazu eingeladen, sich am Aufbau von demokratischen Strukturen zu beteiligen. Dies wird außer von der Barzanî-nahen Partei PDK-S (Demokratische Partei Kurdistans – Syrien) auch wahrgenommen. Einzig die Einbindung der Christ*innen läuft schleppend, d. h. sie halten sich in den Gremien bis auf eine kleine Gruppe sehr stark zurück. Dies liegt offensichtlich daran, dass die Kirchen unter ihren Bischöfen immer noch das Assad-Regime als ihren zentralen Ansprechpartner sehen. Die Selbstverwaltung gäbe ihnen Möglichkeiten zur unmittelbaren Beteiligung und vor allem in kultureller Hinsicht ganz neue Entfaltungsmöglichkeiten, die ihnen das Assad-Regime nie zugebilligt hat. Aber sie fürchten die Rache des Regimes, falls es zurückkehren sollte. Außerdem haben sie Angst, dass das neue Schulsystem der Föderation, mit der starken Förderung von Unterricht in den jeweiligen Muttersprachen Kurdisch, Arabisch und Aramäisch, außerhalb des Gebietes der Demokratischen Föderation Nordsyrien nicht anerkannt wird und deshalb auch Schulabschlüsse außerhalb nicht anerkannt werden. ♦



Gesundheitsstation im Frauendorf Jinwar. Fotos E. D.

Eine Geschichte über das Todesfasten im Gefängnis Diyarbakır

Das Leben zu lieben bis zum Tod

Fuat Kav, Aktivist, Journalist, Autor und Schriftsteller

*Gefängnisse spielen eine prägende Rolle in der Geschichte der Arbeiter*innenpartei Kurdistan (PKK). Kurz nach deren Gründung 1978 wurden im Zuge des Militärputsches 1980 in der Türkei tausende kurdische und türkische linke Revolutionär*innen inhaftiert, weshalb viele der existierenden Gruppen ihre Strukturen verloren. Unter den während des Militärputsches gefangen Genommenen waren Gründungsmitglieder der PKK. Einer von ihnen war Mazlum Doğan, der mit einer Aktion den Widerstand in den Gefängnissen eröffnete. An Newroz 1982 entzündete er drei Streichhölzer, legte sie auf den Tisch in seiner Zelle und nahm sich das Leben. Er hinterließ die Nachricht »Aufgeben ist Betrug, der Widerstand bringt den Sieg«. Mit den inhumanen Verhältnissen des Foltersystems im Gefängnis von Amed (Diyarbakır), wo die Insass*innen entsetzlichen Misshandlungen wie sexualisierter Gewalt, Vergewaltigung, Psychoterror, Prügel, Elektroschocks und dem Zwang ausgesetzt waren, Hundeexkremente zu essen, versuchte der Staat alle Überzeugungen von den Idealen, Träumen und Utopien der Gefangenen zu brechen. Doch der Widerstand im Gefängnis von Amed zog große Unterstützung nach sich und löste die endgültige Entscheidung der PKK aus, am 15. August 1984 den bewaffneten Kampf gegen den Staat aufzunehmen. Vier Gefangene folgten Mazlum Doğans Aktion: Ferhat Kurtay, Eşref Anyık, Necmi Önen und Mahmut Zengin zündeten sich aus Protest selbst an. Eine weitere Person, die im Gefängniswiderstand herausstach, war eine der weiblichen Mitbegründer*innen der PKK, Sakine Cansız, die von ihren Genoss*innen als »der Geist des Widerstandes im Amed-Gefängnis« beschrieben wurde und die zusammen mit Fidan Doğan und Leyla Şaylemez am 9. Januar 2013 in Paris ermordet wurde. Aus Angst vor den Auswirkungen des Todesfastens der Gefangenen, die die Wärter*innen, Gerichte und die Gesellschaft über die Gefängnismauern hinaus durch ihre politische Verteidigung vor Gericht und die Bildungsaktivitäten in den Zellen politisierten, griff der Staat zu drastischen Maßnahmen, um die Bedeutung der Aktionen herunterzuspielen.*

Kemal Pir, der Protagonist des folgenden Textes, war ein türkischer Revolutionär aus der Schwarzmeerregion, einer der Mitbegründer der PKK. Unter der Führung der zentralen PKK-Mitglieder Kemal Pir, Hayri Durmuş, Akif Yılmaz und Ali Çiçek wurde am 14. Juli 1982 der Beginn des Todesfastens ausgerufen, um gegen die Verhältnisse im Gefängnis zu protestieren. Alle vier starben im Todesfasten, Pir im Alter von zwanzig Jahren am 55. Tag, nachdem er sein Augenlicht verloren hatte. Bis zum heutigen Tag wird er als Verkörperung des radikalen und internationalistischen Geistes der Bewegung und als Brücke zwischen den Kämpfen türkischer und kurdischer Menschen geehrt.

Der Autor der folgenden Geschichte, Fuat Kav, ist ein kurdischer politischer Aktivist und Autor. Er verbrachte 20 Jahre in türkischen Gefängnissen, davon 8 Jahre im berüchtigten Gefängnis von Amed. Er beteiligte sich am Widerstand und erfuhr dort unfassbare Formen der Grausamkeit. Sein lebendiges Gedächtnis ist eine der wenigen Quellen der verschwiegenen Geschichten, die sich hinter den Mauern türkischer Gefängnisse abspielten. Bis zum heutigen Tag wurden die Verbrechen an der Menschheit im Gefängnis Amed nicht zureichend untersucht oder offengelegt. Die Memoiren Fuat Kavs aus dem Gefängnis beruhen auf wahren Gegebenheiten und Unterhaltungen, ausgedrückt in literarischer Form wie in seiner Novelle »Mavi Ring«. Fuat Kav lebt heute im Exil in Europa. Er bereichert weiterhin das politische kurdische Leben mit seinen Kommentaren und mit seiner Weisheit als Journalist und Schriftsteller.

Kemal war eine Legende

Wie ein Ritter, der um sein Leben kämpft, setzte er seinen Widerstand gegen den Tod fort. Er hielt Moment für Moment stand, Zelle für Zelle. Auf seiner Türschwelle stand aber schon der Tod, er hatte das Ende seines physischen Lebens erreicht. »Ich muss der Erste sein, der stirbt. Ich muss der Erste sein, der seine Augen schließt«, sagte er in den ersten Tagen des Todesfastens. Er hielt sich daran. Doch nun war er umgeben von Dunkelheit. Ab einem bestimmten Punkt konnte er nur noch träumen. Von der Welt, den Sternen, der Sonne, dem Mond und dem Licht. Denn seine Augen hatten ihr Licht verloren. Das Lächeln in seinen



feurigen Augen, das seine Freund*innen aufgeheitert hatte, existierte nicht mehr.

»Meine Augen sehen nicht mehr. Alles ist dunkel … Wow! So ist die Welt der Blinden! Nun verstehe ich, wie grausam das Leben für sie sein muss«, sagte er eines Nachts plötzlich zu Hayri. Der sammelte all seine Kraft und fragte: »Kannst du gar nichts mehr sehen, Kamin?« »Nein, nichts. Vollkommene Dunkelheit … Aber das ist nicht wichtig. Meine Tage sind sowieso gezählt. Ich will nicht, dass die Wärter*innen etwas mitbekommen. Sonst benutzen sie es gegen mich.« »Rede nicht so, Kemal. Wer weiß schon, wer zuerst gehen wird?« »Nein, ich muss der Erste sein, der stirbt. Mach dir keine Sorgen.« »Ich kann den Tod eines weiteren Freundes nicht ertragen, Kemal. So wie deine sind auch meine Tränen aus Blut. Dass Mazlum vor uns starb, dass unsere Freunde ihr Leben gaben, all dies hat Spuren in mir hinterlassen. Und jetzt …« »Ich verstehe dich. Wir sind zusammen durch unfassbar schmerzvolle Tage gegangen. Mir ist die Verantwortung sehr bewusst. Dennoch sage ich, dass ich der Erste sein muss, der stirbt. Bitte verstehe mich, okay?« Nur durch einen Themenwechsel würde Hayri das Gespräch über Kemals unerträglichen Wunsch beenden können. Er versuchte es mit einer zusammenhanglosen Frage: »Kennt irgendjemand das Lied ›Ağlama yar ağlama/mavi yazma bağlama‹? Es ist ein wundervolles Lied. Ich könnte es immer hören, dieses wunderschöne Lied, das den Schmerz, die Einsamkeit und die Sehnsucht nach der eigenen Mutter ausdrückt. Es wäre so toll, wenn es jemand singen würde. Ist hier denn niemand, der es singen kann?«

Ich bin Kemal Pir. Ich will nicht angeben, aber ich habe meine Augen an den Ufern des Schwarzen Meeres geöffnet. Mit den Werten dieser Region habe ich über das Leben in der reinsten, stichhaltigsten Form unter den aufrichtigsten Menschen gelernt, die zwischen wahrer Freundschaft und Feindschaft unterscheiden können.

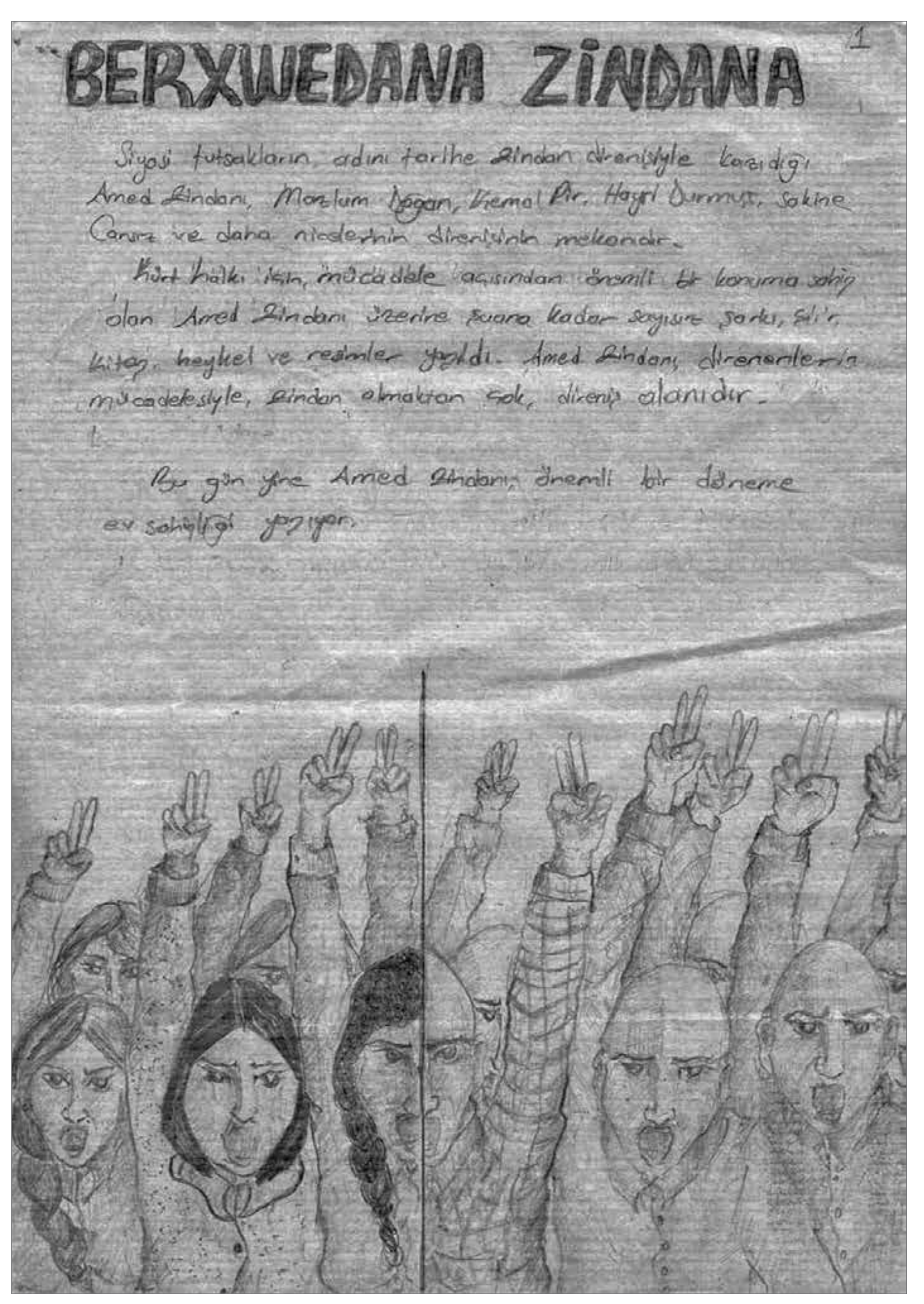
Obwohl niemand da war, der das Lied singen konnte, musste es gesungen werden. Es war Hayris Wunsch. Aber niemand war talentiert genug. Es war, als hätten sich ausgerechnet nur diejenigen dem Todesfasten angeschlossen, die nicht singen konnten! Die einzige Person unter ihnen, die Lieder auswendig kannte, war Mustafa Karasu. Aber er kannte nur ein oder zwei Lieder. Weil es sich Hayri aber so sehr wünschte, versuchte er sein Bestes, seine Erinnerungsfetzen zusammenzusetzen. Eigentlich haben sogar alle das Lied an einem ihrer freien Abende gemeinsam gesungen gehabt, aber niemand konnte sich an den kompletten Text erinnern. Was also nun? Karasu war der Retter in der Not: »Na gut, lasst es uns alle zusammen versuchen«, sagte er. »Wenn wir im Chor singen, wird es klappen.« Gemeinsam sangen sie sogar das ganze Lied! Wenn jemand fragen würde, »wie« sie sangen, dann wäre die Antwort wohl »schrecklich«. Nach dem Lied verzichtete Karasu auf Kritik und sagte: »Die Hauptsache ist, dass wir gesungen haben, auch wenn das Lied nicht wiederzuerkennen war. Egal! Wir haben gesungen!« Hayri applaudierte dem Chor. »Ich habe mitgesungen«, sagte er. »Karasu, ich habe auch gesungen. Denk bloß nicht, du wärest der Einzige gewesen«, fuhr Kemal dazwischen. »Ich weiß nicht, Kemal. Um ehrlich zu sein, habe ich eure Stimmen gar nicht gehört. Ich habe keine Anzeichen eures Singens wahrgenommen.« »Auf was für Anzeichen hast du denn gewartet?« »Na, auf ein anständiges. Alle anderen Freunde, die gesungen haben, habe ich wahrgenommen, aber bei euch bin ich mir nicht sicher.« »Wenn du es nicht gehört hast, dann hat das etwas mit dir zu tun. Ich werde

es nicht hinnehmen, dass du meine Hingabe abstreitest.« »Na gut. Dieses Mal werde ich genauer zuhören.« »Kennst du das Lied ›Eşkıya dünyaya hükümdar olmaz‹ *[The bandit cannot rule the world]*, Karasu?« »Nein, beziehungsweise kann ich mich nicht an den ganzen Text erinnern. Aber ich bin mir sicher, dass wir es im Chor singen können.« »Okay, dann lasst es uns singen. Auch ich werde singen, sag mir nur nicht, du hättest wieder kein ›Anzeichen‹ vernommen, ja?« »Ist ja gut. Ich werde jetzt richtig zuhören. Mal sehen.« Der »Chor« hat so gesungen, wie Kemal es sich vorgestellt hatte. Während des Refrains wurde Kemals unverwechselbare Stimme lauter. Er hatte die tiefste von allen und weil er so laut sang, hörte es sich fantastisch an. Seine prächtige, tiefe Stimme hallte in der Zelle wider. Es war Karasu unmöglich, sie nicht zu bemerken. »Hast du die Anzeichen dieses Mal vernommen, Karasu?«, fragte Kemal nach dem Lied. »Ja, das habe ich. Ein großes sogar, lieber Kemal. Vielleicht akzeptieren wir dich nun in unserem Chor, ha!« Er war wirklich beeindruckt von Kemals Stimme. »Du hast ›vielleicht‹ gesagt, habe ich das richtig gehört?« »Nein, nein. Nicht ›vielleicht‹. Ich berichtige mich. Wir akzeptieren dich.« »Na gut, Karasu. Ich muss mich ein wenig ausruhen.« »Ruh dich aus, Kemal. Ich werde es auch tun. Wir haben nicht darüber geredet, welcher Tag heute ist, wo wir sind, wo wir hingegangen sind, was wir auf unserer Reise gesehen haben und ob wir heute gegen Faschist*innen gekämpft haben, Genosse Kemal.« »Stimmt! Heute ist der 47. Tag unserer Aktion. Das heißt, wir sind in Mêrdin. Ich muss gestehen, dass ich Mêrdin wirklich sehr liebe, eine der dynamischsten, historischsten und multikulturellsten Städte Kurdistans, ein wahrhaft farbenfrohes Mosaik aus Menschen. Heute habe ich ihre historischen Stätten besucht, bin hoch zur Festung gegangen und habe fasziniert ihre Architektur untersucht. Leider konnte ich keine Faschist*innen finden, denn in Mêrdin gibt es keine. Aber ich muss zugeben, dass ich mit einigen Sozialchauvinist*innen diskutiert habe.« »Ich lief einfach still durch die Gegend. Wurde ich müde, ging ich zur Festung hinauf. Dort verkauften mir die Kinder etwas Wasser. Für einen Moment konnte ich nicht anders, als an all die Eroberer zu denken, die diese Stadt im Verlauf der Geschichte eingenommen haben. Als ich über all die Tyrannen, Despoten und die Scharfrichter nachdachte, die die Stadt mehrere Male niedergebrannt und zerstört haben müssen, kamen mir die heutigen Unterdrücker in den Sinn. Unterscheiden sie sich von den früheren? Kemal, hörst du mir zu ...?«

Kemal war eingeschlafen. Er wanderte tief in den unvorstellbarsten Räumen. Seine Schwäche, begründet in seinem Hunger, in Durst und Erschöpfung, führte ihn dorthin. Sein Körper konnte die Situation nicht verkraften. Er hatte sein Augenlicht und seine Energie verloren. Sein Bewusstsein kam und ging. Weil seine Augen blind waren, zündete er oft die Filterseite seiner Zigarette an. Manchmal wurde er ganz still, aber meistens sprach er. Er sprach ohne Pause. Die Versuche der Ärzt*innen und der Wächter*innen, die Gefangenen zur Aufgabe zu bringen, brachten ihn zur Weißglut; er schrie, manchmal fluchte er sogar. Der Gefängnisarzt Orhan Özcanlı versuchte Kemal mit aller Kraft davon zu überzeugen, die Aktion zu beenden.

»Passen Sie auf, Kemal. Sie sterben, der Tod kommt Ihnen Schritt für Schritt näher. Denken Sie nur daran, Ihr Leben neigt sich dem Ende zu. Sie sind kurz davor, diese Welt zu verlassen. Geben Sie diese Sache auf. Das führt doch zu nichts ...« »Doktor, sehen Sie mich ganz genau an und hören Sie mir gut zu! Meißeln Sie sich meine Worte in den Schädel. Ich habe diese Sache ganz bewusst begonnen. Ich weiß, dass mich der Tod am Ende dieses Weges erwartet. Ich bin am Ende dieses Weges angekommen. Ich kann die Anwesenheit des Todes und seiner Henker spüren. Ich höre ihren Atem.« »Das Leben ist schön, Kemal. Sie sollten das Leben lieben. Obwohl Menschen sterblich sind, wollen sie in dieser Welt leben und deshalb fürchten sie den Tod. Es ist also eine Lüge zu behaupten, Sie hätten keine Angst vor dem Tod. Selbst die Tapfersten und Mutigsten erzittern vor ihm. Und weil auch Sie ein Mensch sind, lebt diese Angst gewiss auch in Ihnen. Noch kann ich Sie retten, selbst in Ihrer Verfassung ...« »Was glauben Sie, wer ich bin, Doktor? Sie haben es noch immer nicht geschafft, mich kennenzulernen? Ich bin Kemal Pir. Ich will nicht angeben, aber ich habe meine Augen an den Ufern des Schwarzen Meeres geöffnet. Mit den Werten dieser Region habe ich über das Leben in der reinsten, stichhaltigsten Form unter den aufrichtigsten Menschen gelernt, die zwischen wahrer Freundschaft und Feindschaft unterscheiden können. Ich bin Kemal Pir, der bis zum heutigen Tag Menschen aus 72 Nationen Anatoliens getroffen und sein Leben der Freiheit der kurdischen Menschen gewidmet hat. Habe ich mich klar genug ausgedrückt?« »Ja, das haben Sie, aber ...«

»Es gibt kein ›aber‹ in dieser Angelegenheit, Doktor. Ich habe mich Ihnen so vorgestellt, wie ich bin, ohne Übertreibungen oder Lügen, auf eine ehrliche Art und Weise, in einer schlichten Sprache. Wenn Sie nun immer noch ›aber‹ sagen, dann ist das Ihr Problem.« »Aber das Leben verläuft anders, Kemal. Wie auch immer Sie sich beschreiben, niemand kann sich vor den immer gleichen Gedanken im Angesicht des Todes verbergen. Die Angst vor dem Tod ist ein furchterregendes Gefühl. Es erzeugt ein Erdbeben an Emotionen, das dich in jedwede Gestalt oder Form bringen kann. Dieses Erdbeben nimmt dir womöglich deine Menschlichkeit.« »Endlich bringen Sie etwas Wahres über ihre Lippen.« »Was soll das bedeuten?« »Ist es denn nicht verständlich?« »Ich spreche vom Leben und der Angst. Ich behaupte, dass jeder Mensch im Angesicht des Todes gleich reagiert. Jeder fürchtet ihn. Wer auch immer auf den Tod trifft, zittert, als habe er Fieber. Selbst wenn diese Person Kemal Pir ist.« »Sehen Sie, Doktor. Ich bin mir der Bedeutung



Der Widerstand in den Gefängnissen

»Das Gefängnis von Amed, das die politischen Gefangenen mit ihrem Gefängniswiderstand geprägt haben, ist der Widerstandsort von Mazlum Doğan, Kemal Pir, Hayri Durmuş, Sakine Cansız und weiteren wertvollen Personen.

Über das Gefängnis von Amed, dass eine wichtige Rolle für den Kampf der kurdischen Gesellschaft spielt, wurden unzählige Lieder, Gedichte und Bücher geschrieben sowie Bilder gemalt. Das Amed-Gefängnis ist mit der Widerstandsgeschichte der Kämpfenden mehr ein Ort des Widerstands als ein Gefängnis.

Heute ist das Amed Gefängnis erneut Heimat einer wichtigen Phase.«

In Solidarität mit der in Amed inhaftierten HDP-Abgeordneten Leyla Güven malte Zehra Doğan mehrere Bilder über den Gefängniswiderstand. Die Bilder wurden am 35. Hungerstreiktag von Leyla Güven veröffentlicht. Zehra Doğan ist Journalistin, Künstlerin und Gründungsmitglied der Frauen-Nachrichtenagentur JINHA, bei der sie als Redakteurin arbeitete. JINHA wurde per Dekret im Oktober 2016 vom Erdoğan-Regime geschlossen. Am 24. März 2017 wurde Zehra Doğan zu 2 Jahren, 9 Monaten und 22 Tagen Gefängnis verurteilt.

des Lebens und des Todes durchaus bewusst. Ich weiß ganz genau, wer Angst vor dem Tod hat und wer vor ihm zittert, wenn er auf ihn trifft. Ich weiß auch, dass unser Leben endlich ist, und ich kenne die Idee des Himmels und der Hölle im Jenseits. Für Sie und Ihresgleichen sind solche Sachen fremd. Sie verstehen es nicht und wenn doch, dann verhalten Sie sich so, als würden sie es nicht verstehen. Soll ich Ihnen noch etwas sagen, Doktor?« »Bitte.« »Ich liebe das Leben so sehr, dass ich bereit bin, dafür zu sterben. Sehen Sie, Sie können es bezeugen. Sie werden es mit eigenen Augen sehen, wie ich um des Lebens willen sterben werde, wie ich mein Leben gebe, ohne zu blinzeln, wie ich mich an das Leben klammere durch den Tod ...«

»Sie werden umsonst sterben, Kemal, für nichts. Sie werden durch den Tod nichts erreichen. Sie müssen leben, um die Ziele erreichen zu können, welche Sie auch immer haben. Ansonsten wird niemand Ihren Weg einschlagen. Es ist eine vorübergehende, unnütze Fantasie zu träumen, man sei ein ›Held‹. Ich finde es weder richtig noch bedeutsam. Ob Menschen nach ihrem Tod zu Helden werden, welche Statuen in ihrem Namen errichtet, Bücher geschrieben oder Filme produziert wurden, hat keine Bedeutung für mich. Wenn Sie tot sind, sind Sie tot.« »Sie glauben ohnehin an nichts. Sie sind eine Person ohne Sinn, die nicht über die Zukunft nachdenkt. Jemand, der das Leben ablehnt, der den Kindern der Zukunft nichts zu bieten hat. Das ist der Grund, warum Sie alles anhand ihrer gegenwärtigen Relevanz und der materiellen Welt betrachten. Sie denken, dass das Vergangene vergangen ist und dass sich nur diejenigen mit der Zukunft auseinanderzusetzen brauchen, die sie auch erleben werden. ›Lebe, denke und gestalte die Gegenwart.‹ Deshalb können Sie Heldentum und Mut nicht verstehen.« »Ich bin mir immer noch sicher, dass nicht eine einzige Person in der Zukunft nach Ih-

nen fragen, Ihre Statue errichten, Bücher über Sie schreiben oder Filme über Sie drehen wird. Niemand wird an Sie denken und sagen ›Es war einmal ein mutiger Mann vom Schwarzen Meer, der sein Leben für uns im Todesfasten gab‹. Eine winzige Gruppe wird vielleicht Ihren Namen feiern, um Zeit totzuschlagen, aber Sie werden niemals ein Held sein, der irgendetwas zu irgendeiner Nation beigetragen oder etwas für irgendwelche Menschen beigetragen hat. Merke Dir meine Worte, Kemal.« »Warum erwähnen Sie immer wieder das Heldentum oder das Vermächtnis meines Namens? Kann ein Mensch nicht einfach seine sozialen und historischen Pflichten erfüllen? Warum brauchen Sie etwas als Gegenleistung?« »Wir reden über ein sehr ernstes Thema, über den Tod, Kemal. Natürlich sollte es eine Gegenleistung geben. Sie sterben, also sterben Sie wenigstens als Held. Wenigstens Ihr Name sollte erinnert, Bücher in Ihrem Namen sollten geschrieben werden.« »Die Dinge, die Sie erwähnen, solche Titel sollten nicht so viel bedeuten. Was zählt, sind die Pflicht und die Verantwortung. Zu denken, es sollte eine Belohnung für alles geben, ist bizarr. Es ist der Ausdruck eines inneren Zustands des Selbstverlustes und der Entfremdung von der eigenen Realität, der Seele und der Staatsräson.«



14. Juli Gedenkveranstaltung in Mexmûr. Foto: kr

»Ich beharre auf der Frage, wofür genau Sie sterben? Für ein leeres Ziel. Sie werden ganz umsonst sterben, ein verschwendetes Leben. Ich kenne den Staat sehr gut und deshalb sage ich Ihnen, dass er sich nicht an Sie richten wird. Selbst wenn Sie alle sterben werden, selbst wenn jeder Einzelne von Ihnen diesen Ort in einem Sarg verlässt, wird unser großartiger Staat Sie nicht ernst nehmen. Merken Sie sich das.« »Wir haben schon so lange über solch unerträgliche Dinge diskutiert. Aber Sie bleiben zäh und dickköpfig. Sie sind kein Arzt, wahrscheinlich haben Sie nicht einmal die medizinische Fakultät besucht. Sie könnten eher Schlachter, Henker, ein Mörder oder ein Monster sein. Es ist unmöglich, dass Sie ein Arzt sind.« »Sie beleidigen mich, Kemal. Wir diskutieren, wir reden miteinander und manchmal streiten wir uns. Aber beleidigen sollten wir uns niemals.« »All Ihre Worte sind beleidigend. Es ist unmöglich, über irgendetwas mit Ihnen zu diskutieren. Eine Person sollte wenigstens die Fähigkeit haben, wie ein menschliches Wesen zu sprechen und zu diskutieren.« »Was auch immer geschieht: Sie sollten mich nie beleidigen.« »Wenn Sie in dieser Art und Weise reden, werde ich Sie nicht nur beleidigen. Hätte ich die Kraft, würde ich Sie angreifen. Seien Sie sich dessen gewiss.« »Meine Intention war es nie, jemanden zu beleidigen und ihm Unrecht zu tun, der sich in den Händen des Todesengels befindet. Sie werden so oder so sterben. Sie befinden sich auf Ihrer letzten Reise. Sie verabschieden sich ohnehin vom Leben.« »So reden Sie mit einem Menschen, der für seine Ideale stirbt? Passt das zu einem Arzt?« »Ich kann Sie retten, Sie behandeln und Sie in ihren ursprünglichen Zustand bringen. Kehren Sie um, bevor es zu spät ist, Kemal.« »Ich sterbe für meine Ansichten. Deshalb ist mein Tod auch nicht vergeblich. Ich habe mein Leben der Menschheit gewidmet. Ich sterbe für die Menschheit. Ich bin den kurdischen Menschen verpflichtet. Das ist eine weitere ganz spezielle Dimension meines Kampfes, meines Widerstandes. Aber Sie werden es nie verstehen!« »Gut. Ich habe Ihnen meine Hilfe angeboten, ich bin frei von jeder Schuld. Selbst wenn Sie mich nun anbetteln würden: Von nun an werde ich Sie nicht mehr retten! Ich weiß ohnehin von all den Dingen, die Sie im Geheimen tun ...«

Die anderen Gefangenen, die das Gespräch mitverfolgt hatten, wollten sich einmischen, gaben die Versuche dann aber doch auf. Die Anschuldigungen des Arztes, sie würden heimlich essen, bestürzte sie. Die Unbarmherzigkeit konnten sie ertragen, aber das ging zu weit. Ob so etwas wohl auch an anderen Orten der Welt passierte? Vom Feind würde man sich zumindest ein wenig Respekt vor denjenigen erwarten, die den Tod zur Verteidigung ihrer Ideale wählen. Dies allerdings war der ultimative Schlag gegen die Menschenwürde. »Sehen Sie mich an, Doktor!« »Ja, Kemal, ich sehe Sie an. Was ist denn? Was haben Sie zu sagen?« »Meinen Sie, ich hätte heimlich gegessen? Ach, was soll´s, Sie sind sowieso eine ehrlose Person. Doktor, in ein paar Tagen werden Sie sehen, dass ich nichts gegessen habe.« »Wie auch immer, Kemal. Wenn Sie das Fasten beenden wollen, werde ich Sie ins Krankenhaus bringen. Aber vergessen Sie nicht, dass dafür eine Gegenleistung fällig wird.« »Verschwinden Sie! Ihr Scharfrichter, selbst sein Vorgesetzter und ihr Handlanger eines Generals konnten mich nicht auf die Knie zwingen. Aber Sie glauben, dass sie es könnten?! Verschwinden Sie jetzt. Ich will Sie nicht sehen!« ♦

Mesopotamisches Wasserforum im April 2019

Wasser bedeutet Frieden, nicht Krieg

Ercan Ayboğa, Ökologiebewegung Mesopotamiens (MEM)

Vom 5. bis zum 7. April 2019 wird im südkurdischen Silêmanî (Sulaimaniya) erstmalig das Mesopotamische Wasserforum (MWF) stattfinden. Eine Vielzahl zivilgesellschaftlicher Organisationen aus allen vier Teilen Kurdistans, dem Irak als auch Syrien, dem Iran und der Türkei, die seit längerem zum Thema Wasser arbeiten, insbesondere zu Flüssen und gegen zerstörerische Talsperren, bereitet es vor.

Das Mesopotamische Wasserforum wird nicht nur das erste regionale, sondern generell das erste Treffen zivilgesellschaftlicher Organisationen aus allen vier Staaten zum Thema sein. In den vergangenen Jahren fanden im Mittleren Osten zweifellos eine Reihe von Foren und Konferenzen mit internationaler Beteiligung statt, doch das MWF wird von zivilgesellschaftlichen Organisationen aus mehreren Ländern gemeinsam aktiv organisiert. Dahinter steht insbesondere die seit 2012 bestehende Kampagne »Schützt den Tigris und die irakischen Sümpfe« (Save the Tigris and Iraqi Marshes Campaign – STC), die vor allem von Organisationen aus dem Irak, Süd- und Nordkurdistan koordiniert und von wenigen europäischen NGOs unterstützt wird. Aus Syrien und dem Iran kommen auch einige Mitglieder dieser Kampagne, doch die zuerst Genannten lassen sich im Moment noch als die treibendsten Kräfte bezeichnen. Das liegt auch an der extremen politischen Repression in den letzteren beiden Staaten.

Das MWF wird seit einigen Jahren nicht nur von der STC diskutiert. Angesichts der historischen und aktuellen Bedeutung der beiden großen Flüsse Euphrat und Tigris und der in den letzten Jahren geführten politischen Auseinandersetzung ist die Idee eines breiten Forums naheliegend. Vor allem seit dem Bau von Talsperren an Euphrat und Tigris und der großen Bewässerungssysteme im besetzten Nordkurdistan, also seit den Entwicklungen des türkischen Staates im Rahmen des Südostanatolienprojektes (GAP) ab den 1980er Jahren, wird der Zugang zum Wasser in Mesopotamien kontrovers diskutiert und immer wieder das Szenario vom »Krieg um Wasser« beschworen. Unabhängig davon, dass solche enormen Wasserinfrastrukturprojekte wegen ihrer gravierenden sozialen und ökologischen Folgen an sich abzulehnen und zudem die Wasserressourcen generell begrenzt sind, besteht das Hauptproblem darin, dass die Türkei als Staat am Oberlauf für das Wassereinzugsgebiet keine gemeinsame, ausgeglichene Planung mit den Anliegern an den Unterläufen durchgeführt hat, also dem Irak und Syrien. Genau das fordert auch eine UN-Konvention von 1997 zur Nutzung von internationalen, nicht schiffbaren Wasserläufen. Diese wurde jedoch von mehreren Staaten, darunter auch der Türkei, nicht unterschrieben. Über die eigenen Beschlüsse und Entscheidungen hat die Türkei Syrien und den Irak quasi nur informiert. Beiden Staaten bot sie darüber hinaus bilaterale und international nicht verbindliche Abkommen an, von denen eines 1987 mit Syrien zustande kam.

Der Irak versucht bis heute, Syrien versuchte es bis 2011, mit der Türkei einen umfangreichen, auch für sich selbst akzeptablen Vertrag über die Nutzung von Euphrat und Tigris zu erreichen – bisher jedoch vergebens. Denn der türkische Staat benutzt die Talsperren und Stauseen als strategisches Mittel für politische Ziele. Das war schon 1998 der Fall, als er Syrien mit Krieg und dem Abgraben des Euphratwassers drohte und dies nur dadurch abgewendet wurde, dass Abdullah Öcalan, der Vorsitzende der PKK (Arbeiterpartei Kurdistan), Syrien verließ. Die Türkei hielt sich bis vor kurzem an das Abkommen von 1987. Nachdem die Terrororganisation des sogenannten Islamischen Staates (IS) durch die Demokratischen Kräfte Syriens (QSD) und die dahinterstehenden revolutionären Kräfte aus Nordsyrien vertrieben wurde, wird der Wasserdurchfluss im Euphrat nach Syrien jedoch seit Anfang 2016 erheblich gedrosselt.

Der Iran macht es der Türkei in den letzten Jahren nach. Zwar sind die Nebenflüsse des Tigris aus dem Iran (genauer gesagt aus Ostkurdistan) in den Irak an sich kleiner, aber in der Summe bedeutend für den Irak. Seit dem Sturz des Saddam-Hussein-Regimes proklamiert der Iran angeblich freundschaft-

liche Beziehungen zum ebenfalls »schiitischen« Irak, doch er schneidet den Flusswasserdurchfluss durch Talsperren brutal ab. Im Irak sind die Zuflüsse außerordentlich wichtig – sowohl für die Trinkwasserversorgung der meisten Städte als auch für fast die gesamte Landwirtschaft. Und das seit rund 5000 Jahren, weshalb der Irak und Syrien ihre Ansprüche auch historisch begründen. Auf dem Territorium des türkischen und des iranischen Staates (inklusive Südkurdistan) wurde Wasser aus den Flüssen Obermesopotamiens nur begrenzt – drei Prozent des Gesamtdurchflusses – für die Landwirtschaft entnommen.

Das Problem des Irak liegt einerseits in einem schwachen und chaotischen politischen System, welches sich ständig im Bürgerkrieg befindet. Die Regierungen aus mehreren Parteien sind zerstritten und besonders außenpolitisch schwach, weshalb sie international kaum etwas gegen die Türkei und den Iran unternehmen können und wollen. Auf der anderen Seite ist die Zivilgesellschaft schwach organisiert und wird politisch oft von den Parteien kontrolliert. Zuletzt begann erst die STC, die irakische Regierung nennenswert herauszufordern. Das wurde in der irakischen Öffentlichkeit teilweise auch wahrgenommen.

Wasser bildet die Lebensgrundlage für alle Lebenswesen und ist, anders als so vieles, nicht produzierbar – eben einfach unverzichtbar für das Leben. So betrachten wir Wasser als ein Medium für Frieden, gegenseitiges Verstehen und Respekt. Des Wassers besonderer Stellenwert soll Menschen und Verwaltungen dazu bringen zu teilen und nicht zu herrschen.

Kernproblem des gesamten Mittleren Ostens ist der Umstand, dass sich nur diktatorische bis hin zu offen faschistischen Nationalstaaten finden, die keinerlei Interesse an einer halbwegs friedlichen und ausgeglichenen Situation haben – das wirkt sich folglich auch auf den Zustand der Flüsse aus. Das ist seit vielen Jahrzehnten so, doch mit dem Syrienkrieg ab 2011 hat sich die Lage verschärft. Mit der Ausweitung des Krieges auf den Irak wurde die Wasserinfrastruktur auch von nichtstaatlichen bewaffneten Organisationen, besonders vom IS, als Waffe eingesetzt. In Mittel- und Untermesopotamien, einer Region mit wenig Niederschlag, sind die Flüsse so überlebenswichtig, dass das Zurückhalten von Wasser über Leben und Tod entscheiden kann.

Auch in Nord- und Ostkurdistan haben die Talsperren katastrophale Folgen. Hunderttausende Menschen wurden bereits vertrieben, hunderte historische Orte überflutet, ein universelles kulturelles Erbe und ökologisch einzigartige Flusslandschaften zerstört. Das bekannteste Beispiel ist Heskîf (Hasankeyf), das vom Mega-Staudamm Ilısu bedroht ist. Ilısu steht auch für die Verknüpfung zivilgesellschaftlicher Organisationen aus Nordkurdistan und dem Irak zum gemeinsamen Aufbau der STC. Die Kampagne widmet sich neben Heskîf hauptsächlich den im Süden des Irak liegenden und vom Ilısu-Damm bedrohten Mesopotamischen Sümpfen, – noch – die größten Feuchtgebiete des Mittleren Ostens.

Unter den Organisatoren des Forums findet sich auch die in Nordkurdistan aktive Ökologiebewegung Mesopotamiens (www.mezopotamyaekoloji.org), die Mesopotamien als Ganzes versteht und die Rechte aller Menschen und Lebewesen als gleichwertig. Mit dieser Mission organisiert sie das MWF mit.

Das MWF will nicht nur den Zustand der Gewässer und die Wasserpolitik der Nationalstaaten analysieren und kritisieren. Es geht vor allem darum, dass sich die Zivilgesellschaft über Nationalismus, religiösen Extremismus und Ausgrenzung hinwegsetzt und zusammenkommt. Diese Zusammenkunft wird die erste dieser Art sein und soll einen langfristigen Effekt haben. So soll Solidarität über Staatsgrenzen hinweg gestärkt werden – Wasser kann erheblich dazu beitragen. Dabei sollen nicht nur die negativen Auswirkungen von Talsperren und neuen, überdimensionierten Bewässerungsprojekten thematisiert, sondern auch Alternativen erarbeitet werden; und zwar alternative Lösungen zur Deckung des Wasser- und Energiebedarfs. Dieser Bedarf muss durch die Gesellschaft an der Basis definiert und nicht durch Staatsregierungen oder Konzerne vorgegeben werden, denn nur so wird einer Verfälschung vorgebeugt. Hierzu werden demokratische Entscheidungsprozesse benötigt. Deshalb sollen auch Vertreter von Kommunal- und Regionalverwaltungen (aus allen vier Staaten) eingeladen und von den neuen Ansätzen überzeugt werden. Sie sind näher an der Bevölkerung und in der Regel nicht so sehr korrumpiert.

Ein weiterer wichtiger Punkt, der herausgearbeitet werden soll, ist der Friedensaspekt des Wassers. Denn Wasser bildet die Lebensgrundlage für alle Lebenswesen und ist, anders als so vieles, nicht produzierbar – eben einfach unverzichtbar für das Leben. So betrachten wir Wasser als ein Medium für Frieden, gegenseitiges Verstehen und Respekt. Des Wassers besonderer Stellenwert soll Menschen und Verwaltungen dazu bringen zu teilen und nicht zu herrschen. Gerade im Mittleren Osten mit seinen vielen Kriegen muss Wasser zum Frieden führen ... ♦

Deutschlands eigene Interessen am PKK-Verbot

Repressionshandel und deutsche Rechtstraditionen

Peer Stolle, Vorsitzender des Republikanischen Anwältinnen- und Anwältevereins e.V.

Peer Stolle, Vorsitzender des RAV (Republikanischer Anwältinnen- und Anwältevereins e.V.), im Gespräch mit dem Journalisten Fehmi Katar (Yeni Özgür Politika) auf der Azadî-Konferenz zum PKK-Verbot im Oktober 2018.

Die erste Frage bezieht sich auf das Verbot der kurdischen Partei PKK in Deutschland, das Verbot angeblich damit im Zusammenhang stehender Symbole und die Verschärfung der Verfahren gegen kurdische AktivistInnen. Warum hat die Kriminalisierung Ihrer Meinung nach zugenommen, wohin soll das führen und wie schätzen Sie die aktuelle Lage ein?

Ich glaube, Anfang 2017 erneuerte das Bundesinnenministerium das sogenannte Kennzeichen-Verbot für die PKK und legte fest, dass eine Vielzahl von Symbolen kurdischer Organisationen angeblich von der PKK benutzt werde, um das PKK-Verbot zu umgehen. Das führte dazu, dass es zu einer Vielzahl von Kriminalisierungsfällen in Deutschland kam, vorwiegend in Bezug auf Bilder von Abdullah Öcalan und auch gegen Fahnen der YPG und YPJ. Die Bundesregierung stellte zwar später klar, dass diese Symbole nicht absolut verboten seien, sondern nur, wenn sie im sogenannten PKK-Kontext benutzt werden würden. Dies führte aber dazu, dass diese Symbole auf Versammlungen verboten wurden und es auch in anderen Kontexten, wie z. B. dem Teilen der Bilder/Symbole auf sozialen Netzwerken wie Facebook oder dem Heraushängen von Bildern/Symbolen aus dem Fenster, zu Strafverfahren kam. Alle Aktionen in Bezug auf die syrisch-kurdischen Organisationen wurden kriminalisiert.

Das Problem dabei ist allerdings, dass das Einleiten der Strafverfahren eine große Rechtsunsicherheit bedient. Denn es ist nicht klar, ob jetzt davon ausgegangen werden soll, dass alle kurdischen Organisationen Teil der PKK sind, ob diese anderen Organisationen unter das PKK-Verbot fallen oder ob die Symbole anderer Organisationen in bestimmten Kontexten verboten sind. Das alles ist vollkommen ungeklärt. Diese Unklarheit ist meines Erachtens auch beabsichtigt, um den Versammlungsbehörden und den Strafverfolgungsbehörden das Kriminalisieren und Festnehmen der Menschen oder das Durchführen von Hausdurchsuchungen zu ermöglichen, auch wenn sich dann erst später klärt, dass es vielleicht in dem verwendeten Kontext gar nicht strafbar oder verboten gewesen ist. Durch diese Herangehensweise gibt es eine Handhabe, gegen Versammlungen und Solidaritätserklärungen für syrisch-kurdische Organisationen vorzugehen. Das führt bei den Menschen natürlich erst einmal zur Einschüchterung.

Meiner Einschätzung nach ist diese Herangehensweise beabsichtigt und hat zum Ziel, den Druck auf die kurdische Bewegung zu erhöhen. Dazu passt auch, dass es einen neuen Erlass gibt, durch den mittlerweile auch bestimmte Versammlungen automatisch in den PKK-Kontext gestellt werden, beispielsweise die alljährliche bundesweite Newroz-Feier, die 2018 in Hannover stattfand. Das hatte ja auch dazu geführt, dass sie zum ersten Mal verboten wurde. Zwar konnte dieser Erlass vor Gericht nicht aufrechterhalten werden, dennoch zeigt es, dass die Bundesregierung den Druck erhöhen will. Man kann das Ganze nicht nur als einen Gefallen für die Türkei oder Erdoğan betrachten, denn dahinter stecken klare deutsche Interessen. Deutschland hat ein eigenes Interesse daran, deutsche Bewegungen und Sympathie-Bekundungen für die syrisch-kurdischen Organisationen zu verbieten oder zumindest zu behindern.

Man kann also eher von einer Art Repressionshandel in Deutschland sprechen. Es werden immer mal wieder die Schrauben angezogen und die Repressionen verstärkt. Dies geschieht als Reaktion auf Forderungen aus der Türkei und direkt von Erdoğan. Deutschland verfolgt also auch ganz eigene Interessen in dieser ganzen Angelegenheit. Ich finde, die Erwägung ist offen. Es kommt nun noch darauf an, wie eine politische Auseinandersetzung geführt wird, aber auch, ob es juristische Gegenwehr gibt. Wir als Anwältinnen und Anwälte sind in vielen Verfahren aktiv und konnten auch schon eine Reihe

von Verboten wieder aufheben lassen. Es kann nicht sein, dass die Weltöffentlichkeit und auch Länder wie die USA oder gar die Internationale Koalition den syrisch-kurdischen Organisationen für den Kampf gegen den Islamischen Staat (IS) Waffen liefern, während hier in Deutschland das Zeigen der Fahnen eben dieser Organisationen verboten ist (unter dem Vorwurf des Zeigens terroristischer Symbole). Das ist ein offensichtlicher Widerspruch, der auch so thematisiert werden muss!

Sie waren auch an derartigen Verfahren beteiligt, z. B. in Bezug auf das Zeigen angeblich verbotener Fahnen. Was genau sind die Argumente der Staatsanwaltschaft?

Die Staatsanwaltschaften gehen sehr unterschiedlich damit um. Es ist regional sehr unterschiedlich. Viele Verfahren werden eingestellt, da die Staatsanwaltschaft der Meinung ist, dass bestimmte Dinge nicht strafbar oder verboten sind. Sie argumentieren, dass es wie schon vorher erwähnt auf die Nachweise ankommt, ob Fahnen/Symbole in einem PKK-Kontext verwendet worden sind oder nicht. Dennoch gibt es der Polizei erst einmal die Möglichkeit zu entscheiden, ob eine Versammlung als Sympathie-Kundgebung eingeschätzt werden kann oder ob das Zeigen der Fahnen in einem vermeintlichen PKK-Kontext stattfindet.

Wie die Staatsanwaltschaft damit umgeht, ist immer unterschiedlich. In Bayern ist die Staatsanwaltschaft z. B. sehr stark hinterher und würde gern durchsetzen, dass nahezu jedes Zeichen kurdischer Organisationen verboten wird, wenn kein reiner Bezug zu Syrien besteht. Wenn dieser reine Bezug nicht vorliegt, ist aus Sicht der bayerischen Staatsanwaltschaft automatisch ein PKK-Kontext gegeben. Dennoch möchte ich noch einmal betonen, dass es regional sehr unterschiedliche Herangehensweisen gibt.

Sie haben auch davon gesprochen, dass die YPG und YPJ gemeinsam mit Deutschland Teil der Internationalen Koalition gegen den Islamischen Staat (IS) sind. Andererseits geht der Staat in Deutschland gegen die Symbole der YPG und YPJ vor. Wie würden Sie dieses paradoxe Verhalten des deutschen Staates erklären? Was sagt die deutsche Öffentlichkeit zu dieser paradoxen Situation?

Dieser Widerspruch wird leider viel zu wenig diskutiert. Es gibt in Deutschland eine Tradition, aufgrund derer wir uns heute auch hier auf der Konferenz »25 Jahre PKK-Verbot« befinden. In Deutschland wird sehr weit gefasst, was alles als PKK-nah verstanden werden kann. Aus der Sicht des deut-



ANF



ANF

schen Staates zählen unzählige kurdische Vereine und Symbole zur PKK. Es wird behauptet, alles sei von Abdullah Öcalan und seinen Vorgaben abhängig. Deswegen gehöre alles zur PKK. Es wird nicht differenziert, wie etwa in anderen Ländern. Das ist eine alte Tradition des deutschen Staates. Die andere Tradition ist, dass linke, emanzipatorische Bewegungen in Deutschland immer als staatsfeindlich angesehen und deshalb verfolgt werden.

Die syrischen KurdInnen kämpfen für ein demokratisches, emanzipatorisches Projekt. Und dass solche Ideen jetzt hier in Deutschland Fuß fassen und verbreitet werden, liegt nicht im Interesse des deutschen Staates. Deswegen setzt sich die langjährige Tradition des deutschen Staates natürlich auch in der deutschen Politik gegenüber den syrischen KurdInnen fort.

In Deutschland gibt es zwei Arten des Umgangs mit Kurdinnen und Kurden, sowohl politisch als auch juristisch. Was sollte Ihrer Meinung nach politisch und juristisch angestrebt werden?

Ich finde gerade, dass die Ausweitung mit den syrisch-kurdischen Organisationen zeigt, wie absurd das PKK-Verbot ist. Das PKK-Verbot ist für eine politische Lösung einfach kontraproduktiv und schon längst überholt. Politisch muss endlich anerkannt werden, dass es im Mittleren Osten ein großes Problem gibt und dort ein riesiger Konflikt stattfindet, sowohl in der Türkei als auch in Syrien. Dieser Konflikt ist mit Begriffen wie Terrorismus einfach nicht mehr zu fassen, denn der türkische Staat begeht Menschenrechtsverbrechen in den kurdischen Siedlungsgebieten. Das muss auch genauso benannt werden.

Dass sich im Laufe der Zeit eine Organisation entwickelt hat, die sich dagegen wehrt, und es im Zuge dessen zu einem bewaffneten Konflikt gekommen ist, erscheint erst einmal als logischer Verlauf. Derartige Beispiele gibt es überall auf der Welt. Man kann als Reaktion nicht einfach sagen, die eine Seite (in diesem Falle der türkische Staat) ist FreundIn und die andere Seite ist TerroristIn. Stattdessen sollte darüber nachgedacht werden, wie man den Konflikt politisch lösen kann. Es ist notwendig sich anzuhören, was die Forderungen der kurdischen Bewegung sind, und zu schauen, wie man Frieden schaffen kann. Statt sich also auf die eine Seite zu stellen und die andere Seite »TerroristIn« zu nennen und sie auch so zu behandeln, sollte sich der deutsche Staat für Frieden einsetzen.

Wie wird das Thema des PKK-Verbots innerhalb der juristischen Verfahren gehandhabt? Gibt es auch StaatsanwältInnen, die das PKK-Verbot hinterfragen oder als Unrecht empfinden?

Es wird immer mal wieder von der Verteidigung thematisiert und hinterfragt, aber bei RichterInnen und den StaatsanwältInnen ist die Linie sehr klar, auch wenn es Einzelne gibt, die das individuell anders sehen. Die juristische Linie ist klar. Die RichterInnen und StaatsanwältInnen wissen, wenn ein Gericht irgendwie anders entscheiden sollte, würde die nächsthöhere Instanz das Verfahren neu aufrollen. Es ist schon vorgekommen, dass Stimmen aus der Justiz gesagt haben, man wäre in Bezug auf das PKK-Verbot anderer Meinung, aber man sei dazu gezwungen, das Gesetz umzusetzen.

Unsere Aufgabe als RechtsanwältInnen ist es, dafür zu sorgen, dass das PKK-Verbot im Gericht immer wieder hinterfragt wird, denn Recht kann sich ändern, ebenso wie die Rechtsprechung sich ändern kann. Daher ist es unsere Aufgabe, dort aktiv zu sein und dafür zu sorgen, dass die Absurdität des PKK-Verbots eines Tages anerkannt wird. ♦

Vom Gefängniswiderstand unserer kurdischen Freund*innen lernen

Das Freiluftgefängnis der kapitalistischen Moderne

Taira

Im zweiten Band des Buches »Mein ganzes Leben war ein Kampf« von Sakine Cansız, einer der Mitbegründer*innen der PKK, beschreibt sie ihre zehn Jahre Haft in verschiedenen türkischen Gefängnissen. Sie beschreibt tiefgehend, wie wichtig es ist, die politische Haltung und auch den Widerstand im Gefängnis beizubehalten bzw. weiterzuführen.

Denn der Feind, der autoritäre Staat, will im Gefängnis alles von dir kontrollieren: deinen Körper, deinen Geist und deine Seele. Jeder Teil von dir soll gebrochen und zur »Vernunft« gebracht werden und das nicht nur mit Gewalt, sondern vielmehr mit psychischem Druck und Isolation, vor allem bei politischen Gefangenen.

Viele Menschen haben damals diesem Druck nicht standhalten können und sind übergelaufen und wurden zu Verräter*innen. Dem Druck nicht standzuhalten ist eine Schwäche, allerdings zeigt Sakine, wie sie es durch Organisierung der weiblichen Gefangenen schafft, dem vorzubeugen und die Freund*innen zu einer revolutionären Haltung zurückzuführen.

Die Organisierung innerhalb der Gefängnisse ist wesentlich für den Widerstand und mit ihrer Haltung hat Sakine immer wieder bewiesen, dass es möglich ist, Druck aufzubauen und die Gefängnisverwaltung (also den Mini-Staat) zum Einknicken zu bringen. Von Vorteil waren hier die Absprachen zwischen Gefangenen in verschiedenen Gefängnissen als auch die breite Mobilisierung der Angehörigen der Gefangenen. Mit diesem geballten Druck war es möglich, Forderungen durchzusetzen und ihren Standpunkt klarzumachen: Wir werden nicht aufgeben!

Eine wichtige Person und sein Widerstand, die Sakine beschreibt, ist Mazlum Doğan, der am Newroz-Fest am 21. März 1982 mit 27 Jahren seine Zelle in Brand setzte und sich erhängte. Er tat dies aus Protest gegen die türkische Regierung und machte damit auf die Missstände wie systematische Folter im Gefängnis von Amed (Diyarbakır) aufmerksam.

Danach wurden eine Reihe von Aktionen durchgeführt; um es mit Kemal Pirs Worten zu sagen: »Wir lieben das Leben so sehr, dass wir bereit sind, dafür zu sterben!«

Die Aktionsformen des Todesfastens wie auch die des Hungerstreiks zeigen den starken Willen, aber auch das Selbstverständnis der Gefangenen: die Bereitschaft, ihr Leben für den Widerstand zu geben und dem Feind dadurch zu beweisen, dass er niemals die komplette Kontrolle über sie haben werde, nicht im Leben und nicht im Tod.

Kemal Pir starb nach dem »Todesfasten des 14. Juli« (1982) im Gefängnis von Amed.

Mit ihren Aktionen gaben sie den restlichen Gefangenen große Hoffnung, wie es Sakine auch in ihrem Buch beschreibt. Darüber hinaus mussten und wollten sich die anderen Gefangenen dieses Widerstands würdig erweisen und intensivierten ihren eigenen Widerstand und damit die Organisierung und Standhaftigkeit gegenüber der Gefängnisverwaltung.

Zunächst einmal finde ich den jahrelangen Widerstand, den Sakine Cansız und auch die anderen Gefangenen geleistet haben, sehr beeindruckend. Sie hat es geschafft, sich nicht durch den Feind vereinnahmen und ihren Willen brechen zu lassen, trotz körperlicher und psychischer Folter. Sie konnte nicht zum Verrat an ihren Idealen oder der PKK gebracht werden. Trotz vieler Probleme war ihr revolutionärer Wille so stark, dass sie nicht in ein kleinbürgerlich-feudales Verhalten zurückfiel.

Das Selbstverständnis war, sich nicht auf individualistische Verbesserungen einzulassen und damit nur das eigene Leben zu verbessern, sondern immer in dem Bewusstsein zu leben, dass es entweder Verbesserungen für alle Gefangenen gibt oder gar keine. Denn der individuelle Vorteil würde nur auf dem Verrat und dem Nachteil gegenüber allen anderen beruhen. Der Kampf musste so lange fortgesetzt werden, bis die Forderungen (zumindest zum Großteil) durchgesetzt sind. Jedes

Eingehen auf Vorschläge der Gefängnisverwaltung hätte sonst eine Schwächung des Widerstands bedeutet.

Auch in der Widerstandsgeschichte in Deutschland lässt sich Gefängniswiderstand finden, sei es bei den Gefangenen aus der RAF oder denen aus der Bewegung 2. Juni. Die Gefangenen führten auch hier Hungerstreiks durch, um Druck aufzubauen und die Isolationshaft aufzuheben. Ein anderes Beispiel ist Andrea Wolf, welche damals Teil der Gruppe »Kein Friede« war und im Gefängnis mit anderen weiblichen Gefangenen einen kleineren Aufstand anzettelte, um den Aufschluss und die Hofgänge zu verlängern, also Haftbedingungen zu verbessern.

Auch hier finden wir das Bewusstsein über die Wichtigkeit des Widerstands innerhalb der Gefängnisse. Es geht darum, sich nicht mit den vorgegebenen Bedingungen abzufinden, sondern weiterhin für bessere Bedingungen zu kämpfen. Denn der autoritäre Staat versucht dich zu beherrschen, zu kontrollieren und zu brechen und dich zur Anpassung zu zwingen.

Ein wichtiger Punkt, der sowohl bei Sakine eine Rolle spielt als auch bei den politischen Gefangenen in Deutschland, ist die Funktion ihrer Angehörigen bzw. des Austausches mit draußen und der Unterstützung und Solidarität mit den Inhaftierten. Durch die streckenweise starke Mobilisierung der Angehörigen der Inhaftierten in Amed konnten manche Erfolge erzielt werden. Noch wichtiger ist jedoch das Gefühl, vom Kampf draußen nicht abgeschnitten zu sein, sondern ihn unter anderen Umständen weiterzuführen. Dafür ist eine starke solidarische Struktur von außen notwendig, die im Bewusstsein der Bedeutung des weiteren Austausches mit den Gefangenen agiert und Druck auf die Gefängnisse und damit den Staat aufbaut.

Bedeutung für den Widerstand in Deutschland

Die Situation in den Gefängnissen lässt sich in Teilen auf unsere Situation in der kapitalistischen Moderne übertragen.

Wir alle tragen die Utopie einer freien und gleichen Gesellschaft in uns, welche vielleicht sogar durch die gelebte Utopie in Rojava verstärkt wurde. Mit dieser Utopie in unserem Geiste gilt es, die damit verbundenen revolutionären Handlungsweisen im Alltag umzusetzen und zu einer Veränderung der Gesellschaft, hin zu dieser Utopie, beizutragen. Dazu bedarf es natürlich der Auseinandersetzung mit dem eigenen Selbst, das



ANF

durch sexistische, rassistische und individualistische Mechanismen geprägt wurde.

Der Staat versucht alles an Autorität, Gesetzen und Repression aufzufahren, um unseren Widerstand zu brechen.

Wir wurden in einen Nationalstaat hineingeboren, der uns von vornherein in bestimmte Muster pressen will, um uns ein Teil des Zahnrades der Verwertungslogik werden zu lassen. Angefangen beim Kindergarten über Schule, Ausbildung/ Studium bis zum Arbeitsleben. Von Anfang an wird uns aufgezeigt, wie ein erfolgreiches/erfülltes Leben in der kapitalistischen Moderne auszusehen hat, welche Attribute wie Vollzeit-Job, Beziehung, Kinder und Hobby dazugehören.

Zu keinem Zeitpunkt, außer innerhalb der Familie (häufig nicht einmal dort), spielen die Einbettung in die Gesellschaft, ein solidarisches und kollektives Miteinander, Gleichberechtigung und damit verbunden Selbstbestimmung unserer Lebenswege als auch die Selbstverwaltung unserer Lebensumgebung eine Rolle.

Wir wachsen mit der übergeordneten Autorität des Staates auf, von dem Heil und Ordnung erwartet werden. Über Jahrhunderte hinweg hat der Staat bzw. die zentralistische Macht (damals der Könige, Kirche) daran gearbeitet, uns genau das glauben zu lassen. Silvia Federici beschreibt in ihrem Buch »Caliban und die Hexe« die Entfremdung zwischen uns selbst und unserem Körper, aber auch unserer Arbeit und Umgebung. Aufgrund der Notwendigkeit für den Staat, uns zu Arbeiter*innen zu machen, die sich wie mechanische Roboter mit ihrer Arbeit identifizieren und die Autorität des Staates und des damit verbundenen ausbeuterischen und ungleichen Systems nicht in Frage stellen.

Hierbei spielt die zunehmende Unterdrückung der Frau, verbunden mit der Verbrennung von Hexen, also weisen Frauen, und unserer Degradierung zur Reproduktionsarbeit (Reproduktion neuer Arbeiter*innen) und der Annahme, Hausarbeit sei ein natürliches Ressort der Frauen, auch eine wichtige Rolle.

Der Staat lässt uns also glauben, dass die kapitalistische Moderne im Zusammenhang mit Patriarchat und Rassismus natürlich gegeben sei und die modernste und freieste Art zu leben beinhalte. Dabei wurden wir über Jahrhunderte immer mehr entmündigt und beherrscht. Durch die Integration verschiedenen Protests und verbesserter Methoden der Verschleierung von Herrschaft spüren wir unsere Ketten und die Herrschaft nur, wenn wir dagegen aufbegehren oder nicht zur privilegierten Gruppe der Herrschenden gehören.

Größer zu träumen als nur vom eigenen individualistischen Glück

Wenn wir dies jedoch erkannt und ein Verständnis von Freiheit, Gleichheit und Selbstbestimmung und Selbstverwaltung entwickelt haben, dann ist es das Wichtigste, dieses Verständnis durch das eigene Handeln konsequent auszuleben.

Das würde bedeuten, nicht in den »Errungenschaften« des kleinbürgerlichen Lebens zu verharren, sondern größer zu träumen als nur vom eigenen individualistischen Glück. Somit nicht Teil des Systems zu werden und sich nicht einfangen zu lassen: durch die scheinbare Freiheit, die das System uns bietet.

Wir sollten dabei nicht die Möglichkeiten des staatlichen Handelns und der Repression unterschätzen, wie es damals in den 80er/90er Jahren in Deutschland geschah. Denn durch die unzureichende Analyse der staatlichen Macht und Handlungsinteressen konnte der Widerstand der wahrhaft demokratischen linksradikalen Kräfte in Deutschland gebrochen werden.

Isolation, Vereinsamung, Entfremdung

Wie schaffen wir es nun, trotz der schon von Geburt an bestehenden Einbindung in dieses System konsequent nach unseren Idealen und sozialistischen Werten zu handeln? Ich denke, dass es viele Bezugspunkte gibt, an denen wir beginnen können:

Zum einen die Isolation und Vereinsamung durch das Wohnen in Mietshäusern zu durchbrechen und eine starke Gemeinschaft innerhalb von Wohnhäusern wiederherzustellen. Ein anderer Punkt wäre, die feudalen Besitzansprüche innerhalb von Liebesbeziehungen und Ehe zu reflektieren und aufzubrechen. Die verschleierte Unterdrückung und Gewalt gegen Frauen immer wieder zu thematisieren und uns dem konsequent entgegenzustellen. Lohnarbeit als Teil des Systems zu begreifen und als Teil der Unterdrückungsmechanismen und unseres gegenseitigen Ausspielens als Arbeiter*innen. Die Solidarität zwischen uns zu stärken und dadurch die Entfremdung von unserer Arbeit wie auch den Konkurrenzgedanken zu beseitigen.

Auch unser Leben ist vom Feind, dem kapitalistischen, patriarchalen Nationalstaat, komplett zu vereinnahmen versucht worden und wird es noch. Wir werden getäuscht durch den Anschein von Freiheit und Selbstbestimmung, welche auf der Ausbeutung anderer beruhen und vom System bestimmt werden. Wir dürfen nur in den Grenzen des Systems frei sein, alle Lebensweisen, die nicht sexistischen, rassistischen und ausbeu-

terischen Mechanismen unterliegen, werden vom System als Bedrohung verstanden.

Wie viel lebenswerter könnte unser Leben sein, wenn wir eine tiefe genossenschaftliche Verbindung untereinander und innerhalb der Gesellschaft spüren würden?

Wie viel Kraft könnten wir sparen, wenn wir miteinander, statt gegeneinander kämpften? Wie viel glücklicher könnten wir sein, wenn wir den Weg unseres Lebens selbst bestimmen könnten?

Eines Lebens, das auf gemeinsamen egalitären und libertären Werten basiert und nicht auf der individualistischen Sicht auf die Anderen als Objekte.

Wir sollten uns fragen, was dann Widerstand in unserem alltäglichen Leben bedeutet. Was bedeutet Militanz? Dieser Text soll dazu beitragen, eine Diskussion darüber anzuregen, wie ein kollektiver Widerstand aussehen kann, unabhängig von symbolischen Aktionsformen wie Demonstrationen.

Wie können wir es schaffen, unseren Alltag zu politisieren und damit den Feind in jedem Moment seiner versuchten Übernahme und Integration unseres Widerstands zu schwächen?

Es bedarf einer Haltung. Einer Haltung, die die eigenen individualistischen Vorteile erkennt und ablehnt. Und dem individualistischen Gebaren einen kollektiven Prozess entgegensetzt, der das Wohlergehen aller im Blick hat und widerständig und konsequent dafür kämpft.

Im Moment sind wir immer noch Spielbälle der Herrschenden, da wir nicht gemeinsam agieren, sondern individualistisch und sektiererisch eigene Vorstellungen und Bedürfnisse in den Vordergrund rücken. Es ist eine gemeinsame politische Linie und gegenseitige Unterstützung nötig, um einen politischen Widerstand aufzubauen, der eine wirkliche Alternative sein kann.

Dem Freiluftgefängnis kapitalistischer Nationalstaaten entrinnen

Wir können viel aus der Vergangenheit lernen, vor allem von widerständigen Strukturen in den 80er/90er Jahren und davor. Zu diesem Zeitpunkt waren teilweise große Zusammenschlüsse möglich. Wenn wir es schafften, eine Weiterentwicklung dieser Ansätze zu erarbeiten, bezogen auf die heutige Situation, dann könnten wir mit einer Analyse der aktuellen Möglichkeiten und Schwächen dem System gestärkt entgegentreten. Denn Spaltung führt zu unserer Schwächung, jeder Kampf an einer kleinen Front kommt an einem gewissen Punkt nicht weiter und führt im Endeffekt nicht zu einer Veränderung des Systems. Der Staat fördert diese Separierung durch Beschränkung des Verantwortungsbereichs der Einzelnen auf ihren eigenen kleinen Kosmos: Allein genommen sind wir alle schwach!

Der Gefängniswiderstand von Sakine Canzıs und der anderen kurdischen Freund*innen zeigt, dass Mobilisierung und Organisierung bei gleichzeitiger Bewahrung der revolutionären Haltung innerhalb des Gefängnisses zum Erfolg führen kann.

Dies kann übertragen auf das Freiluftgefängnis kapitalistischer Nationalstaaten in Verbindung mit der Analyse unserer eigenen Aktionsformen und Möglichkeiten, Druck auf den Staat auszuüben, zum Erfolg führen.

Daher sollten wir uns auch fragen, ob unsere aktuellen Aktionsformen wirklich geeignet sind, Druck auszuüben, oder ob wir nur Teil des staatlich legitimierten Widerstands geworden sind, der benutzt wird, um Pseudo-Meinungsfreiheit darzustellen? Und ob unser Protest nicht teilweise vom Staat zur Selbstdarstellung benutzt wird?

Dieser Text spricht sich explizit für einen Kongress aller wahrhaft demokratischen, sozialistischen und linken Kräfte in Deutschland aus, um eine gemeinsame Analyse anzustellen, welche notwendig ist, um eigene Schwächen zu erkennen und auszugleichen.

Gemeinsam können wir Aktionsformen erarbeiten, die nicht nur durch Symbole gekennzeichnet sind, sondern einen tiefgreifenden Wandel in der Gesellschaft herbeiführen können. Es sind gesellschaftliche Aktionen notwendig, bei gleichzeitigen politischen Aktivitäten, die weg von Symbolpolitik hin zu konsequent revolutionärem Verhalten führen. Wir sollten anfangen, wieder Druck auf den Staat aufzubauen, der sexistische, rassistische und ausbeuterische Mechanismen nicht mehr zulässt, statt nur anprangert. Die politische Haltung muss im Alltag gelebt werden und durch wahrhaft demokratische Werte und Selbstbestimmung geprägt sein.

Alle Ebenen verlangen nach Veränderung und gemeinsamer Analyse: individuell, strukturell und organisatorisch. Wir bekräftigen hier den Aufruf, eine gemeinsame Basis zu finden und den deutschen Staat und sein System der kapitalistischen Moderne zu analysieren und dadurch angreifen zu können. ♦

Internationalistische Praxis ist eine gesellschaftliche

Verantwortung für ein widerständiges und emanzipatorisches Erbe

Sophia Angeli

Ein internationalistisches Grundverständnis bildet die Basis all unserer Kämpfe, schließlich liegt im Kern des Internationalismus selbst das Bewusstsein, dass die Unterdrückung anderer im System der kapitalistischen Moderne stets auch die eigene bedeutet. Auch wenn diese unterschiedliche Formen und Ausdrücke annimmt, ist es essentiell, die Verbindungen zu erkennen und so den Rahmen für die gemeinsamen Kämpfe für die Menschlichkeit zu setzen. Wenn wir uns die Erfahrungen bisheriger Revolutionen und Befreiungskämpfe ansehen, erkennen wir, dass der Kampf für Freiheit praktisch immer internationalistisch war.

Eine Praxis, internationalistisch ausgerichtet, geht dementsprechend über reine Solidaritätsarbeit hinaus, auch wenn diese natürlich einen wichtigen Pfeiler der zeitgemäßen politischen Arbeit bildet. Die umfassende Ideologie der kurdischen Freiheitsbewegung birgt viele Aspekte, die aus einer sorgfältigen Analyse des global dominierenden Systems stammen.

Die tief gehende Befassung mit diesen Inhalten, insbesondere mit den Gedanken und Schriften Abdullah Öcalans, stellt in dieser Hinsicht einen wichtigen Pfeiler internationalistischer Praxis dar. Wir müssen uns stärker damit auseinandersetzen, diskutieren, reflektieren. Dieser Prozess schließt dementsprechend auch ein, das lokale Erbe der Geschichte des Widerstandes zu beleuchten, zu verstehen und aus den Fehlern, wie auch aus den Errungenschaften, zu lernen. Wenn wir von Erbe sprechen, schließt das auch die Suche nach Spuren ein, die von einer Gesellschaftlichkeit zeugen, wie sie vielleicht einmal bestanden hatte oder in Teilen auch immer noch besteht. Gleichzeitig müssen wir Wege finden, uns auch verständlich zu machen. Das bekannte Repertoire unserer Aktionen muss kreativer werden und die Möglichkeit zur Beteiligung erhöhen. Das schließt auch ein, dass wir stärker die Auseinandersetzung mit den Menschen um uns herum suchen, denen wir abseits unserer eigenen politischen Kreise begegnen. Eine Auseinandersetzung sollte hierbei jedoch nicht nur reine Konfrontation und Propaganda bedeuten. Neugier und Wissbegier sind Teil der Suche nach Wahrheit. Stellen wir den Menschen um uns herum mehr Fragen – zum einen, um zu verstehen, um unsere Erfahrungen auszutauschen und Gemeinsamkeiten festzustellen. Zum anderen, um auch dem Gegenüber die Möglichkeit zu geben, scheinbar feststehende Anschauungen zu hinterfragen.

Die tief gehende Befassung mit diesen Inhalten, insbesondere mit den Gedanken und Schriften Abdullah Öcalans, stellt in dieser Hinsicht einen wichtigen Pfeiler internationalistischer Praxis dar. Wir müssen uns stärker damit auseinandersetzen, diskutieren, reflektieren.

In den Städten und Metropolen Europas gibt es viele Anknüpfungspunkte, die sich für eine internationalistische Ausrichtung der Praxis eignen. Die Fragmentierung der Gesellschaft ist hier deutlich spürbar. Die Vereinnahmung aller gesellschaftlichen Lebensbereiche durch das kapitalistische System, damit einhergehend Vereinzelung und Konkurrenz unter den Individuen führen dazu, dass zwar die Mehrheit der Bevölkerung unter den gleichen Erfahrungen leidet, diese allerdings als individuell oder vereinzelt wahrnimmt. Eine emanzipatorische Antwort darauf kann es sein, solidarische Beziehungen und Verbindungen zu knüpfen, denen es gelingt, Spaltungen zu überbrücken und Verbindungen zu schaffen. Dabei geht es um Gemeinschaftlichkeit auf Augenhöhe, also auf gegenseitigem Respekt basierend, auf dem gemeinsamen Verständnis, dass es eine Alternative zur kapitalistischen Moderne gibt. Die Frage der solidarischen Beziehungen zueinander ist per se international. Insbesondere die Kämpfe gegen Sexismus und gegen die ökologische Katastrophe, gegen zwei der Grundpfeiler der kapitalistischen Moderne, verdeutlichen dies.

Die Frage der Verbindung drängt uns die Notwendigkeit der Organisierung auf. Von der Bewegung können wir lernen, dass wir Strukturen brauchen, die auf unseren Gemeinsamkeiten aufbauen und die all jene einbinden, die prinzipiell das gleiche Ziel verfolgen. Wir brauchen Strukturen, die die Diversität all jener widerspiegelt, die sich ein anderes Leben wünschen. Wir müssen Wege finden, auch die so fragmentierte Gesellschaft in Europa zu organisieren. Dabei muss uns bewusst sein, dass Unterschiede in den verschiedenen Kontexten bestehen. Keine Methode, keine Theorie lässt sich ohne genaue Analyse der lokalen Partikularitäten geradewegs überstülpen; das wäre das Gegenteil von demokratisch. Diese Prozesse der Auseinandersetzung müssen von den Menschen vor Ort kommen und verlangen eine gemeinsame Bildung. Unsere Blicke müssen sich schärfen und sorgfältiger aufnehmen, was es auch schon bereits an Organisierung gibt, die kommunalistische, demokratische Werte vertritt. Feministische Gruppen, ökologische Bewegungen, nachbarschaftliche Vereine, migrantische Organisationen, Formen alternativen Wirtschaftens, antirassistische und antifaschistische Gruppierungen, Gewerkschaften, Kreative, Friedensinitiativen … diese Aufzählung bleibt unvollständig, es eint jedoch der Wille zu Selbstbestimmung und Menschlichkeit. Die Mehrheit der Bevölkerung ließe sich auch in Europa in lokalen Komitees und Kommissionen der Demokratisierung vertreten. Das Verständnis muss hergestellt werden, dass unsere Bedürfnisse und Ziele dieselben, dass sie soziale und nicht vom System, insbesondere vom Staat abhängig sind. Dieser Prozess mag dauern, erfordert Geduld, Einfühlungsvermögen, aber auch Willen und Überzeugung. Unsere Hoffnung und unsere Kraft ziehen wir aus dem widerständigen und revolutionären Erbe, aus emanzipatorischen und kämpferischen Gesellschaften weltweit, aus dem Bestehen demokratischer Alternativen und dem Bewusstsein, dass ein freies Leben für alle nur mit der Überwindung des Systems möglich sein wird. Ein reiches Erbe ist das, in dessen Verantwortung wir stehen. Verbindungen aufzeigen, die hegemonialen Narrative des Staates aufbrechen und den Wegen all jener folgen, die für den Kampf um Freiheit ihr Leben ließen.

Neben dem Aufbau der Strukturen in den jeweiligen Städten und Dörfern, den gemeinsamen Bildungsprozessen bedarf es zweifelsfrei auch der nationalen und transnationalen Organisierung. Zudem müssen wir weiter und intensiver daran arbeiten, die Inhalte der kurdischen Freiheitsbewegung und die Bedeutung der Revolution in Rojava weiter zu verbreiten. Das Gesellschaftssystem dort ist eine ernsthafte Alternative und Reaktion auf den zerstörerischen Komplex aus Nationalstaat und Kapitalismus. Breiter gesellschaftlicher Druck wird nötig sein, die Revolution von allen Teilen der Welt aus zu verteidigen, dafür ist eine internationalistische Wahrnehmung der Kämpfe unerlässlich. Dementsprechend gilt es weiterhin, zum einen die internationale Beteiligung der herrschenden Mächte an den Angriffen auf alle Teile Kurdistans aufzuzeigen, zum anderen direkt den türkischen Staat anzugehen. ♦



ANF

Euskal Herria: Bericht von der Kurdistan-Solidaritätsplattform in Bilbo

Rojava als Spiegel für die eigene demokratische Bewegung

Emil Strauß

Während der Verteidigung der Stadt Kobanê durch die Frauen*- und Volksverteidigungseinheiten YPJ und YPG vor den Menschenfeinden von Daesch (Islamischer Staat IS) im Jahr 2014 traten die Revolution in Rojava und der jahrzehntelange Kampf der kurdischen Freiheitsbewegung in das Bewusstsein der Menschen in Euskal Herria (Baskenland). In der Gesellschaft hatte es bis dahin wenig Wissen um den revolutionären Kampf im Mittleren Osten gegeben. Das Bewusstsein und die populäre Wahrnehmung um die Errungenschaften und Ziele der Revolution in Rojava stiegen. In dieser Phase der Angriffe brachten gemeinsame Solidaritätsaktionen die von Spaltung und Zersplitterung betroffene baskische Linke, zumindest in der Metropole Bilbo (Bilbao), näher zusammen.

Die Kurdistanekin Elkartasun Ekimena (Kurdistan-Solidaritätsplattform) ist dafür ein gutes Beispiel und stellt außerdem ein aktives Bündnis zwischen der Organisation Askapena, dem Komitee Internazionalistak und der Solidaritätsinitiative Newroz Euskal Kurdu dar. Die Plattform fördert medial sowie auf den Straßen von Bilbo eine regelmäßige Auseinandersetzung mit dem Kampf in Kurdistan und beteiligt sich an der internationalen Solidaritätsarbeit. Bereits im Jahr 2012 fand in der baskischen Metropole das erste öffentliche Newroz-Fest statt.

Bewegt von dem eigenen historischen Hintergrund ist in der baskischen Linken eine grundsätzliche Solidarität mit Völkern präsent, die »keinen eigenen Staat haben«, so die Aussage einer Aktivistin der Plattform. Internationalismus und der Kampf um Selbstbestimmung haben in Euskal Herria eine lange Tradition. Der Kampf gegen Daesch bildete anfangs und für lange Zeit den Fokus in der lokalen Solidaritätsarbeit. So auch der Frauen*widerstand, welcher »teilweise sehr mystifiziert« wurde, heißt es kritisch.

Erst seit ungefähr zwei Jahren gibt es innerhalb und im Umfeld der Solidaritätsplattform eine tiefere Auseinandersetzung mit dem Konzept des demokratischen Konföderalismus, welches zentral für den revolutionären Aufbau der Gesellschaften in Rojava bzw. der Föderation Nordsyrien ist. Das Ziel ist, die Diskussion über den positiven Bezugspunkt des demokratischen Konföderalismus, der demokratischen Nation bzw. der demokratischen Moderne weiter zu öffnen. Es sei die Erkenntnis gereift, dass der Kampf in Rojava als Spiegel für die demokratische Bewegung in Euskal Herria funktionieren kann – ein Ansatz über den Regionalismus hinaus. »Die Freiheitsbewegung in Kurdistan liefert uns Tools, wie wir das System um uns herum und das System in uns selbst überwinden können«, erläutern Aktivist*innen der Kurdistanekin Elkartasun Ekimena.



Eine wichtige Verschränkung des gemeinsamen Kampfes sei die antipatriarchale Auseinandersetzung, also die Beschäftigung mit Jineolojî für die in Euskal Herria sehr starke und präsente feministische Bewegung. Und das nicht erst seit dem erfolgreichen Frauen*streik am 8. März in diesem Jahr. Vor allem über gemeinsame Strategien gegen die Gewalt gegen Frauen* rücken die internationalen feministischen Kämpfe enger zusammen und beziehen sich aufeinander. Angesichts der allgemeinen Erkenntnis, dass das Patriarchat international sei, fanden bereits in einigen Orten in Euskal Herria mehrere Jineolojî-Seminare statt.

Die Kurdistanekin Elkartasun Ekimena betont die tagespolitische Arbeit, wie zum Beispiel das Organisieren spontanerer Kundgebungen, die Beteiligung an internationalen Boykott-Kampagnen gegen den Türkei-Tourismus, die Zusammenarbeit mit anderen Plattformen wie Rojava Azadî aus Madrid, lokale Pressearbeit und die Notwendigkeit, stärker die einzelnen durch Nationalstaatsgrenzen getrennten Teile Kurdistans in den Blick zu nehmen. »Es sind viele verschiedene geografische Regionen in Mesopotamien, aber ein Kampf. Das sollten wir thematisieren!«

Perspektivisch will die Solidaritätsplattform in Bilbo stärker die offene Diskussion unter Aktivist*innen fördern und mehr Vernetzung auf parlamentarischer Ebene schaffen. Mit dem Ziel, »internationales Bewusstsein für die Kriegsrealität zu schaffen!« und um Druck auf die türkische Vertretung in Euskal Herria auszuüben. Dazu soll es schon bald eine Podiumsdiskussion mit der Bewegung der Zapatistas und der kurdischen Freiheitsbewegung geben. Es gibt gute Erfahrungen mit Veranstaltungen im Rahmen des Sozialforums an der Universität oder im Rahmen eines nun regelmäßig organisierten Kurdistan-Film-Festivals. Erst kürzlich, im November 2018, fand das jüngste Festival mit sehr guter Beteiligung statt. ♦



E. S.

»Partisanen einer neuen Welt« von Nikolaus Brauns und Murat Çakır (Hg)

Mühsame Quellenarbeit für den Zugang zu den politischen Entwicklungen

Buchrezension von Elmar Millich

Die revolutionären Kämpfe in der Türkei werden spätestens seit den Gezi-Park-Protesten von 2013 auch in Deutschland nicht mehr als allein von der kurdischen Befreiungsbewegung getragen wahrgenommen. Die Erfolge der HDP, bei den Wahlen der letzten Jahre trotz der 10%-Hürde in das türkische Parlament einzuziehen, beruhen gerade auf einem Bündnis mit linken und liberalen Kräften in der Westtürkei. In Kurdistan gibt es seit Jahren vor allem in Dersim gemeinsame militärische Operationen von TIKKO, einer der TKP/ML nahestehenden bewaffneten Gruppierung, und den Volksverteidigungskräften der PKK. In Rojava kämpfen in den Reihen von YPG und YPJ Kämpferinnen und Kämpfer verschiedener revolutionärer türkischer Organisationen – etwa der MLKP – und InternationalistInnen aus Europa und anderen Kontinenten.

Für viele Deutsche, die seit einer langen Zeit solidarisch an der Seite der kurdischen Befreiungsbewegung stehen und sich in der Entwicklung der PKK gut auskennen, bildet die Geschichte der revolutionären Bewegungen in der Türkei – vor allem vor dem Militärputsch von 1980 – immer noch einen weißen Fleck. Zu ihnen zählt sich auch der Autor dieser Rezension. Als etwa 2015 die Meldung kam, bei dem Anschlag von Pirsûs (Suruç) seien 34 Mitglieder der »Föderation der sozialistischen Jugendverbände der Türkei« (SGDF) getötet worden, sagte mir diese Organisation zunächst nichts. Auch als in München 2016 der §129b-Prozess gegen angebliche Mitglieder der türkischen TKP/ML eröffnet wurde, musste ich erst mal im Internet schauen, um welche Gruppierung es sich handelte.

Abhilfe kann hier die Neuerscheinung »Partisanen einer neuen Welt – eine Geschichte der Lin-



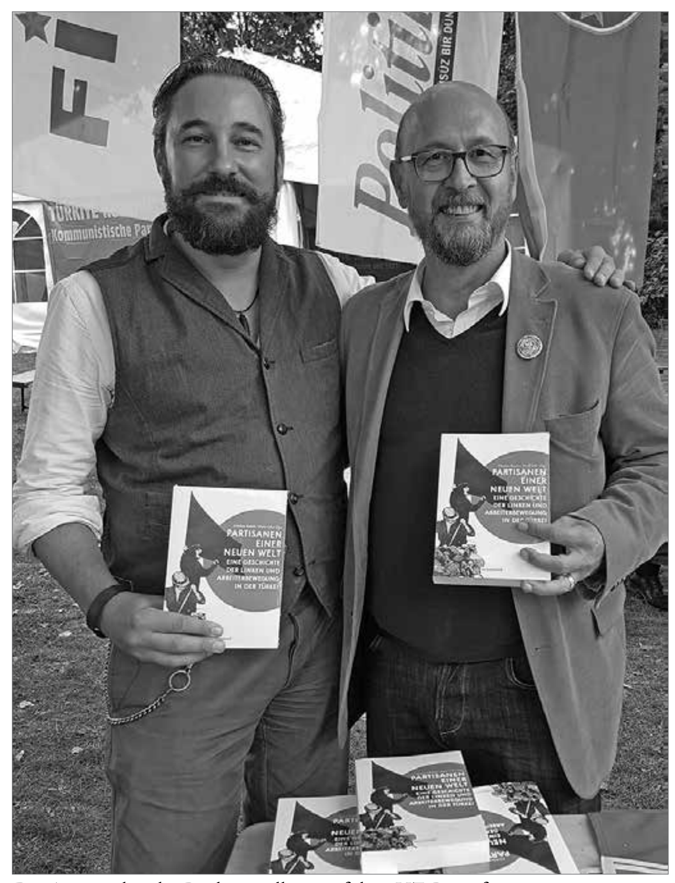
ken und Arbeiterbewegung in der Türkei« liefern. In der von Nikolaus Brauns und Murat Çakır herausgegebenen Edition wird die Geschichte der Linken in der Türkei seit dem Beginn des 20. Jahrhunderts dargelegt. Besonders im ersten Teil, über die Geschichte bis zum Militärputsch von 1980, macht der Historiker Nikolaus Brauns diesen Teil der internationalen sozialistischen/kommunistischen Weltbewegung in mühsamer Quellenarbeit erstmals dem deutschsprachigen Publikum zugänglich. Der vor allem geostrategisch geprägte Umgang der in Moskau ansässigen Komintern mit der türkischem KP in den 1930er Jahren zeigt auffallende Parallelen zum heutigen Verhältnis Russland-Türkei in der Syrienfrage. Aus heutiger Sicht kaum nachvollziehbar sahen viele türkische Linke bis in die 1970er im Kemalismus eine im Kern antiimperialistische Kraft, mit der zumindest Bündnisse einzugehen seien. Die in Deutschland nach der StudentInnenbewegung auftretenden Zerwürfnisse zwischen den sich als kommunistisch verstehenden Gruppen bezüglich ihrer Orientierung an Moskau oder Peking blieben auch der Türkei nicht erspart. Breiteren Umfang findet in dem Buchteil auch der Umgang der jeweiligen sozialistischen/kommunistischen Gruppen mit der kurdischen Frage.

Murat Çakır beschreibt im zweiten Teil die Entwicklung vom Militärputsch 1980 bis heute. Neben den politischen Entwicklungen und der Analyse des Aufstiegs der AKP finden hier auch Arbeitskämpfe in der Türkei und ihr Einfluss auf die politische Entwicklung breiten Raum.

Wie in allen linken Parteien und Bewegungen ging es bei der Frage von Haupt- und Nebenwidersprüchen auch in der Türkei nicht nur um den Umgang mit der kurdischen Nationalbewegung, sondern ebenso um die Frauenemanzipation. In diesem Teil des Buches zeigt Brigitte Kiechle die Entwicklung der kurdischen Frauenbewegung von der Gründung der Republik bis heute auf. Wenn vor allem der positive Einfluss des Kemalismus auf die Stellung der Frau zu Beginn der Republik nicht grundsätzlich in Frage gestellt wird, findet doch eine Relativierung statt bezüglich der Frage, welche Klassen davon profitiert hätten. Aktuell werden die Positionen der kurdischen Frauenbewegung und ihr Verhältnis zu den emanzipatorischen Strömungen in der Westtürkei dargestellt.

Im letzten Buchteil beschreibt der holländische Sozialwissenschaftler Joost Jongerden die ideologische Entwicklung der PKK von ihrer Gründung bis heute inklusive mancher persönlichen Zerwürfnisse vor allem in den Jahren zwischen 2000 und 2004.

Das von Nikolaus Brauns und Murat Çakır herausgegeben Buch beschreitet im deutschsprachigen Raum Neuland im Hinblick auf den Zugang zu politischen Entwicklungen vor allem in den Anfangsjahrzehnten der Türkei und ist damit unbedingt empfehlenswert. Was mich persönlich etwas stört, ist, dass sich die Herausgeber nicht nur in ihrem Nachwort, das sei ihnen unbelassen, sondern auch in ihren Aufsätzen gelegentlich als Schiedsrichter betätigen, welche Entscheidungen der türkischen/kurdischen Gruppierungen nun richtig oder falsch gewesen seien. Dabei fließt natürlich ihre eigene ideologische Position ein. Last but not least: Aufgrund des Umfangs des Buches – ca. 500 Seiten – setzt die Lektüre nicht nur ein politisches, sondern auch ein gewisses historisches Interesse voraus. ♦



Die Autoren bei der Buchvorstellung auf dem UZ-Pressefest
http://diebuchmacherei.de

Partisanen einer neuen Welt – eine Geschichte der Linken und Arbeiterbewegung in der Türkei

Nikolaus Brauns u. Murat Çakır (Hg.)

Die Buchmacherei Berlin, 528 Seiten, 20,00 €

ISBN 978-3-9819243-4-3

Periodika

Impressum
Der Kurdistan Report erscheint regelmäßig alle zwei Monate.

Redaktion:
W. Struwe (V.i.S.d.P.), S. Karabulut, D. Çimen, B. Ruprecht, E. Millich

Kontaktadresse:
Kurdistan Report
c/o ISKU – Informationsstelle Kurdistan e.V.
Spaldingstr. 130-136
20097 Hamburg
www.kurdistanreport.de
kr@nadir.org

Bankverbindung:
Dr. H. J. Schneider
IBAN: DE41 2005 0550 1020 2121 20
BIC: HASPDEHHXXX
Hamburger Sparkasse

Preise:
Einzelexemplar: 3,– Euro
Jahresabonnement 6 Exemplare: 15,– Euro plus Portokosten

Titelbild:
Bilder der Künstlerin und Journalistin Zehra Doğan zum Widerstand in den Gefängnissen. (s. S. 1 und 50)

Rückseite:
Kampagne »Make Rojava Green Again«
makerojavagreenagain.org

Namentlich gezeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Nachdruck – auch auszugsweise – nur mit Genehmigung der Redaktion.
Wir bedanken uns für die Unterstützung zahlreicher Freundinnen und Freunde.

Fotoausstellung: »JINWAR, das Dorf der Freien Frauen«

Die feministische Kampagne Gemeinsam kämpfen! für demokratische Autonomie und Selbstbestimmung hat eine Ausstellung über das Dorf der freien Frauen erstellt. JINWAR ist ein ökologisches Frauendorf, das derzeit im Herzen Rojavas (Westkurdistan/Nordsyrien) aufgebaut wird. Die Fotoausstellung zeigt die Entstehung und den Aufbau des Dorfes.

Die Fotoausstellung umfasst: 33 A2, 10 A3 und 4 A4 Fototafeln sowie 2 größere und 9 kleine Texttafeln und Zitate der Frauen. Es müssen aber nicht alle Tafeln aufgehängt werden.

Die Ausstellung besteht aus wetterfesten Hohlkammerplatten mit Ösen zum Aufhängen.

Es gibt zum Auslegen JINWAR-Flyer und Postkarten gegen Spende.

Die Ausstellung ist auszuleihen gegen eine Spende zugunsten Jinwar plus Portokosten für den Versand.

Kontakt: jinwar-exhibition@riseup.net

Fotoausstellung

Jinwar – ein ökologisches Frauendorf im Herzen Rojavas in Nordsyrien







MAKE ROJAVA GREEN AGAIN



makerojavagreenagain.org

ISSN 0935–5375